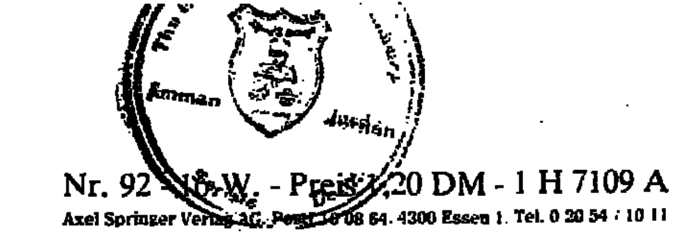
Donnerstag, 21. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Nr. 92 - 16. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc
Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Kohl reist Anfang Juli nach Moskau

AP/dpa, Bonn

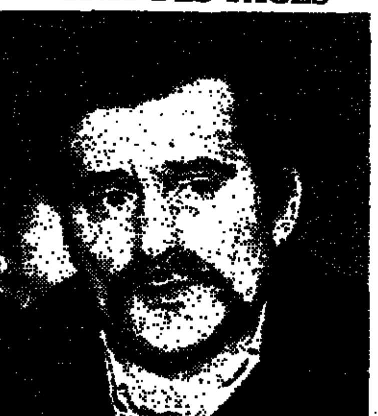
Bundeskanzler Kohl wird Anfang Juli zu seinen angekündigten Gesprächen mit der sowjetischen Führung nach Moskau reisen. Einen genauen Termin, wann Kohl der Einladung des sowjetischen Parteichefs Jurij Andropow folgen wird, nannte Regierungssprecher Diether Stolze gestern aber noch nicht. Vor dem Kabinett hatten Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher über ihre Gespräche in Washington referiert. Der Kanzler habe der Ministerrunde versichert, nach seinen Konsultationen mit US-Präsident Reagan habe er nicht den geringsten Zweifel, daß die USA bei den Genfer Raketen-Verhandlungen „sehr ernst und mit großem Nachdruck" auf ein Abkommen mit der Sowjetunion drängen würden, sagte Stolze. Die Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen habe Kohl im Kabinett einmal mehr als „Bewährungsprobe für das Bündnis" bezeichnet. Wenn nötig werde der Westen zum vorgesehenen Zeitpunkt im notwendigen Umfang nachrüsten, habe der Kanzler betont. Zugleich habe er SPD-Forderungen eine Absage erteilt, die Stationierung von Pershing-2-Raketen auszusetzen.

Paris: Ausbau der „Force de frappe"

AFP, Paris

Die französische Regierung hat gestern ihren Verteidigungs-Rahmenplan für die Jahre 1984 bis 1988 verabschiedet. Das Programm, das insgesamt 830 Milliarden Franc (etwa 277 Milliarden D-Mark) kosten soll, setzt den Schwerpunkt der Rüstung erwartungsgemäß auf einen Ausbau der sogenannten „Force de Frappe", der atomaren Abschreckung. Vor allem soll die U-Boot-Waffe als schwimmende Plattform nuklearer Fernraketen, verstärkt werden. Ferner ist eine Umstrukturierung der Landstreitkräfte und eine Kürzung der Truppenstärke um 35 000 Mann, davon allein 22 000 Mann beim Heer, vorgesehen. Regierungssprecher Max Gallo sagte, Ziel des Planes sei es, die Verteidigungskapazität Frankreichs „im Rahmen seiner absoluten Entscheidungsautonomie sowie seiner Bündnisse zu erhalten und zu entwickeln". Der Gesetzentwurf, der der Nationalversammlung noch im Frühjahr vorgelegt werden soll, sieht für 1985 die Indienstnahme eines sechsten atomgetriebenen Groß-U-Bootes mit 16 ballistischen Raketen des Typs M 4 mit einer Reichweite von 4000 Kilometern und je sechs atomaren Sprengköpfen vor.

ZITAT DES TAGES



„Wenn die Dinge so weitergehen, werde ich die Methoden meines Vorgehens ändern müssen. Fürs erste wünsche ich jedoch Verhandlungen, sofern diese zum Erfolg führen können."

Lech Walesa, polnischer Arbeiterführer gestern während einer Pressekonferenz in Danzig FOTO: SVEN SIMON

Wladimow darf reisen

AFP, Moskau

Der Schriftsteller Georgi Wladimow, Leiter der sowjetischen Gruppe der Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International, hat von den Moskauer Behörden die Genehmigung erhalten, Ende Mai in die Bundesrepublik zu reisen. Wladimow und seine Frau erhielten eine für drei Monate gültige Ausreisegenehmigung, um eine Einladung der Universität Köln wahrnehmen zu können. Wladimow, Autor der im Westen veröffentlichten Romane „Eine Minute Schweigen" und „Der treue Ruslan", war 1977 aus dem Verband der sowjetischen Schriftsteller ausgetreten und hatte den Vorsitz der Amnesty-Gruppe übernommen.

Zähl-Novelle

AP, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist vom Kabinett beauftragt worden, auf der Grundlage der vorläufigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Neufassung des Volkszählungsgesetzes vorzubereiten. Wie ein Regierungssprecher gestern mitteilte, hält das Kabinett die mit dem Karlsruher Urteil zunächst aufgeschobene Datenerhebung nach wie vor für dringend notwendig. Es rechne zwar nicht fest mit einer richterlichen Entscheidung gegen das Gesetz in seiner derzeitigen Form, wolle aber darauf vorbereitet sein, nach dem endgültigen Urteil in der Sache so schnell wie möglich eine Novelle vorlegen zu können.

WETTER

Schauerneigung

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet im Tagesverlauf bewölkt und im Süden zum Teil länger andauernder Regen. Tagestemperaturen zwischen 13 und 17 Grad.

WIRTSCHAFT

0,5 Prozent Wachstum

dpa/AP, Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln rechnet damit, daß sich das Wirtschaftswachstum im Laufe des Jahres beschleunigen wird. Dennoch werde das Sozialprodukt gegenüber 1982 wegen der niedrigen Ausgangsbasis real nur um etwa ein halbes Prozent zunehmen, hieß es in einer gestern veröffentlichten Konjunkturprognose. Die konjunkturelle Besserung werde wahrscheinlich „erst mit deutlicher Verzögerung auf die Beschäftigung durchschlagen", so daß es im Jahresdurchschnitt 2,3 bis 2,4 Millionen Arbeitslose geben werde.

Besucher-Rekord

dpa/rtr, Hannover

Mit einem Rekordbesuch von 650 000 Fachinteressenten aus 116 Nationen ist gestern die Hannover-Messe '83 nach achttägiger Dauer zu Ende gegangen. Die Messe-AG wertete die Besucherzahl als ein Ergebnis, wie es seit Ende der 60er Jahre nicht erreicht wurde. Bei einem innovativen internationalen Technologieangebot von mehr als 6000 Ausstellern habe der Messeverlauf die Zuversicht auf eine baldige wirtschaftliche Erholung bestärkt. Die zunehmende Investitionsbereitschaft dürfe aber zunächst noch nicht als Signal für eine kurzfristige Verbesserung verstanden werden.

Seite 12

Chinesischer „Santana"

dpa/VWD, Peking

Der erste in China montierte „Volkswagen" vom Typ „Santana" ist gestern in einer Shanghaier Autofabrik vom Band gelaufen. Die Wolfsburger Volkswagenwerk AG hofft, mit der „Santana"-Montage den Einstieg ins China-Geschäft zu schaffen. Es ist die erste Kooperationsvereinbarung, die die Volksrepublik zur Modernisierung ihrer Pkw-Produktion mit einem ausländischen Unternehmen geschlossen hat. Die Einzelteile für den chinesischen „Santana" stammen aus der Bundesrepublik. In den nächsten Jahren sollen die meisten jedoch in China selbst hergestellt werden.

Gewinnmitnahmen

DW. Frankfurt

Bei teilweise hektischem Geschäft führten Gewinnmitnahmen zu leichten Kursrückgängen. Der Rentenmarkt war lustlos. WELT-Aktienindex 137,2 (137,7). Dollarmittelkurs 2,4595 (2,4503) Mark. Goldpreis pro Feinunze 433,75 (439,50) Dollar.

KULTUR

H. W. Geißler tot

DW. Bonn

Zwei Monate vor seinem 90. Geburtstag ist der aus Sachsen stammende Romanautor Horst Wolfram Geißler in München gestorben. In mehr als einer Million Exemplaren war allein sein bekanntestes Buch, „Der liebe Augustin", verbreitet worden.

Bonn dringt auf lückenlose Aufklärung im Fall Burkert

Mediziner: Verletzung kann durch Handkantenschlag bewirkt worden sein

DW. Bonn

Die Bundesregierung betrachtet die bisherigen Erklärungen Ost-Berlins zum Fall des bei einer Vernehmung durch „DDR"-Organe in Drewitz verstorbenen Rudolf Burkert als „nicht befriedigend". Sie dringt auf eine volle Aufklärung über die Ursachen der Kopfverletzungen Burkerts.

Vor einer weiteren Stellungnahme zu den Auswirkungen des tödlichen Zwischenfalls auf der Transitstrecke nach Berlin auf die innerdeutschen Beziehungen will die Bundesregierung die Stellungnahme abwarten, die der SED-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl telefonisch angekündigt hat. Außerdem müsse zur endgültigen Bewertung der kriminalmedizinische Schlußbericht vorliegen.

Dieser Schlußbericht allerdings, das ging aus einer gestern von der zuständigen Staatsanwaltschaft beim Landgericht Vreden veröffentlichten Presseerklärung hervor, ist von den erwarteten zusätzlichen Informationen aus der „DDR" abhängig. Bei der Obduktion der Leiche am Donnerstag vergangener Woche waren fünf verschiedene Voraussetzungen festgestellt worden. Die Staatsanwaltschaft: „Eine endgültige Zuordnung der einzelnen Verletzungen zu bestimmten Handlungsabläufen oder bestimmten Handlungen ist jedoch für die Obduzenten ohne nähere Kenntnisse über die Örtlichkeiten und den Ablauf der Vernehmung des Rudolf Burkert im einzelnen nicht möglich."

Neben zwei Platzwunden und mehreren „Unterblutungen" geht

SEITE 3:
Der Tod am Übergang Drewitz

es besonders um die Klärung einer von den Medizinern als „Abbruch des linken oberen Schildknorpelfortsatzes" bezeichneten Verletzung. Diese kann nach Darstellung von Günter Hoppe, Pathologe am Krankenhaus Düren, auch durch einen Handkantenschlag, der die Herzschlagader getroffen hat, bewirkt worden sein. Dagegen spreche, daß keine Hinweise auf eine Gegenwehr Burkerts vorlägen. Hoppe geht davon aus, daß die Streßsituation, in die Burkert durch das Verhör der „DDR"-Grenzorgane gebracht worden sei, zum Tode geführt haben könnte.

Regierungssprecher Diether Stolze erklärte gestern vor der Presse, es gehe nicht um die Klärung der Todesursache, sondern vielmehr müsse aufgehellt werden, wie die Verletzungen zustande gekommen seien und ob es hier möglicherweise einen „Kausalzusammenhang" gäbe. Inzwischen sei Professor Jansen vom Gerichtsmedizinischen Institut Hamburg von Ost-Berlin eingeladen worden, „sich an Ort und Stelle zu informieren und auch mit Zeugen zu reden".

In der Kabinettssitzung hatte Bundeskanzler Helmut Kohl gestern über sein Telefonat mit Honecker berichtet und den gegenwärtigen Stand der Information dargestellt. Der Zwischenfall in Drewitz soll auch heute in der turnusmäßigen Sitzung der Transit-Kommission in Ost-Berlin behandelt werden.

Zu einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN, daß Burkert am Rande der Transitstrecke Materialien an einen Bekannten aus der „DDR" übergeben habe, sagte Regierungssprecher Stolze gestern, auch wenn dies stimme, sei eine zweistündige Vernehmung zur Sache deshalb nicht gerechtfertigt: „Mir scheint, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht aus den Augen verloren werden kann."

DER KOMMENTAR

In Deutschland

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Erst als Kanzler Kohl sich am Montag weigerte, den SED-Funktionär Mittag zum Gespräch zu empfangen, wurde der Todesfall des deutschen Bürgers Rudolf Burkert der Behördenroutine entrissen – einer kaltschnäuzigen Routine in der „DDR", einer abgestumpften Routine in der Bundesrepublik. Seitdem nimmt die Affäre im geteilten Deutschland von Tag zu Tag größere politische Dimensionen an.

Zur Vorgeschichte gehört, daß die „DDR" mit der willkürlichen Erhöhung des Mindestumtauschsatzes ihre Geschäftsgrundlage gegenüber Bonn zertrümmert hat. Das zielte und zielt gegen die Kontakte der Deutschen in ihrem eigenen Vaterland. Seit einiger Zeit wird eine beunruhigende Zunahme der Schikanen gegenüber Passanten auf den Transitstrecken beobachtet. Das zielt direkt gegen Berlin. Diese klar erkennbare Tendenz ist es, die den Verdacht unabweisbar macht, daß der nach zehn Tagen noch immer nicht zweifelsfrei aufgeklärte Tod von Rudolf Burkert am Kontrollpunkt Drewitz ein gewalttätiger Übergriff der forcierten Abgrenzungspolitik Ost-Berlins sein könnte.

Seit Tagen ist Honecker gegenüber Kohl im Wort, das lückenlose Untersuchungsergebnis mitzuteilen. Aber gestern noch sah sich der Oberstaatsanwalt in Verden veranlaßt, öffentlich darauf hinzuweisen, daß ein abschließendes Ermittlungsergebnis nur möglich ist, wenn Ost-Berlin „entsprechende Unterlagen" herausgibt. Medizinischer Sachverstand schließt wegen der Verletzungen Burkerts nicht aus, daß der Herztod durch einen Handkantenschlag in die Halsgegend, der auch die Schlagader traf, oder durch den Streß eines brutalen Verhörs verursacht worden sein kann.

Die „DDR" hat ein dröhnendes politisches Spektakel veranstaltet und Bonn einer „Verleumdungskampagne" beschuldigt, ehe sie den Hamburger Professor Jensen zu einer Prüfung an Ort und Stelle einlud. Fiel ihr dieser Beitrag, böse Zweifel auszuräumen, so schwer, weil sie etwas zu verbergen hat?

Kohl hat sich der Sache persönlich angenommen, indem er Honecker anrief. Er kann es nicht dulden, daß ihn der Staatsratsvorsitzende hinhält. Dazu steht zuviel auf dem Spiel. Der Todesfall Burkert entwickelt sich zum Test, was an „kleinen Schritten" im geteilten Deutschland überhaupt noch möglich ist.

Höhere Steuereinnahmen als erwartet

Prognose für 1983:393,4 Milliarden Mark / Stoltenberg: Dennoch weitere Einsparungen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bund, Länder und Gemeinden können in diesem Jahr mit höheren Steuereinnahmen rechnen, als bisher eingeplant worden waren. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies darauf hin, daß erstmals seit langer Zeit der Arbeitskreis „Steuerschätzungen", der in den vergangenen drei Tagen in Trier die Einnahmen für die Jahre 1983 bis 1987 vorausberechnet hatte, sein vorheriges Ergebnis nicht nach unten habe revidieren müssen. Dies bestätigt nach Ansicht Stoltenbergs, daß dem Bundeshaushaltsplan 1983 im Oktober realistische Annahmen zugrunde gelegt worden sind.

Ausgehend von einem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts um 3,5 Prozent 1983 und den geltenden Steuergesetzen, wird nach den Berechnungen des Arbeitskreises das Steueraufkommen der Gebietskörperschaften in diesem Jahr um 3,9 Prozent auf 393,4 Milliarden Mark steigen. Im Oktober lag die Schätzung noch bei 389,3 Milliarden Mark. Das Haushaltsbegleitgesetz 1983 führt zu Mehreinnahmen von 1,87 Milliarden Mark. Darüber hinaus rechnen die Experten des Arbeitskreises jetzt mit weiteren Mehreinnahmen von 2,23 Milliarden Mark.

Die Steuereinnahmen des Bundes werden nach der Schätzung 1983 um 3,1 Prozent auf 190,36 Milliarden, die der Länder um 4,3 auf 135,94 Milliarden und die der Gemeinden um 4,4 Prozent auf 53,4 Milliarden Mark steigen. Die Leistungen an die EG (Zölle und Um-

SEITE 2:
Zur Sache, Schätzer

satzsteuer) werden um 8,9 Prozent auf 13,7 Milliarden zunehmen.

Stoltenberg wies darauf hin, daß für den mittelfristigen Zeitraum von 1984 bis 1987 von dem unabhängigen Arbeitskreis nunmehr erstmals die Lücken gezeigt würden, die sich aus den zu optimistischen Annahmen der früheren Bundesregierung für die Jahre 1982 und 1983 als Folgewirkung ergeben. Gegenüber dem im Sommer 1982 aufgestellten Finanzplan der sozial-liberalen Koalition – die neue Bundesregierung hatte im Herbst auf eine neue Finanzplanung verzichtet – müßten von 1984 an Steuermindereinnahmen von jährlich zwölf bis 16 Milliarden Mark verkraftet werden.

Die nach dem Regierungswechsel eingeleiteten Beschlüsse wirkten dem zusätzlichen Finanzierungsdefizit zwar entgegen. „Dies reicht aber noch nicht aus", betonte Stoltenberg. Die Steuerschätzung unterstreiche, daß die Verwirklichung der jüngsten Koalitionsvereinbarung, nach der der Ausgabenanstieg 1984 beim Bund auf zwei Prozent begrenzt werden und die Nettokreditaufnahme unter 40 Milliarden Mark bleiben soll, nur mit weiteren Einsparungen von rund 6,5 Milliarden Mark zu erreichen sei.

Nach der Schätzung werden die Steuereinnahmen 1984 um 6,8 Prozent auf 420,2 Milliarden Mark steigen. Für die folgenden Jahre werden Zuwächse von 7,8, 7,0 und 7,7 Prozent vorausgesagt. Dadurch wird die volkswirtschaftliche Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt, von 23,76 auf 24,54 Prozent zunehmen. Das Bundeskabinett will am 18. und 19. Mai über die Eckwerte des Bundeshaushaltes 1984 entscheiden. Die Verabschiedung ist Ende Juni vorgesehen.

Rom: Verlassen die Sozialisten das Kabinett?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In Rom mehren sich die Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Regierungskrise. Die Sozialistische Partei, zweitstärkster Partner in Fanfanis Mitte-Links-Kabinett, hat für morgen das Zentralkomitee einberufen. Aus Äußerungen führender Sozialisten ist zu entnehmen, daß auf dieser Sitzung der Rücktritt aller sozialistischen Minister beschlossen werden soll, wenn Fanfani bis dahin nicht schon von sich aus durch die Demission des Gesamtkabinetts die Konsequenzen aus dem plötzlich wieder aufgebrochenen Koalitionsstreit um vorzeitige Neuwahlen gezogen haben sollte.

Der sozialistische Parteisekretär Craxi versuchte gestern in getrennten Gesprächen mit dem christdemokratischen Ministerpräsidenten und Spitzenpolitikern der Koalitionsparteien, einen möglichst breiten Konsensus für die Parlamentsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen am 26. Juni herzustellen. Er setzte sich deshalb auch mit dem kommunistischen Parteisekretär Berlinguer in Verbindung.

Bei den Christdemokraten haben sich neben Fanfani, Parteipräsident Piccoli und Ex-Ministerpräsident Andreotti die Parlamentsfraktionen der Partei einmütig gegen die vorzeitige Beendigung der regulär erst im nächsten Frühjahr zu Ende gehenden Legislaturperiode ausgesprochen. Aber auch in dieser Partei gibt es eine Gruppe von Neuwahl-Befürwortern. Schatzminister Goria erklärte kürzlich, im jetzigen Parlament zählten die politischen Bedingungen zur Durchsetzung unumgänglicher Sparmaßnahmen.

USA untersagen Pressekonferenz Arbatows

AP/AFP/DW. Washington

Die amerikanische Regierung scheint entschlossen, die Wahrung des Prinzips der Gegenseitigkeit in den politischen Beziehungen zur Sowjetunion durchzuhalten. Sie hat jetzt dem Leiter des Moskauer Instituts für USA- und Kanada-Studien, Georgi Arbatow, untersagt, auf seiner derzeitigen Reise durch die Vereinigten Staaten Pressekonferenzen zu geben.

Das Außenministerium in Washington bestätigte, daß eine in Grinell (Iowa) geplante Pressekonferenz Arbatows auf Drängen der Regierung abgesagt worden sei. Der Russe sei ausdrücklich ermahnt worden, während seiner 20tägigen Reise den Kontakt mit den Medien zu meiden.

State-Department-Sprecherin Anita Stockman sagte, Arbatow habe frühere sogenannte „Studienaufenthalte" in den Vereinigten Staaten dazu benutzt, als „inoffizieller Vertreter sowjetischer Positionen" aufzutreten. Ähnlicher Zugang zu den sowjetischen Medien sei Repräsentanten der USA nicht gewährt worden. Der amerikanische Botschafter in Moskau durfte in den vergangenen Jahren weder in sowjetischen Zeitungen Beiträge veröffentlichen noch im Fernsehen der UdSSR auftreten.

Während eines Vortrages an der Universität von Iowa hatte der Leiter des sowjetischen Studienzentrums die amerikanische Außenpolitik scharf kritisiert. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, sagte Arbatow, hätten zur Zeit ihren tiefsten Stand seit der 1962 geführten Auseinandersetzung um in Kuba stationierten Raketen erreicht.

Seite 2: Was Arbatow darf

Walesa fordert neue Verhandlungen

Er will seine Ziele mit „friedlichen, aber wirksamen Methoden" verfolgen

rtr/AFP/DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat den Militärmachthabern in Warschau zu verstehen gegeben, daß er sich nach wie vor als Vorsitzender einer aktiven unabhängigen Gewerkschaft versteht und als Gesprächspartner der Regierung akzeptiert werden möchte.

Auf einer Pressekonferenz in seiner Danziger Wohnung sagte Walesa, die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" sei eine „moralische Kraft" geblieben, ohne deren Beteiligung Polen „nicht aus der Krise befreit" werden könne. Er forderte eine Wiederherstellung des gewerkschaftlichen Pluralismus, der Arbeiterselbstverwaltung und der „bürgerlichen Freiheiten". Der Arbeiterführer bedauerte, daß die Behörden seit der Zeit seiner Freilassung aus der Internierung nichts unternommen hätten, um ihre Haltung mit ihm als „dem Vertreter der Solidarität" zu koordinieren, obwohl er ihnen zahlreiche Signale habe zukommen lassen. Das bestätige die „Arroganz der Behörden und ihren Mangel an gutem Willen". Er werde seine Bemühungen mit neuen „friedlichen aber wirksamen Methoden" weiterverfolgen.

Walesa ließ keinen Zweifel daran, daß er an den Kundgebungen der „Solidarität" am 1. Mai teilnehmen werde. „Ich bin Arbeiter und werde folglich den Tag der Arbeit auf die Art der Arbeiter begehen." Die Gewerkschafter hätten jedoch nicht die Absicht, Unruhen heraufzubeschwören, wie dies das Politbüro der kommunistischen Partei erklärt hatte. „Wenn niemand auf uns einschlägt, dann wird der 1. Mai in Ruhe verlaufen."

Ausdrücklich begrüßte der Arbeiterführer den geplanten Besuch des Papstes in seiner polnischen Heimat. Die Visite erwecke „große Hoffnung". Bei seinem ersten Polen-Besuch habe das Oberhaupt der katholischen Kirche das Volk „aus der Lethargie geweckt" und ihm Kraft und Mut gegeben, heißt es in einer schriftlichen Erklärung Walesas. Aus dieser Kraft sei die unabhängige, inzwischen verbotene Gewerkschaft „Solidarität" entstanden. Deren Ideale ließen sich nicht durch Gewalt und Lüge vernichten.

Walesa bekräftige sein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche, suchte jedoch eine Differenzierung: Als gläubiger Christ ordne er sich ihr unter, aber als Gewerkschafter müsse er sich der Gewerkschaft unterordnen. Bislang habe es in dieser Beziehung keinen Konflikt gegeben.

Zu der Pressekonferenz waren mehrere Dutzend Journalisten aus aller Welt angereist. Auch ein Vertreter des offiziellen polnischen Fernsehens war gekommen.

Die polnische Führung kommentierte Walesas Aufforderung zur Rückkehr an den Verhandlungstisch mit der Bemerkung, daß Walesa nichts weiter als ein gewöhnlicher Privatmann sei. „In dieser Hinsicht hat sich nichts geändert", so zitierte die britische Nachrichtenagentur Reuter den Regierungssprecher. Unterdessen wurden 35 weitere Verhaftungen in den Kreisen der verbotenen „Solidarität" gemeldet.

Israel: Warschau hat uns getäuscht

Protest gegen PLO-Teilnahme an Gedenkfeier zum Jahrestag des Getto-Aufstandes

DW. Warschau

Die Teilnahme eines PLO-Vertreters an der offiziellen Gedenkfeier der polnischen Regierung zum 40. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto hat die Beziehungen zwischen Jerusalem und Warschau weiter getrübt. Israel fühlt sich von der polnischen Regierung getäuscht. Warschau, so berichtete der Bürgermeister von Tel Aviv, Schlomo Lahat, habe noch vor Tagen versichert, daß es der PLO nicht gestattet werde, einen Kranz niederzulegen.

Der Bürgermeister hält sich mit einer rund 300köpfigen Delegation seines Landes zur Zeit in Polen auf. Vier israelische Regierungsbeamte, die der Abordnung angehören, kündigten gestern ihre vorzeitige Abreise an. Zuvor wollten sie bei den polnischen Behörden gegen den Vorgang protestieren.

Der Leiter der Vertretung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Warschau, Fuad Yaseen, hatte sich am Dienstag bei der Zeremonie am Ehrenmal für die Opfer des Gettoaufstands unter die akkreditierten Diplomaten eingereiht und einen Kranz niedergelegt. Anschließend sagte er zu Journalisten: „Das jüdische Volk war Opfer der Nazis und die Palästinenser sind Opfer der neuen Nazis – der Zionisten und Israels."

Die Szene wurde von den in Warschau anwesenden Israelis als „beschämende und erniedrigende Tat" empfunden, wie der Bürgermeister Tel Avivs sagte. Er sprach außerdem von einem „zynischen Akt der Propaganda". Sie sei auch ein „Vertrauensbruch" auf polnischer Seite. Die israelische Abordnung hatte mit einem Boykott der Veranstaltung gedroht, falls einem PLO-Vertreter eine Kranzniederlegung gestattet würde. Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Rakowski versicherte daraufhin, Warschau werde dieser Absicht entgegentreten. Daraufhin zogen die Israelis ihre Boykottdrohung zurück.

Kommentar des Tel Aviver Bürgermeisters: „Die Mörder haben einen Weg gefunden, das heilige Andenken an die Helden des Warschauer Gettos zu schänden."

Meldungen, die israelische Delegation werde ihren Aufenthalt in Polen vorzeitig beenden, bestätigten sich gestern nicht. Der israelische Rundfunk hatte am Dienstag abend gemeldet, Erziehungsminister Zevulun Hammer habe die Delegation zurückgerufen. Der israelische Delegationsleiter, Schlomo Lahat, versicherte, er habe eine solche Anordnung nicht erhalten. „Aber ich werde protestieren und eine Entschuldigung verlangen", fügte er hinzu.

Seite 2: Die Schande von Warschau

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zur Sache, Schätzer

Von Peter Gillies

Wenn der erlauchte Kreis der Steuerschätzer jetzt errechnet, daß die Steuereinnahmen des Bundes in diesem Jahr etwas höher ausfallen, so darf man dies als erfreuliche Nachricht werten. Finanziell jedoch ist ihre Bedeutung höchst gering, betrifft sie doch nur Prozentbruchteile des gesamten Steuerkuchens. Und selbst wenn tatsächlich gut achthundert Millionen mehr eingehen sollten, so gibt es eine Fülle von Finanzrisiken (Werften, Stahl, Bundesbahn, EG usw.), die ein Mehrfaches der Schätzkorrektur ausmachen.

Erleichternd mag freilich stimmen, daß die Steuerschätzer erstmals keine kalte Dusche für die Bonner Budgetpolitik bereithalten. Lange Jahre zitterten die Finanzminister den Schätzergebnissen entgegen. Sie rissen stets Lücken in die Haushalte, weil man sich durch allzu optimistische Vorgaben über das künftige Wirtschaftswachstum reichrechnete.

Für den kritischen Etat 1984 muß jedoch daran erinnert werden, daß die Treffsicherheit der Steuerschätzung entscheidend davon abhängt, welchen Wirtschaftsverlauf man unterstellt. Diese Basis liefert die Bundesregierung und speist sie in die Schätzung ein. Für dieses Jahr mag es realistisch sein, eine reale Stagnation zu unterstellen.

Für 1984 und die Jahre bis 1987 ist jedoch ein kräftiger Aufschwung, der im nächsten Jahr mit voller Kraft einsetzen und dann drei Jahre auf noch höherem Niveau verharren soll, unterlegt. Das mag so sein – muß es aber nicht.

Zwingend ist deshalb der Hinweis, daß auch bei Konjunkturerholung das Sparen im Staatshaushalt nicht aufhören darf. Der Aufschwung löst allenfalls die konjunkturellen Probleme, nicht die strukturellen. Der Hauch von Optimismus darf nicht dazu verführen, das Konsolidierungsproblem für gelöst zu halten. Der Sanierungsprozeß wird schmerzhaft bleiben für viele Jahre – schätzungsweise.

Was Arbatow darf

Von Carl Gustaf Ströhm

Die US-Regierung hat dem sowjetischen Amerika-Spezialisten Arbatow ein Zusammentreffen mit amerikanischen Journalisten untersagt. Begründung: Amerikanische Diplomaten und Politiker erhielten bei Aufenthalten in der Sowjetunion gleichfalls keine Möglichkeit, in den dortigen Medien ihre Meinung zu verbreiten und für ihre politischen Standpunkte zu werben.

Damit hat die Reagan-Administration erstmals den Versuch unternommen, in den publizistischen Ost-West-Beziehungen wenigstens annähernd eine Reziprozität herzustellen. Bisher ist es nämlich so, daß sowjetische Funktionäre von unserer Meinungsfreiheit ungeniert Gebrauch machen.

In der Bundesrepublik beispielweise bewegen sich die Abgesandten mancher Ostblock-Länder wie Fische im Wasser. Auf kommunistischen Veranstaltungen – etwa bei der DKP – tauchen regelmäßig offizielle Sowjetvertreter auf, um den deutschen Genossen beim Sturz des kapitalistischen Systems behilflich zu sein. Im Umkreis der „Friedensbewegung", der „Grünen" und „Alternativen" tummeln sich echte oder angebliche sowjetische Pressevertreter.

Aber man stelle sich einmal vor, was geschähe, wenn Helmut Kohl, Heiner Geißler und Norbert Blüm den Wunsch ausspräche n, in der Sowjetunion die christlichen Dissidenten zu besuchen, um ihnen Mut beim Kampf gegen das atheistische Sowjetsystem zuzusprechen. Oder wenn Ost-Experten des Westens, ähnlich wie ihr Gegenstück Arbatow in Amerika, ihrerseits Vortragsreisen durch sowjetische Universitäten unternehmen wollten. Es wäre gut, wenn auch die Bonner Regierung mit dem sozial-liberalen Schlendrian auf diesem Gebiet Schluß machen und gegenüber den Sowjets den Ruf nach mehr Gegenseitigkeit erheben würde.

Kleinfeuerungsanlagen

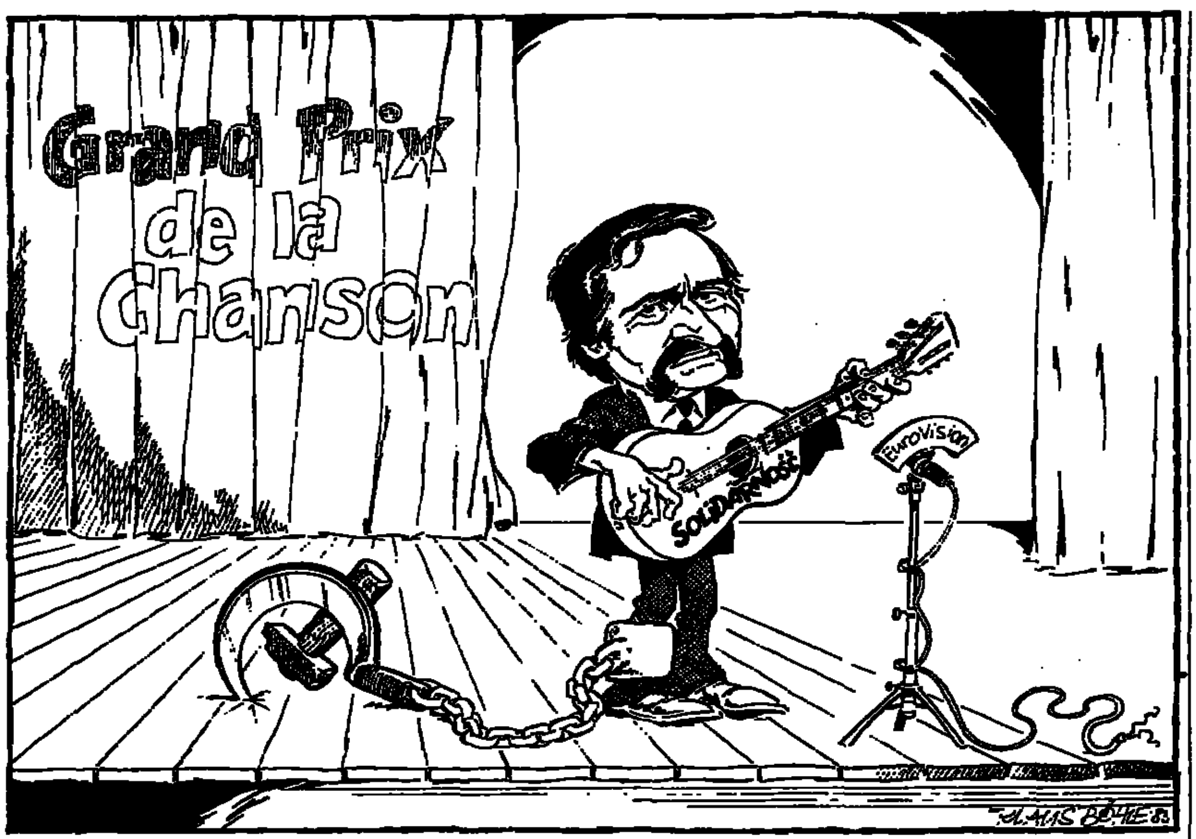
Von Eberhard Nitschke

Der Ofen ist aus, aber jetzt fängt das Feuer erst richtig zu brennen an. Der frühere Staatssekretär im Justizministerium von Nordrhein-Westfalen, Kurt Wöhler (FDP), hat vor einem Untersuchungsausschuß des Düsseldorfer Landtags, der Licht in die Parteienspenden-Affäre bringen soll, erklärt, daß er Kopien staatsanwaltlicher Akten in dieser Angelegenheit im Ofen seiner Mutter in Wuppertal verbrannte. Das geschah, nachdem immer intensiver nach jener undichten Stelle gefahndet wurde, aus der Wortlaut-Texte von Untersuchungsprotokollen in die Öffentlichkeit tropften.

Der Feuereifer des Ex-Beamten stieß bei dieser Aktion auf ein technisches Zivilisationshindernis. Wer hat schon noch oder schon wieder einen richtigen Kohlenofen, wo belastendes Material sich, viel gründlicher als im Reißwolf, in Schall und Rauch auflöst? Da nimmt man schon einen kleinen Weg in Kauf, vor allem, wenn es darum geht, daß man nicht selbst und mit seinem Amt dazu durch den Rost fällt. Wohltätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht – doch Schiller hat wahrscheinlich weniger an einen hohen Beamten gedacht, der plötzlich kalte Füße bekommt.

Hier wurde nun aber mit einem Material eingeheizt, das den Betreiber der Wärmequelle eher versengte. Kein Wunder, daß der frühere Staatssekretär sein Verhalten jetzt im Nachhinein als „nicht ganz faßbar" einstufte.

Gefeuert ist er ja nun, aber es stellen sich doch ein paar Fragen. Das Düsseldorfer Justizministerium hat sich in den letzten Monaten, als alle Welt dort das Leck suchte, in schöner Solidarität vor seine Leute gestellt. Jetzt, wo das kleine Feuerchen von Wuppertal aus Mutters Ofen nicht nur Qualm macht, sondern auch ordentlich stinkt, sollte man noch einmal kritische Nachschau halten. Gibt es noch mehr Asche aus illegal verbranntem Material, dann gibt es auch Häupter, die sich damit bestreuen müssen.



Ein bißchen Freiheit ...

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Schande von Warschau

Von Enno v. Loewenstern

In der Bundesrepublik Deutschland und anderswo kommt es immer wieder zu Schändungen jüdischer Mahnmale oder Grabsteine. Die Täter verschwinden im Dunkel; man weiß oft nicht, ob es geistig Gestörte oder Provokateure sind. Man ist sich im Einzelfall keiner Schuld bewußt; man meint, alles Denkbare zum Schutz solcher Anlagen, aber auch zur Aufklärung der Menschen getan zu haben. Dennoch schämt man sich für die Täter.

Aber man hätte es nie für möglich gehalten, daß ein Regime – selbst ein kommunistisches – so verkommen sein könnte, eine offizielle Denkmalsschändung zu inszenieren. Und man kann nicht einmal versuchen, nachzufühlen, was in den Herzen der Juden in Israel und in aller Welt vorgeht, wenn sie zusehen müssen, wie eine ihrer teuersten Erinnerungsstätten, das Denkmal des Warschauer-Getto-Aufstandes, zur Besudelung durch die PLO freigegeben wird.

Hier durfte der Vertreter einer Mörderbande, die die Vernichtung des jüdischen Staates und das Verjagen der Juden in ihr Programm geschrieben hat und die alles Erdenkliche zu diesem Zweck tut – hier durfte dieser Fuad Yasin sich nicht nur dem Denkmal nähern und Kranzniederlegung spielen, nein, er durfte auch noch die Überlebenden des damaligen Grauens beschimpfen.

Nicht „nur" das. Er zollte obendrein den Toten salbungsvollen Tribut als „Opfer des Faschismus", um sie als Zeugen gegen ihre überlebenden Mitkämpfer aufzubieten – er, dessen PLO sich unmittelbar von jenem Großmufti von Jerusalem und dessen Gefolgsleuten ableitet, der zur Zeit des Aufstands an der Weichsel als Freund und Förderer Hitlers auftrat und ihm sogar Militärhilfe für seinen Krieg im Osten anbot. Wäre das Geschäft nicht an Umständen außerhalb der Kontrolle jenes frommen Mannes gescheitert, hätten vielleicht palästinensische Legionäre sich am Niedermetzeln der Juden im Warschauer Getto beteiligen dürfen.

Und die Israelis – was sollten sie nun tun? Auf ihre Gedenkfeier verzichten? Sie könnten das Warschauer Denkmal preisgeben; es ist ohnehin nicht das erste Mal, daß diese Anlage für politische Zwecke mißbraucht wurde. Aber sie können den Ort nicht preisgeben, der ihnen durch das Blut ihrer Märtyrer heilig geworden ist. Sie müssen es hinnehmen, daß ein rechtloses wie schamloses Regime einen Mißbrauch dieses Ortes nicht nur duldet, sondern sogar inszeniert. Man log den Israelis eigens vor, daß man den PLO-Mann nicht an das Denkmal lassen würde, nur damit sie ja nicht abreisten, sondern als Zeugen des widerwärtigen Schauspiels gedemütigt wurden.

Dies also ist das Regime des Generals Jaruzelski, dem so oft bescheinigt wird, er sei ein Patriot, der mit seinen Prügelpolizisten nur Schlimmeres verhütet habe; dem man daher Erfolg wünschen müsse. Diese Kreatur kann sich nun wirklich nicht darauf berufen, daß die Sowjets einmarschiert wären, wenn man ihren Handlanger nicht zum Denkmal vorgelassen hätte. Ebenso haben die Sowjets nicht Jaruzelskis UNO-Vertreter die zusätzliche Geschmacklosigkeit diktiert, daß der Aufstand der Warschauer Juden, die von den polnischen Untergrundorganisationen völlig im Stich gelassen wurden, „Teil des polnischen Widerstands" gewesen sei. Wie hieß das einmal bei uns: „Nach Auschwitz kann es keine Gedichte mehr geben"? Man sieht, was es alles nach Auschwitz geben kann.

Überhaupt kann man, selbst wenn man sich noch so einfühlsam „in die Lage der Sowjets versetzt" – was uns ja von bestimmter Seite so dringlich empfohlen wird – nicht erkennen, welcher meinethalben böswillige, aber wenigstens in dieser Böswilligkeit rationale Zweck verfolgt wurde. Die Beleidigung der Juden, und aller ehrenhaften Menschen mit ihnen, dient nirgendwo einer sowjetischen Positionsverbesserung. Hier ist nichts weiter zu konstatieren als die Tatsache, daß ein Regime, dem immer wieder zutiefst humane Grundlagen bei aller fehlgeleiteten Praxis attestiert werden, in Wirklichkeit zutiefst niedrig und lumpenhaft ist und das auch dort zeigen muß, wo kein politischer Vorteil herausspringt. Sie sind so, sie können nicht anders.

In Israel freilich wissen die Menschen, wie überall in der zivilisierten Welt, daß es nicht „die" Polen, nicht „die" Russen waren, die das getan haben. So genügt billiges Mitgefühl mit den Juden in ihrem ohnmächtigen Zorn nicht. Die Beleidigung der Menschenwürde endet erst dann, wenn es wieder die Polen sind, die in ihrem Land bestimmen (und die Russen in ihrem und die Mitteldeutschen und all die anderen in ihren Gebieten). Wer nicht das Menschenrecht aller Politik voranstellt, macht sich mitschuldig.



Besudelung offiziell inszeniert: Warschauer Getto-Denkmal FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Elda Pucci

Eine Frau in Palermo

Von Friedrich Meichsner

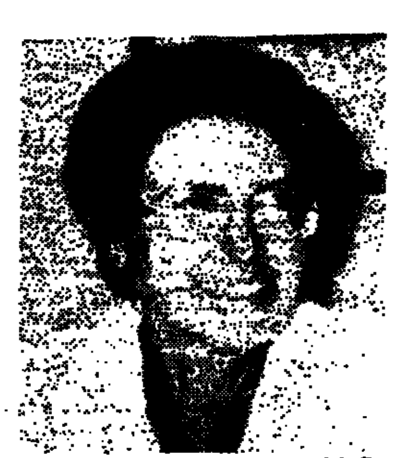
Ausgerechnet auf Sizilien, dem weltweit anerkannten Dorado mediterraner Maskulinität – und, beklagenswerterweise, Gewalttätigkeit –, wurde zum ersten Mal in der Geschichte Italiens eine Frau zum Bürgermeister einer Großstadt gewählt. Die 55jährige Kinderärztin Elda Pucci ist seit Dienstagabend aufgerufen, Heilung zu bringen, wo bisher die Kunst all ihrer männlichen Kollegen versagte: in der Mafia-Hochburg Palermo.

Daß es die zum Lager der „Fanfaniani" gehörende Christdemokratin nicht leicht haben wird, ließ schon der Wahlgang im Stadtparlament erkennen. Von den anwesenden 61 Stadtverordneten der Mitte-Links-Koalition wandten sich bei der Geheimabstimmung nicht weniger als zehn „Heckenschützen" gegen sie. Das bewog die Neugewählte, ihr Mandat zunächst nur unter Vorbehalt anzunehmen. Definitiv entscheiden will sie sich erst in der kommenden Woche.

Die Chefärztin für Pädiatrie am Städtischen Klinikum, die sich besonders mit der Betreuung von Frühgeburten befaßt, hatte sich in jungen Jahren politisch eher zur Sozialistischen Partei als zur Democrazia Cristiana hingezogen gefühlt. Erst nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag schloß sie sich den Christdemokraten an, von denen sie jetzt als Symbol für die innere Erneuerung der unter dem Verdacht der Verfilzung mit der Mafia stehenden Regionalpartei herausgestellt wird.

„Ich weise den Verdacht der Verbindung zwischen DC und Mafia zurück", sagte sie kürzlich in einem Interview. „Alle sizilianischen Parteien sind von solchen Kontakten betroffen, die allerdings nicht direkt bestehen, sondern von Personen aufrechterhalten werden, die über jeden Verdacht erhaben erscheinen." So steht sie auch dem gesamten Parteisystem in seiner jetzigen Form skeptisch gegenüber: „Ich habe den Eindruck, daß sich in Italien Bedingungen entwickelt haben, die teilweise einer Diktatur mit mehreren Köpfen – eben den Parteien – nahekommen." Die Parteien sähen ihre Hauptaufgabe weniger darin, dem Bürger die konstitutionellen Freiheiten zu sichern, als darin, willkürlich viel zu viel Raum zu besetzen und den Bürger dadurch zu erdrücken. Abhilfe könne da nur eine institutionelle Reform schaffen.

Elda Pucci, die unverheiratet geblieben ist, weil sie „nicht den richtigen Mann gefunden" hat, bekennt sich politisch zum „moralischen Rigorismus", gesteht aber entgegen der auf der Insel noch immer vorherrschenden landläufigen Moral: „An einem Strand mit Nudisten finde ich nichts Anstößiges."



Bürgermeisterin zwischen Mafia und Not: Elda Pucci FOTO: AP

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt befaßt sich nochmals mit dem Grenzzwischenfall in Drewitz:

Da fahren Deutsche durch ein Stück Deutschland in die ehemalige deutsche Hauptstadt und laden Schuld auf sich – oft sogar wissentlich –, indem sie ihren Verwandten oder Freunden etwas zustecken. ... Der jüngste Fall lehrt, wegen welchen Geringfügigkeiten Deutsche heute schuldig werden und dadurch den Tod erleiden können. Daß vordem Deutsche mit maximaler Schuldaufhäufung schuldig geworden sind, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wenn zur Lehre für die Geschichte noch eine Lehre für den Alltag zu ziehen ist, dann betrifft sie die Informationspolitik der Bundesregierung. Sie muß in ihren Merkblättern für Transitreisen nach Berlin und für Einreisen in die DDR die brutale Wirklichkeit genau beschreiben. Vor allem, daß jeder Reisende in jedem Augenblick unter Aufsicht der „Staatssicherheit" steht. Deren Darstellung des Todesfalles sollte in die Merkblätter aufgenommen werden. Und dieses Stück deutscher Prosa gehört auch in die deutschen Lesebücher.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt schreibt über die Perspektiven der Energieversorgung:

Fernab in Sibirien, in Kanada, im Nahen Osten, in Australien oder in den Ozeanen werden zwar immerzu neue Lagerstätten von Öl und Erdgas erschlossen, aber dies geschieht unter immer schwierigeren technischen Umständen und mit ständig steigenden Kosten. Nach amerikanischen Schätzungen müssen bis zur Jahrtausendwende weltweit, aber noch ohne die Ostblockländer, rund zwanzigtausend Milliarden Mark zur Erforschung, zum Aufschluß und zur optimalen Nutzung von Energiequellen aufgebracht werden. Die Vorräte an fossilen Energien sind auf jeden Fall erschöpflich, auch wenn sie, wie etwa bei der Kohle, auf der Basis der jetzigen Förderung, noch über 200 Jahre reichen sollen ... Auf jeden Fall braucht die Energie-Vorsorge einen langen Atem ... Kurzfristige Preisrückgänge und Überschußsituationen auf dem Ölmarkt dürfen sie nicht nachhaltig stören. Die nächste Energiekrise kommt bestimmt.

STUTTGARTER ZEITUNG

Zur Absicht Präsident Reagans, 100 MX-Interkontinentalraketen bauen zu lassen, heißt es hier:

... Der Traum ist aus, die Suche nach Unverwundbarkeit ist amtlich beendet. Präsident Ronald Reagan hat sich den Rat der Experten zu eigen gemacht, hundert Interkontinentalraketen vom Typ MX zu bauen, sie in die alten Silos zu stecken und im übrigen grünes Licht für den Bau einer neuen Raketengeneration zu geben. Sie sollen sehr viel kleiner ausfallen und auch nur einen Gefechtskopf haben, auf der MX werden es noch zehn pro Rakete sein. Für viele Beobachter war seit langem klar, daß der Wunsch nach Unverwundbarkeit der Jagd einem Phantom gleicht.

KURIER

Die Zeitung aus Wien merkt zur Lage in Libanon an:

Die radikalen Palästinenser und die radikalen Araberstaaten (offenbar aber auch islamische Fanatiker aus der Khomeini-Schule) haben offenbar beschlossen, jeden Ansatz zu einer friedlichen Lösung im Keim zu ersticken. Die „gemäßigten" Flügel der PLO wagen es noch weniger, über ihre Schatten zu springen. Sie wollen vielleicht Frieden machen, können es aber offensichtlich nicht. Die Administration Reagan will wahrscheinlich die Regierung Begin zu Konzessionen bringen, kann es aber nicht. Begin fährt fort, das Westjordanland de facto zu kassieren. Nicht einmal aus dem Libanon sind die Israelis herauszubringen. Im Nahen Osten dürfte es noch viel schlechter werden, bevor es besser wird.

Der Aufschwung und die Regierung, interagierend

Welche Daten werden der Wirtschaft gesetzt? / Von Gerd Brüggemann

Die Zeichen trügen wirklich nicht. Auch die gerade so erfolgreich zu Ende gegangene Messe in Hannover beweist es: Der lang anhaltende wirtschaftliche Abschwung in der Bundesrepublik ist vorüber; und eine Vielzahl positiver Datenänderungen zeigt an, daß eine konjunkturelle Erholung beginnen kann. Dennoch lebt die Wirtschaft vorerst noch in erster Linie von der Hoffnung.

Die Hoffnung besteht indes nicht so sehr darin, daß die Zahlen sich weiter verbessern. Sie bezieht ihre Kraft daraus, daß die Bundesregierung das Konzept, mit dem die Koalitionsparteien am 6. März einen überzeugenden Wahlsieg errangen, nun auch in die Tat umsetzt: die marktwirtschaftliche Ordnung wieder zur Grundlage der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu machen. Dazu bedarf es vor allem eines glaubwürdigen Programms zur Konsolidierung und Neustrukturierung der öffentlichen Haushalte und einer Umgestaltung des aufwendigen, ineffektiven und oft mißbrauchten Transfersystems.

Die Regierungserklärung am 4. Mai wird in dieser Hinsicht erste Aufschlüsse geben. Aber niemand sollte sich über die Schwere der Aufgabe täuschen. Der Weg von der guten Absicht bis zur vollbrachten Tat ist lang und hindernisreich. Und es kann nicht übersehen werden, daß der verbesserte wirtschaftliche Datenrahmen, die Aussicht auf einen Konjunkturaufschwung, die Reformvorhaben der neuen Bundesregierung keinesfalls erleichtert.

Angesichts der vehementen Proteste und der vordergründigen Entrüstung derer, die von den Mißständen des Sozialsystems profitieren, braucht die Regierung nicht nur eindeutige Maßstäbe, sondern auch ein außergewöhnliches Standvermögen. Darüber verfügen Politiker oft dann nicht, wenn es darum geht, das als richtig Erkannte auch gegen starke Widerstände durchzusetzen. Da kann die Versuchung schon sehr groß werden, nach Umwegen zu suchen, die Krankheit auf schmerzlose Weise zu heilen – oder wenigstens so zu tun.

Möglichkeiten gäbe es schon, und es dauert lange, bis offenbar wird, daß sie das angestrebte Ziel verfehlen mußten. Dabei muß man gar nicht gleich an die hierzulande ohnehin diskreditierte Mogelpackung der Inflationsbeschleunigung denken oder an das Patentrezept der Gewerkschaften, das schlimmste Krisensymptom, die hohe Arbeitslosigkeit, durch Umverteilung der Arbeitsplätze zu beseitigen. Solchen Versuchungen könnte die Regierung wohl widerstehen. Aber es fällt auf, daß im Regierungslager die Zahl derjenigen Politiker steigt, die da meinen, ein wirtschaftlicher Aufschwung könne die Notwendigkeit einer verteilungspolitischen Kurskorrektur, wenn nicht überflüssig machen, so doch als weniger dringlich erscheinen lassen.

Dies wäre fatal, weil die optimistische Stimmung der Wirtschaft einen Dämpfer erhielte und so den den möglichen Aufschwung wieder gefährdete. Daß so etwas in der Wirtschaft überhaupt diskutiert wird, zeigt, wie dünn die Decke des Vertrauens noch ist.

Eine der Hauptursachen für den Niedergang der deutschen Wirtschaft in den siebziger Jahren lag in der Unfähigkeit der Politik, der Volkswirtschaft genügend Mittel zur Kapitalbildung zu lassen. Seit 1970 ist der Teil des Sozialprodukts, der für private Netto-Investitionen und für öffentliche Infrastrukturausgaben zur Verfügung stand, auf die Hälfte gesunken. Gleichzeitig stieg der Anteil der staatlichen Konsumausgaben drastisch an.

Wenn man davon ausgeht, daß die Basis für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nur durch eine deutliche Erhöhung der Investitionen gelegt werden kann, liegt die Folgerung auf der Hand. Die konsumtiven Ansprüche an das Sozialprodukt müssen zugunsten der investiven zurückgedreht werden. Das kann nur durch eine Reform des Steuer- und Sozialsystems geschehen mit dem Ziel, die Investitionskraft der Unternehmen zu verbessern. Erst wenn solche Vorhaben auf den Weg gebracht sind, darf man damit rechnen, daß die Verbesserung der volkswirtschaftlichen Daten sich auch in den betriebswirtschaftlichen zeigt.

Es ist deswegen für die Politiker außerordentlich wichtig, aus den ohne Zweifel erkennbaren Aufschwungsignalen nicht die falschen Schlüsse zu ziehen und notwendige Maßnahmen in falscher Hoffnung zu vertagen. Wie sagte doch der Bundeswirtschaftsminister zur Eröffnung der Messe in Hannover: Notwendige Grausamkeiten müßten zu Beginn einer Legislaturperiode begangen werden.

Der Tod am Übergang Drewitz: Kohl rechnet mit Aufklärung durch Honecker / Differenzen zwischen Gutachtern in Ost und West

„DDR"-Führung tritt Flucht nach vorn an – Fragen bleiben

Von GÜNTHER BADING

Die Brisanz des Zwischenfalls am „DDR"-Grenzübergang Drewitz und die möglichen Auswirkungen auf die beiderseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin sind anscheinend von den verantwortlichen Beamten beider Regierungen zunächst nicht richtig eingeschätzt worden. Die Bundesregierung hat zwar die Ständige Vertretung in Ost-Berlin nachdrücklich um Aufklärung der Widersprüche gebeten, nachdem am 13. April, drei Tage nach dem Tod des 43jährigen Rudolf Burkert beim Verhör durch „DDR"-Zöllner, an der inzwischen in die Bundesrepublik überführten Leiche Verletzungen festgestellt worden waren, die nicht von der „DDR"-amtlich angegebenen Todesursache herrühren konnten; massiv interveniert hat die Bundesregierung allerdings erst, als der Kanzler an diesem Montag entscheiden mußte, ob er das SED-Politbüromitglied Günter Mittag trotz dieses Zwischenfalls empfangen würde oder nicht.

Die „DDR" hat sich in der Handhabung des Falles Burkert eine ganze Woche lang auf eine rein formalistisch-polizeitechnische Verhaltensweise zurückgezogen. Zwar wurde die Ständige Vertretung in Ost-Berlin gemäß dem Transitabkommen korrekt noch am selben Tag vom Ableben Rudolf Burkerts informiert; auch wurde die schriftliche Information korrekt nachgereicht. Die Formulierung allerdings, daß ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland im Bereich des Grenzkontrollpunktes an Herzversagen gestorben sei, war – bewußt oder unbewußt? – so gehalten, daß kaum ein Sachbearbeiter in Bonn (oder auch in Ost-Berlin) von einem besonderen Vorkommnis, gar einem Zusammenhang mit einer „Transitstraftat" ausgehen konnte. Der Herzinfarkt eines ohnehin kranken Menschen ohne jede Art von Begleitumständen, wie vorläufige Festnahme und Verhör durch Zollbeamte der „DDR", hätte ebenso beschrieben werden können.

Der Versuch, den Fall Burkert als Routineangelegenheit darzustellen, spiegelte sich auch in der Berichterstattung der „DDR"-Medien. Erst am vergangenen Samstag, als Zeitungen in der Bundesrepublik Deutschland schon berichtet hatten, griff das Ostfernsehen den Fall auf. Am Montag druckte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" auf Seite 19 einen kleinen Artikel, in dem von einer angeblichen Lüge von Zeitungen des Springer-Konzerns die Rede war. Gestern allerdings druckte das „Neue Deutschland" auf seiner Titelseite einen Bericht über den Protest des ständigen „DDR"-Vertreters in Bonn, Mold, gegen eine angebliche „Hetzkampagne". Auf der Seite 2 wurde – ungewöhnlich genug – nicht der Kanzler oder die Bundesregierung, sondern Regierungssprecher Stolze angegriffen, weil er über Inhalt und Umfang des Telefongesprächs zwischen Bundeskanzler Kohl und SED-Chef Honecker unkorrekt berichtet habe. Stolze gestern: „Ich habe korrekt berichtet." Über den Umfang des Telefonats habe er im übrigen kein Wort gesagt.

In Bonn wurde der scharfe „Protest" Molds nach dem Telefongespräch Kohls mit Honecker, das in einer Atmosphäre gehalten war, die guten Willen zur Aufklärung der Angelegenheit auch bei dem SED-Chef vermuten ließ, als mögliche „Flucht nach vorn" bewertet. Eine gezielt herbeigeredete vorübergehende Verstimmung zwischen Ost-Berlin und Bonn könnte darin enden, daß die „DDR" letztlich nichts zur weiteren Aufklärung des Transitzwischenfalls tut. Bundeskanzler Kohl machte allerdings gestern im Kabinett deutlich, er gehe davon aus, daß Honecker seine Zusage einer genauen Überprüfung und erneuten Stellungnahme zum Fall Burkert gegenüber der Bundesregierung einhalten werde.

Nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen und das generelle Klima zwischen „DDR" und Bundesrepublik Deutschland werden durch den gravierenden Transitzwischenfall berührt. Davon werden auch die Vorbereitungen für den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik tangiert. Der SED-Chef möchte auf alle Fälle noch vor dem endgültigen Entscheid einer Stationierung von Mittelstreckenwaffen im Rahmen der NATO-Nachrüstung im Westen diesen Besuch machen; nach Vollzug der Nachrüstung wäre ihm ein solcher Besuch kaum noch möglich.

In Bonn hat man mit Erstaunen verzeichnet, wie konfus die Reaktion der „DDR" sich anließ. Mit seiner Zusage in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler, die Todesursache in Drewitz neu zu überprüfen, hat der SED-Chef – eigentlich ohne Not – die bis zu diesem Zeitpunkt von Ost-Berlin durchgehaltene Linie verlassen, die Angelegenheit als Routine zu behandeln. Allerdings war Honecker durch den Anruf Kohls nicht überrascht worden. Das Kanzleramt hatte das Telefonat mit Hinweis auf das zu besprechende Thema in Ost-Berlin angemeldet. Vermutungen, daß es schwerwiegende „Versäumnisse" bei der Verhandlung der Sache in Bonn gegeben habe, wurden gestern in Regierungskreisen zurückgewiesen. Sofort nach Feststellung von Verletzungen bei dem toten Burkert habe das Kanzleramt, auf Ersuchen des Innerdeutschen Ministeriums, die Ständige Vertretung in Ost-Berlin angewiesen, um weitere Aufklärung zu bitten. Im übrigen sei es bei einem solchen Fall angebracht, zunächst einmal genau zu prüfen (also auch Erklärungen der anderen Seite abzuwarten), bevor man interveniere oder öffentlich Stellung nehme.

Ost-Berlins Gerichtsmediziner hat die Leiche offenbar nicht gesehen

Von H. R. KARUTZ

Eishockey-Freunde in der „DDR" mußten am Dienstagabend warten. Überraschend und im Sinne des Wortes unprogrammgemäß schob die „Aktuelle Kamera" des Ostberliner Fernsehens eine Sondersendung über den Todesfall von Drewitz ein. Dazu interviewte der Sender den weltbekannten österreichischen Gerichtsmediziner Professor Otto Prokop, Chef des Instituts für Gerichtliche Medizin an der Ostberliner Humboldt-Universität, und seinen Oberarzt Dr. Günther Geserick. Fazit der Befragung: Rudolf Burkert sei nicht geschlagen worden. Das Ableben sei durch einen typischen „Sekundenherztod" erfolgt.

Wie wichtig die „DDR"-Seite dieses offenbar von Honecker selbst angeregte Interview nahm, geht auch daraus hervor, daß es von Ulrich Makosch geführt wurde, der das besondere Vertrauen der Staatsführung zu genießen scheint.

Als sich die NATO-Sekretärin Ursel Lorenzen im März 1979 aus Brüssel absetzte, die für einen östlichen Geheimdienst gearbeitet hatte, breitete sie ihre Dokumente vor Makoschs Kamera aus.

Aus Prokops fachmännischen Einlassungen ging hervor, daß er zwar den Totenschein und den Bericht („sehr sorgfältig") der Potsdamer Notfall-Ärztin studiert, aber offenbar den Leichnam von Burkert weder gesehen noch selbst untersucht hat. Denn Prokop äußerte: „Ich bin eigentlich überzeugt, so wie wir Gerichtsmediziner unter uns verfahren, daß der Hamburger Kollege mir das Obduktionsprotokoll schickt."

Aus einem anderen Nebensatz ging hervor, daß Prokop selbst keine Analysen an der Leiche vorgenommen hat. Er wies auf die in westlichen Zeitungen und auch im Fernsehen verbreitete Aufnahme Burkerts hin, die in seinem Heimatort Asendorf nach der Öffnung des aus der „DDR" gekommenen verplombten Zinksargs angefertigt worden war: „Das Bild, das ich gesehen habe in einer Zeitung, das ist eigentlich so charakteristisch!" Nach Prokops Einschätzung nämlich für die äußeren Merkmale des „Sekundenherztods", der Burkert offensichtlich ereilt habe.

Die Brüche von Zungenbein und Schildknorpelhörnern, die der Hamburger Obduktionsbefund ergeben hatte und die Spekulationen über Mißhandlungen Burkerts durch „DDR"-Bedienstete auslösten, erklärte Prokop auf folgende Weise: „Sie entstehen beim Aufschlag zum Beispiel oder bei der starken Überstreckung des Kopfes, dann durch Druck an der Leiche. Ich mache das jederzeit vor, ich erzeuge die künstlich! Oder durch Überwindung der Totenstarre. Es entstehen auch hier an diesen nach dem Tode entstandenen oder im Sterbevorgang entstandenen Brüchen Blutungen, die aussehen wie vitale Blutungen."

Die Gesamteinschätzung des Gerichtsmediziners deckt sich allerdings in puncto dieser Verletzungen nicht mit den Bekundungen des Hamburger Instituts für Rechtsmedizin. Die Experten dort hatten nach der Obduktion notiert, daß zwar jede einzelne der vorgefundenen fünf Verletzungen (s. WELT vom 18. April) „für sich" durch einen Sturz (wie beim Sekundentod) herbeigeführt worden sein könne, aber in „ihrer Konzentriertheit" nicht allein mit einem Fall zu begründen seien.

Offenbar selbst dann nicht, wenn man – wie Prokop ausdrücklich erwähnte – das Zwei-Zentner-Gewicht von Burkert berücksichtige. Nach den Hamburger Befunden sind Faustschläge „nicht ausgeschlossen".

Der Versuch des Interviewers, Prokop zu bewegen, sich zu „Anschuldigungen beziehungsweise Verdächtigungen" aus dem Westen zu äußern, und damit quasi politische Bewertungen des Falles abzugeben, mißlang.

Das anscheinend als Aufzeichnung gesendete Gespräch – „Neues Deutschland" verfügte jedenfalls am Mittwochmorgen schon über den vollen Wortlaut – ließ trotz seiner Ausführlichkeit immer noch offen, was dem Herztod in der Baracke von Drewitz vorangegangen ist.

Prokop wies zwar daraufhin, er habe „die ganzen Protokolle durchgesehen von den Vernehmungen der anwesenden Personen zur Sache", aber damit war offenkundig nur die nachträgliche Vernehmung der „DDR"-Zöllner über den Hergang des Vorfalls gemeint.

Welche Fragen an Burkert gestellt, welche Vorhaltungen ihm gemacht, ob er psychisch bedrängt worden ist, bleibt weiter im dunkel.



Auf dem Friedhof von Asendorf nahm Siegrid Burkert Abschied von ihrem Mann, der am Grenzübergang Drewitz bei einem Verhör durch „DDR"-Behörden am 10. April unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben gekommen war. FOTOS: BURKHARD/DPA

„Ich will doch nur die Wahrheit wissen"

Von WALTER H. RUEB

Die Einwohner von Asendorf haben schnell begriffen. Stumm weisen sie Fernsehteams und Reportern aus Deutschland, Europa und fernen Kontinenten den Weg. Am einfachsten ist in dem kleinen niedersächsischen Dorf, 40 Kilometer südöstlich von Bremen, der Friedhof zu finden.

Hier, einen Steinwurf entfernt von der Bundesstraße 6 Bremen-Nienburg, hat Rudolf Burkert am vergangenen Samstag seine letzte Ruhestätte gefunden. Das Grab ist leicht auszumachen: Ein Meer welkender Blumen, ein mannhoher Berg von Kränzen und im Winde flatternde Schleifen mit vielen letzten Grüßen. Die Asendorfer meiden in diesen Tagen den Friedhof. Sie wollen nicht mitwirken im Trauerspiel der Medien. Und es ist nicht leicht, ihnen ein paar Worte über den Mitbürger zu entlocken, dessen Tod das unbekannte Straßendorf mit 1800 Einwohnern über Nacht bekannt und das deutsch-deutsche Drama um ein weiteres Kapitel bereichert hat. Die Schlagzeilen in der Zeitung sowie die großen Worte in den elektronischen Medien haben sie erschreckt und verwirrt. Man ist es nicht gewohnt, im Mittelpunkt zu stehen. Einfachheit ist in Asendorf das Auffälligste: Kirche und Schule, Sparkassen und Volksbank, ein paar Gaststätten und eine Diskothek, Hobby-Shop und Rübezahl-Apotheke, Molkerei und Tankstelle, Kfz-Werkstatt und Automuseum säumen die Straßen. Und eine Museums-Eisenbahn mit nostalgischer Dampflokomotive lockt im Sommer Touristen an.

In der Bahnhofsgaststätte hatten sich Rudolf Burkert und seine 42jährige Frau Siegrid in langen Jahren eine solide Existenzgrundlage geschaffen. Einfachheit im Gastraum, Gemütlichkeit im Nebenzimmer, Kegelbahn, Billard, Musik- und Spielautomaten, Kachelofen, Wände voller Sportfotos, Urkunden und Lebkuchenherzen, Blumen neben Blumen, dazwischen die schwarzgekleidete Wirtin, ihr 23jähriger Sohn und zwei Töchter von 21 und 17 Jahren. Es sind nicht viele Gäste im Raum, nur an der Bar drängen sich am Dienstagabend, dem Tag der Wiedereröffnung, ein paar Stammgäste. Schweigend, fast bedrückt trinken sie ihr Bier, starren auf einen Fernsehapparat. Im Programm ist die Rede vom Parteien-Streit in Bonn im Zusammenhang mit dem Tod ihres Mitbürgers. Einer schüttelt den Kopf, andere brummen Mißbilligung.

Siegrid Burkert ist bleich und ernst, doch gefaßt. Mit sicherer Stimme beantwortet die Witwe Fragen, verschweigt nichts, wagt gar Kritik. „Dauernd wird das Alter meines Mannes falsch angegeben. Er war nicht 43, sondern 45 Jahre alt. Er wurde am 23. November 1937 geboren, in Oberschlesien. Und er war ursprünglich Schlachter, zuletzt Kraftfahrer."

Der 23jährige Sohn, Schlachter und Kraftfahrer wie der Vater, zapft Bier, erkundigt sich nach Getränkepreisen. „Er kennt sich nicht so aus", erklärt die Mutter. „Und er ist übermüdet, wie wir alle. Wir finden keinen Schlaf... Immer wieder geht es uns durch den Kopf: Wie ist es passiert, wie ist er gestorben?"

„DDR"-Behörden gaben bisher nur den Pkw frei

Die gleiche Frage hat Siegrid Burkert auch dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in einem Brief gestellt. „Wird er mir antworten?" fragt sie den Besucher.

In einer Ecke der Gaststätte läutet fast ununterbrochen das Telefon. Bei einem langen Gespräch erfährt Frau Burkert, daß die „DDR"-Behörden endlich den Pkw ihres Mannes freigegeben haben. „Führerschein, Personalausweis und Paß sind aber noch immer verschwunden", berichtet sie nach dem Telefongespräch. „Das Geld, das Rudi bei sich hatte, hat man mir gegeben, seine Schuhe, Kleider und persönlichen Sachen bekomme ich am Wochenende."

Die Witwe hat einen Rechtsanwalt eingeschaltet. „Was würde ich ohne ihn machen?" Es tut ihr gut, wenn ihr jemand zuhört. „Vieles in den Zeitungen ist falsch", grollt sie. „Die Obduktion wurde nicht in Hamburg, sondern in Bassum vorgenommen ... Und mein Mann war kein Boxer. Nur in seiner Jugend hat er diesen Sport betrieben. Hier war er in vielen Sportvereinen, aber auch in der Feuerwehr und im Geflügelzuchtverein. Und er war beliebt. Das ganze Dorf war auf der Beerdigung ..."

War Rudolf Burkert herzkrank, war er politisch aktiv? „Mein Mann war friedlich und tat niemandem etwas zuleide", sagt Siegrid Burkert. „Ich kann mir nicht vorstellen, daß er bei der Vernehmung in Berlin-Drewitz tätlich wurde ... Und herzkrank war er nicht. Ja, er hat schon mal über Herzstiche geklagt ... Er war ein starker Raucher, nur 174 Zentimeter groß, aber 98 Kilo schwer ... Für Politik interessierte er sich nicht. Aber er war den DDR-Grenzern schon lange bekannt ... Von vielen beruflichen Fahrten mit Schlachtvieh nach Berlin. Wenn er mal ein totes Schwein auf dem Lkw hatte, gab es Scherereien, manchmal auch Vernehmungen ... Aber was in Berlin-Drewitz wirklich passiert ist, wird vielleicht niemals aufgeklärt."

Die zurückliegenden schrecklichen Tage, die Nachricht über den Tod ihres Mannes, die Übergabe des Leichnams in Helmstedt, das Wiedersehen in der Asendorfer Leichenhalle und die Entdeckung der zahlreichen Verletzungen, die Fotoaufnahmen durch ihren eigenen Sohn und die anschließende Alarmierung von Rechtsanwalt, Polizei und Behörden, aber vor allem die Konsequenzen in Bonn und Ost-Berlin haben der Frau stark zugesetzt. Sie peinigt sich mit Selbstvorwürfen: „Wenn ich gewußt hätte, welche Kreise das zieht", sagt sie und blickt zum Fernsehapparat hinüber, wo in ARD, ZDF und „DDR"-Kanal immer wieder und widersprüchlich über den Tod ihres Mannes, den Streit zwischen den beiden deutschen Staaten und sogar zwischen den politischen Parteien in Bonn berichtet wird. Siegrid Burkert krampft die Hände zusammen, beißt sich auf die Lippen, blickt hilfesuchend zur 17jährigen Tochter. Schließlich faßt sie sich und stößt hervor: „Durfte man mir meinen Mann so zurückgeben? Ich will doch nur die Wahrheit über das Geschehen in Berlin erfahren. Ist das nicht normal?"

„Rudi ein Agent, das ist geradezu schwachsinnig"

Der Freund und Begleiter von Rudolf Burkert auf seiner verhängnisvollen Reise nach Berlin, Tischler Helmut Wulf, ist seit Tagen verschwunden. „Er ist auf Tauchstation gegangen", sagt Hans Tell, der Schützenhauptmann des Dorfes. „Rudi gehörte zu uns." Er kommt an diesem Trainingsabend der Sportschützen von Asendorf kaum zum Schuß. Fragen prasseln auf ihn wie Schüsse auf die Scheiben des Kleinkaliber-Schießstandes im Gasthaus Uhlhorn. „Rudi war beliebt, und er war weder aggressiv noch gewalttätig. Getrunken hat er kaum ... Und er war ein guter Schütze. Er schaffte, was keinem anderen je gelang: Er war 1973 Scheibenträger, 1976 Fahnenträger, 1979 Schützenkönig, 1981 König der Könige ..."

Die Frage, ob Rudi Burkert möglicherweise ein Agent gewesen sei, belustigt Hans Tell. „Das ist ausgeschlossen, ja geradezu schwachsinnig", sagt er. „Er war keiner, der irgend etwas hätte ausspionieren, fotografieren oder gar niederschreiben können ... Vielleicht ist ihm sein Leichtsinn zum Verhängnis geworden. Er hatte sich nicht darum gekümmert, daß es verboten ist, auf der Transitstrecke DDR-Bürger zu treffen."

Die 200 Asendorfer Schützenbrüder werden an Himmelfahrt ihr traditionelles Schützenfest abhalten. „Vier Tage lang, wie immer", sagt Hans Tell. „Rudi aber wird nicht vergessen."

Abstimmung mit Bonner Ministern

dpa, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat einen „Jour fixe" für regelmäßige Zusammentreffen mit den fünf *Bundesministern der* CSU angesetzt. Strauß begründete dies gestern in München vor dem Haushaltsausschuß des Landtags bei der Beratung des Staatskanzlei-Etats damit, daß er sich auch als bayerischer Regierungschef bemühen müsse, Einfluß auf wichtige bundespolitische Themen zu nehmen. Ein großer Teil der „für Bayern lebenswichtigen Entscheidungen" falle nicht in München, sondern in Bonn – etwa bei der Autobahnplanung oder beim Rhein-Main-Donau-Kanal.

Der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, teilte auf Befragen ergänzend mit, daß die regelmäßigen Treffen von Strauß mit den fünf CSU-Ministern Werner Dollinger (Verkehr), Ignaz Kiechle (Ernährung), Oscar Schneider (Wohnungsbau), Jürgen Warnke (Entwicklungshilfe) und Friedrich Zimmermann (Innen) in dreiwöchigem Turnus stattfinden sollen.

Mit der Einflußnahme auf wichtige bundespolitische Themen, die ihn vermehrt in Anspruch nehme, begründete Strauß nicht zuletzt die von der SPD kritisierte Berufung Stoibers zum Staatssekretär. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung von Stoibers Stelle wurde von der CSU abgelehnt. Nach Auskunft eines Haushaltsexperten sind für die Position des Staatssekretärs im Etat 200 500 Mark angesetzt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kiechle kämpft in Luxemburg mit dem Rücken zur Wand

Der Minister präsentiert sich als Ratspräsident selbstsicher den europäischen Kollegen

WILHELM HADLER, Brüssel

„Josef, du gehst einen schweren Gang", *hatte der listenreiche* Hermann Höcherl seinem Nachfolger prophezeit, als er ihn 1969 in die Geheimnisse der europäischen Agrarpolitik einweihte. Auch Ignaz Kiechle erhielt mancherlei Mahnungen und Ratschläge: „Unterschätze die Kleinen nicht", so lautete eine der Lehren aus dem Erfahrungsschatz Josef Ertls, „sie haben in der EG die gleiche Stimme wie die Großen!"

Wie der wackere Freidemokrat vor bald vierzehn Jahren, mußte sich auch der CSU-Mann aus Sankt Mang bei Kempten gleich kopfüber in das Gerangel um Preise, Prämien und Prozente stürzen, das die Agrarpolitiker der EG alljährlich zu physischen und taktischen Höchstleistungen zwingt. Wie damals ist die Bundesregierung wieder in einer besonders schwierigen Lage. Zu allem Überfluß mußte Kiechle jedoch auch noch den Vorsitz der Beratungen führen, was ihn mehr als andere Delegationsleiter dazu verpflichtet, im Interesse eines Konferenzerfolges über den eigenen Schatten zu springen.

Der erste Eindruck, den er in Luxemburg hinterließ, erlaubt noch keine gültigen Rückschlüsse über sein Verhandlungsgeschick. Sicher ist aber, daß er gewohnt ist, sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen. Selbstsicher und keineswegs zaghaft hat sich Kiechle seinen Kollegen schon gleich nach der Ernennung präsentiert. Seine Blitzreise in die EG-Hauptstädte (zehn Länder in zwei Wochen) verleitete ihn freilich – wie er freimütig zugibt – etwas zu voreilig zu optimistischen Äußerungen.

Der Neuling ist erkennbar von anderem Naturell als sein Vorgänger. „Bruder Josef", so schien es, hatte sich in allen Jahren etwas von seiner politischen Unschuld bewahrt. Verglichen mit ihm wirkt der Allgäuer behäbiger und beinahe „preußisch". Zu fast allen Zusammenkünften erschien er denn auch erheblich früher als seine Gesprächspartner.

Zunächst einmal hat der deutsche Ratspräsident die Erfahrung machen müssen, daß Art und Umfang der an ihn gestellten Forderungen nicht nur die wachsenden Schwierigkeiten widerspiegeln, den europäischen Agrarmarkt zusammenzuhalten, sondern auch recht unterschiedliche Temperamente der Partner. Einige Minister brachten ihre Wünsche kurz und knapp vor, andere in weitschweifigen Ausführungen und schwer zu durchdringenden „Verpackungen". So präsentierten die Italiener ein halbes Hundert von zusätzlichen Wünschen, deren Begründung allein 90 Minuten dauerte. *Gemeinsam war den meisten* Anregungen der EG-Regierungen, die Opfer vornehmlich den Bauern der anderen Ländern aufzubürden.

Kiechle kämpft mit dem Rücken zur Wand, da den deutschen Landwirten ohnehin ein recht mageres Ergebnis des diesjährigen „Preismarathons" winkt. Schuld daran ist die Forderung der EG-Partner nach einer substantiellen Senkung des sogenannten „Grenzausgleichs" im Agrarhandel. Er schützt die deutsche Landwirtschaft seit langem vor abrupten währungsbedingten Einkommenseinbußen.

Da die europäischen Agrarpreise in gemeinsamen Währungseinheiten (Ecu) ausgedrückt werden, führte jede Aufwertung der D-Mark im Prinzip zu einer Minderung der landwirtschaftlichen Garantiepreise in nationaler Währung. Daher haben die Agrarminister schon Anfang der siebziger Jahre künstliche „grüne Paritäten" eingeführt. Die Differenzen zwischen diesen fiktiven Kursen und den Leitkursen der Ecu wird jeweils durch Grenzabgaben oder -erstattungen ausgeglichen.

Im deutschen Fall läuft die Regelung auf Einfuhrabgaben und Ausfuhrsubventionen hinaus. Seit der jüngsten DM-Aufwertung betragen sie 13 Prozent. Vor allem Frankreich und Italien verlangen einen Abbau des Währungsausgleichs.

Bei einer starken Anhebung der Marktordnungspreise ist ein politischer Kompromiß relativ leicht. Den Bauern in den Aufwertungsländern wird dann bei einem Abbau des Grenzausgleichs lediglich ein geringerer „Preiszuschlag" gewährt als den übrigen: was vertretbar ist, weil die Abwertungsländer durchweg auch eine höhere Inflationsrate haben. Schwieriger ist die Lage, wenn – wie jetzt – der Spielraum für kräftigere Preisanhebungen fehlt.

Die EG-Kommission hat diesmal nur eine durchschnittliche Preisanhebung um 4,2 Prozent vorgeschlagen und zugleich eine Senkung des deutschen Grenzausgleichs um 2,8 Prozent. Für Milcherzeugnisse ist sogar nur eine Aufbesserung des Mindestpreises um 2,3 Prozent vorgesehen. Folgt der Rat dieser Anregung, so geraten die deutschen Landwirte ins Minus.

Kiechle kann auch als Ratspräsident diese Kröte nicht schlucken. Er hat sich deshalb vorerst recht schwergetan, tragfähige Kompromißvorschläge zu unterbreiten. Das letzte Wort ist freilich noch nicht gesagt, denn auch Kiechle weiß, daß es in der EG ohne den Grundsatz „Geben und Nehmen" nicht weitergeht. Vieles laufe auf eine „psychologische Abwägung" hinaus, verrät er in einer Konferenzpause. Er hoffe denn auch, „die Psychologie als Strategie brauchen zu können".

US-Hilfe für Israels Kampfflugzeug

Präsident Reagan genehmigt amerikanische Beteiligung am Projekt „Lavie"

SAD, Jerusalem

Israels neuer Verteidigungsminister, Mosche Arens, kann den ersten Erfolg verbuchen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Beteiligung amerikanischer Firmen an der Entwicklung des israelischen Kampfflugzeuges für die 90er Jahre, des „Lavie", genehmigt.

Zwei israelische Industriekonzerne befassen sich mit der Produktion von Flugzeugen: Die „Ta Assiah Avirit" in Lod und die Motorenwerke von Beit Shemesh in der Nähe von Jerusalem. Beide haben schon mehrere zivile Flugzeugtypen serienmäßig hergestellt. Das erste in Israel gebaute Militärflugzeug war die französische Ausbildungsmaschine „Fouga Magister", das zweite der „Kfir" mit einer Geschwindigkeit von 2.2 Mach.

Der „Lavie" soll im kommenden Jahrzehnt den „Kfir" wie auch die amerikanischen Flugzeugtypen „Phantom" und „Skyhawk" ersetzen und das „Rückgrat der israelischen Luftwaffe" bilden. Er soll aber nicht an die Stelle der Spitzenflugzeuge der Typen F 15 und F 16 treten.

Zwar käme es etwas billiger, den „Lavie" fertig in den USA zu kaufen, doch ist Israel gewillt, einen „Mehrbetrag" für eine teilweise Luftautarkie zu entrichten. Das Triebwerk wird die Fabrik in Beit Shemesh mit einer Lizenz von Pratt and Whitney herstellen. Die Produktion von Tragflächen und Flugkontrollsystemen sind seit Oktober Gegenstand emsiger Verhandlungen.

In Israel ist das „Lavie"-Projekt umstritten. Arens' Amtsvorgänger Ariel Sharon hatte im Einverständnis mit dem jetzt ausscheidenden Generalstabschef Rafael Eitan auf das Projekt verzichtet. Er befürchtete zu starke Einschränkungen der Militärbudgets für die nächsten zehn Jahre. Arens verfügte dann kurz nach seinem Amtsantritt im März, ohne die Entscheidung des Weißen Hauses abzuwarten, eine Kürzung der laufenden Militärausgaben um umgerechnet 700 Millionen Mark und legte die Summe für den Beginn der „Lavie"-Planung beiseite.

Maßgebend für Arens' Entscheidung war die relative Unzuverlässigkeit ausländischer Waffenlieferanten. So unterliegt Israel jetzt schon zum zweiten Mal einem Flugzeugembargo. Das erste wurde 1967 von Frankreich unter Präsident de Gaulle verhängt und veranlaßte die Israelis, den „Kfir" zu entwickeln. Jetzt, beim zweiten, hat Präsident Reagan die ausgehandelte und unterzeichnete Lieferung von 75 Flugzeugen des Typs „F16" suspendiert, „bis Israel aus dem Libanon abzieht".

Wölber: Wir stehen und fallen mit der Bibel

Hamburger Bischof verläßt nach 19 Jahren Amt und Kanzel

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Der Trend der Theologie läuft dahin, für Gott Ersatz-Chiffren zu wählen. *Man meint, man könne* den Menschen Gott nicht platterdings zumuten." Am Ende seiner Amtszeit stellt der Hamburger Bischof Hans-Otto Wölber bedauernd eine „weltliche Interpretation" fest, wie sie auch beim bevorstehenden Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover zum Ausdruck kommt, der unter das Motto „Umkehr zum Leben" statt „Umkehr zu Gott" gestellt worden ist. Wölber bezog in einem Gespräch mit der WELT eine deutliche Position: „Es ist der größte Unsinn, Gott weltlich zu interpretieren. Man muß von Gott selbst reden. Das Kirchesein, die klare Rede von Gott – das ist das Zukunftsthema."

Klar hat er immer geredet, der Sohn eines Hamburger Schiffsingenieurs, der als 43jähriger jüngster Hauptpastor und als 50 Jahre alter Seelsorger jüngster Landesbischof in Deutschland geworden war. Wenn Wölber nach 19jähriger Amtszeit jetzt Kirchenamt und Kanzel verläßt, tritt nicht nur der dienstälteste deutsche Bischof, sondern auch ein wortgewaltiger, entschiedener und mutiger Sprecher des deutschen Protestantismus in den Ruhestand. Wölber hat sich modischen Strömungen innerhalb der Kirche stets ebenso energisch widersetzt wie einer Politisierung der Botschaft. „Sie (die Kirche, die Red.) ist nicht der Sonderberater des Staates. Im politischen Ermessen ist sie nicht kundiger als die weltliche Vernunft", stellte der Hamburger Bischof in einem Grundsatzreferat vor der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschland (VELKD) fest, an deren Spitze er als Nachfolger Hans Liljes sechs Jahre lang als Leitender Bischof stand. Am Ende seiner Amtszeit erkennt er als sein Generalthema: „Ich möchte die Kirche Kirche sein und nicht irgendwie untergehen lassen unter vielen politischen Strömungen. Daß Kirche Kirche bleibt, ist ihre einzige Zukunftssicherung." Dafür habe er immer gekämpft und sich „natürlich auch Feinde eingesammelt".

Bischof Hans-Otto Wölber

Zu den Kritikern gehörten die Verfechter des Anti-Rassismus-Programms – „ich habe immer ein saures Verhältnis zum Ökumenischen Rat in dieser Frage gehabt", erklärt Wölber – ebenso wie Vertreter der Studentengemeinden. Der Oberhirte einer Metropole, der den „säkularen Ballungsraum" Hamburg einmal als „Missionsgebiet Nummer eins in der Bundesrepublik" bezeichnet hat, warnt davor, die „veröffentlichte Kirche" – markiert durch geschickte Pastoren, die durch Unterschriftenaktionen und Kirchenbesetzungen von sich reden machen – mit der „wahren Kirche" zu verwechseln. „Man muß den Sinn für Proportionen wahren", sagt Wölber, „ich habe hier in Hamburg 500 Pastoren, und es sind vielleicht 20, die sich in dieser Weise immer wieder zu Wort melden."

Wölber ist länger im Amt, als Nordelbien besteht. Hamburg – so stellte sich bald nach der mühsamen Gründung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche heraus – schien für die Kirchenleitung in Kiel als ein Anhängsel zu bestehen. Dabei stand gerade der Hamburger Bischof an vorderster Stelle einer Front, die starke Einbrüche wie Kirchenaustritte, Rückgang der Trauungen und Taufen, verzeichnete. Diesem Entfremdungsprozeß steht ein wachsendes Interesse an Glaube und – wie Wölber sagt – „Sinngebung des Lebens" gegenüber. Der Hamburger Bischof sieht sich „vielfältig aufgefordert". Er spricht bei Ärzte- und Juristen-Kongressen, vor Bank-Bossen und den Mitgliedern renommierter Manager-Clubs. Als Entlassungen bei der MAN verkündet wurden, wurde Wölber zu einem Bittgottesdienst eingeladen. Hier kann der Seelsorger, der als Student in Bethel gearbeitet hat, die beiden Elemente der Botschaft zum Ausdruck bringen, die er einmal in dem Auftrag sieht, „das Gewissen zu schärfen" und zum anderen, „den Menschen zu ermutigen, sich nicht durchhängen zu lassen".

Der 69jährige Bischof hat auch als Administrator, als Arbeitgeber-Vertreter eines Unternehmens mit Gemeindestationen, Beratungszentren und Krankenhäusern für Aufsehen gesorgt: Als der Rückgang der Kirchensteuern deutlich wurde, schlug er schon vor Jahren den kirchlichen Mitarbeitern freiwillige Gehaltseinbußen vor. „Zuerst habe ich Ärger gehabt, nun sitze ich da und denke: ‚Du hast recht gehabt'", bekennt der Bischof, nachdem jetzt ohne sein Zutun Regelungen unter dem Motto „Pastoren helfen Pastoren" mit dem Ziel eines Gehaltsverzichts in Hamburg eingeführt wurden.

Wenn der bayerische Theologie-Professor Peter Krusche am 15. Mai das Hamburger Bischofsamt übernommen hat, kann Wölber nur noch auf „Anforderung" predigen. Sein Fazit bleibt: „Wir dürfen unsere Existenz vor Gott nicht hinter unseren humanitären und sozialen Impulsen verstecken. , Wir stehen und fallen mit der Bibel."

Wiesbaden sagt Gemeinden Mittel zu

rtr. Wiesbaden

Der hessische Finanzminister Heribert Reitz hat mit sogenannten Nullbescheiden einer Reihe von Kommunen und Verbänden Finanzhilfen des Landes für Bauvorhaben in Aussicht gestellt und ihnen damit die Möglichkeit eröffnet, bislang blockierte Projekte zu beginnen. Wie Reitz gestern mitteilte, geht es dabei um eine Summe von rund 300 Millionen Mark allein für kommunale Bauten. Diese Gelder können allerdings noch nicht ausgezahlt werden, da der Haushalt des Landes vor vier Wochen im Landtag gescheitert war. Doch wurde die Regelung aufgehoben, wonach Zuschußkandidaten nichts bekommen, wenn sie ihre Bauvorhaben vor der endgültigen Zusage des Landes beginnen.

Stuttgarter Landtag prüft Parteigelder

xhk/DW. Stuttgart

Der Stuttgarter Landtag hat die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Parteienfinanzierung in Baden-Württemberg beschlossen. Das 13köpfige Gremium – sieben Abgeordnete der CDU, vier der SPD und je einer der FDP und der Grünen – soll prüfen, ob es bei der CDU, der SPD oder der FDP eine „verdeckte Parteienfinanzierung" gegeben hat. Ein entsprechender SPD-Antrag zur Klärung „finanzieller Zuwendungen" an CDU und FDP durch Unternehmen und Verbände war noch vor der Landtagssitzung durch Teile eines CDU-Antrages ergänzt worden. Darin wurde eine Klärung auch des Finanzgebarens der SPD gefordert.

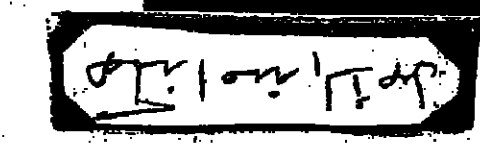
Höpfinger will OB in Augsburg werden

lz. Augsburg

Die CSU nominierte in Augsburg bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen den 57jährigen Bundestagsabgeordneten Stefan Höpfinger zu ihrem Oberbürgermeisterkandidaten für die Kommunalwahl im März nächsten Jahres.

Höpfinger, der 1976 dem SPD-Bundestagsabgeordneten Max Amling das Direktmandat abgenommen hatte und mit 55,6 Prozent der Stimmen am 6. März wieder in den Bundestag gewählt wurde, muß gegen den derzeitigen Oberbürgermeister Hans Breuer von der SPD antreten. Breuer wurde 1972 erstmals zum Rathauschef gewählt und schlug 1978 mit 52,5 Prozent seinen CSU-Gegner Knipfer, während die SPD die Mehrheit im Stadtrat an die CSU abtreten mußte.

Nach schweren internen Konflikten trennten sich jedoch zwölf CSU-Stadträte von ihrer Fraktion und gründeten die Fraktion der „Christlich-Sozialen Mitte". Nachdem mehrfache Schlichtungsversuche fehlgeschlagen sind, wird ein CSU-Schiedsgericht die CSM-Mitglieder Ende des Monats aus der Partei ausschließen. Durch diesen von stark persönlichen Motiven geprägten Streit hat die CSU voraussichtlich keine Chance, den SPD-Oberbürgermeister abzulösen.



Moskaus Truppen in Kabul um 3000 Mann verstärkt

rtr/AP, Islamabad

Moskau hat seine Truppen in der afghanischen Hauptstadt Kabul um rund 3000 Mann verstärkt, um Unruhen zum 5. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme in Afghanistan am 27. April vorzubeugen. Wie westliche Reisende und Diplomaten berichteten, wurden die sowjetischen Soldaten aus anderen Teilen des Landes herangeschafft. Zudem seien die Grenzkontrollen verschärft worden. Im vergangenen Dezember, zum Jahrestag des sowjetischen Einmarsches, hatten Widerstandskämpfer die Stromversorgung Kabuls für mehrere Tage unterbrochen.

Seit Anfang April sind in Kabul mehrere Attentate verübt worden, bei denen mindestens 15 Regierungsanhänger sowie mehrere sowjetische Soldaten getötet wurden, hieß es in diplomatischen Kreisen weiter. Im Logartal sowie in den Provinzhauptstädten Herat und Kandahar lägen Stützpunkte der Partisanen unter schwerem Beschuß sowjetischer und afghanischer Truppen. Unter der Zivilbevölkerung soll es zu hohen Verlusten gekommen sein. Die Stadt Kandahar war dem Vernehmen nach bei einer Offensive im vergangenen Jahr bereits zu rund 40 Prozent zerstört worden.

Vietnam soll Häftlinge freilassen

rtr/KNA, London

Die Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International hat die vietnamesische Regierung aufgefordert, Tausende in „Umerziehungslagern" festgehaltene politische Gefangene entweder freizulassen oder vor Gericht zu stellen. In einem Appell an die Regierung in Hanoi hieß es, Personen über einen längeren Zeitraum ohne Gerichtsentscheid festzuhalten, stelle eine Verletzung des international anerkannten Rechts auf einen fairen Prozeß dar.

Die genaue Zahl der politischen Gefangenen in Vietnam ist Amnesty nicht bekannt. Die Organisation verwies jedoch auf Äußerungen des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach vom vergangenen Sommer, in denen die Zahl der Insassen von „Umerziehungslagern" mit 16 000 angegeben wurde.

Zu den Gefangenen gehören zahlreiche buddhistische Mönche und katholische Priester. Den Geistlichen wird vorgeworfen, sich durch ihre religiöse Betätigung des Widerstands gegen die Regierung schuldig gemacht zu haben. Mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von weniger als fünf Prozent ist die katholische Kirche zwar eine kleine aber starke Minderheit in Vietnam.

Bei den Menschenrechten bleibt Amerika hart

Aber Bonn sucht bei der KSZE in Madrid den Kompromiß

BERNT CONRAD, Bonn

Zum erstenmal hat eine Verhandlungsrunde des KSZE-Folgetreffens in Madrid – und noch dazu die wahrscheinlich entscheidende – begonnen, ohne daß zuvor Konsens über das weitere Vorgehen des Westens erzielt worden ist. Vielmehr hat eine Vorkonferenz der Delegationsleiter aus den NATO-Staaten am Montag erhebliche Differenzen zwischen Amerikanern und Europäern bloßgelegt.

Dennoch gehen maßgebliche Bonner Regierungspolitiker davon aus, daß sich die westlichen Bündnispartner im weiteren Verlauf der Madrider Verhandlungen zusammenfinden und gemeinsam einen Abschluß des Folgetreffens auf der Basis des in einzelnen Punkten noch verbesserungsbedürftigen Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Teilnehmer anstreben werden. Dieser Optimismus resultiert aus den Gesprächen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Washington, bei denen Präsident Ronald Reagan und Außenminister George Shultz der kompromißbereiten Haltung der Westeuropäer zwar nicht gerade applaudiert, aber aufgrund der Argumente Kohls nach dem Eindruck von Teilnehmern durchaus „Wirkung gezeigt" haben. Die Umsetzung der „Wirkung" in konkrete Verhandlungsrichtlinien wird allerdings nach Bonner Ansicht noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Der amerikanische KSZE-Chefdelegierte Max Kampelman jedenfalls zeigte sich davon im westlichen Vorgespräch und bei der formellen Eröffnung der neuen Runde in Madrid noch völlig unberührt. Seine Korrekturwünsche für das von den europäischen Alliierten prinzipiell als tragfähige Grundlage betrachtete Papier der Neutralen gingen nach Ansicht Bonns und seiner EG-Partner erheblich zu weit.

Kampelman, der den Vermittlungsvorschlag noch für „unzulänglich" hält, will im Namen seiner Regierung vor allem noch folgende Forderungen durchsetzen:

- Die Einberufung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte und Familienzusammenführung. Auf diesem Gebiet sieht Kampelman in der Sowjetunion besonders schwerwiegende Verstöße gegen Geist und Buchstaben der Schlußakte von Helsinki.
- Vorkehrungen gegen die in Osteuropa vielfach praktizierte Störung westlicher Radiosendungen.
- Bestimmungen über die Sicherung der religiösen Freiheit. Dies soll besonders dadurch geschehen, daß religiösen Organisationen praktische Betätigungsmöglichkeiten garantiert werden.
- Hinweise auf die fortgesetzte, gegen die KSZE-Schlußakte verstoßende Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan und auf die Unterdrückung der Gewerkschaft „Solidarität" in Polen.
- Verbot der Ausweisung von Journalisten.
- Garantie des Rechts jedes einzelnen, sich für die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki einzusetzen. Besonders empört sind die USA darüber, daß mehr als 50 sogenannte „Helsinki-Monitore", das heißt Initiatoren von Helsinki-Komitees, in der Sowjetunion verhaftet worden sind.

Die westeuropäischen KSZE-Unterhändler stimmten Kampelman insofern zu, als auch sie Korrekturen des Neutralen-Papiers befürworteten und dafür eine „harte Schlußphase" in Madrid einkalkulierten. Sie vertraten jedoch die Ansicht, daß nicht alle Probleme des Ost-West-Verhältnisses mit Hilfe des Madrider Schlußdokuments gelöst werden könnten. Der Ansatz Kampelmans, so erklärten Westeuropäer, erschwere nicht nur den Abschluß des Folgetreffens, sondern mache ihn wahrscheinlich unmöglich.

Ein derartiger Gegensatz hatte sich bei den Gesprächen Kohls und Genschers in Washington nicht ergeben, wenngleich auch Reagan und Shultz mit Nachdruck auf die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte hinwiesen. Doch der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister hatten das Gefühl, vor allem mit zwei Argumenten den US-Präsidenten zum Nachdenken veranlaßt zu haben:

1. Nur wenn bis zum Frühsommer ein Abschluß in Madrid erreicht wird, kann sechs Monate später eine europäische Sicherheitskonferenz nach Stockholm einberufen werden. Eine solche Konferenz könnte nach Bonner Auffassung angesichts der wahrscheinlich parallel dazu beginnenden westlichen Nachrüstung zur Beruhigung der westeuropäischen Bevölkerung und zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses beitragen. Hinzu käme die erfreuliche Aussicht auf vertrauensbildende Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural.
2. Ein Scheitern in Madrid würde voraussichtlich den gesamten KSZE-Prozeß stoppen und damit den institutionellen Rahmen für weitere Diskussionen über die Wahrung der Menschenrechte in Osteuropa und humanitäre Kontakte zerstören.

Senat erhofft Hilfe der Richter gegen drogenhandelnde Asylanten

Die Behörden wollen ausländische Dealer nach Verbüßung ihrer Haft sofort abschieben

F. DIEDERICHS, Berlin

In der Berliner Drogenszene, der mehr als 8000 Süchtige zugerechnet werden, bahnt sich ein neuer trauriger Rekord an: In diesem Jahr starben in der Stadt bereits 23 junge Menschen an einer Überdosis Heroin, im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum ein Drittel davon.

Gleich drei Gründe werden von den Behörden derzeit für den alarmierenden Anstieg der Suchtopfer genannt: eine sprunghaft gestiegene „Qualität" des Heroins, der nicht versiegende Nachschub an Drogen aller Art über Ost-Berlin sowie eine „Ermunterung" krimineller Asylbewerber, die in Berlin den Drogenhandel bestimmen, durch Urteile des Berliner Verwaltungsgerichtes, das die bewährte Abschiebepraxis des Berliner Senats mehrfach unterlief.

Über den Ostberliner Flughafen Schönefeld reisten im vergangenen Jahr 90 Prozent der „großen Fische" ein, festgenommene Ausländer, die mehr als 100 Gramm Heroin bei sich trugen.

Unabhängig von ihrer Nationalität, zeigten 87 Prozent dieser später Festgenommenen direkt nach ihrer Ankunft das gleiche Verhaltensmuster: Sie stellten einen Asylantrag, der ihnen bis zur Entscheidung Aufenthalt und Sozialunterstützung sichert. Die in der Vergangenheit übliche Berliner Praxis, wegen Drogenhandel verurteilte Asylbewerber unmittelbar nach Verbüßung ihrer Strafe in die Heimatländer abzuschieben, wurde im vergangenen Jahr in zahlreichen Fällen gestoppt. Asylbewerbern, die gegen die Abschiebung Rechtsmittel eingelegt hatten, beschieden die Juristen des Berliner Verwaltungsgerichtes, daß „die innere Sicherheit Berlins durch die Rauschgifthändler nicht gefährdet ist".

Nach diesen Rechtssprüchen mußte die Abschiebung von acht inhaftierten Rauschgifthändlern gestoppt werden, sie hatten mit Berufung auf ihren Status als Asylbewerber Rechtsmittel eingelegt. In seltener Einmütigkeit wurde dieser Nackenschlag gegen die Bemühungen des Senats von den CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen mißbilligt.

Eine seit Januar dieses Jahres wirksame Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung ermöglicht es jedoch jetzt der Behörde, gegen derartige Urteile die nächste Instanz anzurufen. In zwei als „exemplarisch" eingeschätzten Fällen stehen derzeit Entscheidungen beim Berliner Oberverwaltungsgericht an, sie werden in Senats- und Polizeikreisen mit Spannung erwartet. „Wir wollen die bewährte Abschiebepraxis unbedingt mit Konsequenz fortsetzen und hoffen auf die Einsicht der Oberverwaltungsrichter", so der Sprecher von Innensenator Heinrich Lummer (CDU) zur WELT.

Zur Zeit stehen neunzehn kriminelle Asylbewerber, die mit Drogen handelten, kurz vor dem Ende ihrer Strafhaft. Bei allen möchte der Senat so verfahren wie bei einem Ägypter und einem Jordanier, die gegen ihre Abschiebehaft keine Rechtsmittel eingelegt hatten und direkt nach der Strafverbüßung ins nächste Flugzeug in die Heimat gesetzt wurden. Bei der Berliner Kriminalpolizei hofft man wie in Senatskreisen auf eine „abschreckende Wirkung" der anstehenden Urteilssprüche der Oberverwaltungsrichter.

Zwar konnten die Berliner Sicherheitsbehörden im vergangenen Jahr 1762 Rauschgifthändler und Drogenschmuggler festnehmen und dabei 272 Kilogramm Hasch sowie 12 Kilo Heroin sicherstellen. Lasche Kontrollen der „DDR"-Behörden auf dem Ostberliner Flughafen Schönefeld ermöglichen es jedoch den „Dealern", dann ohne große Risiken über den „Ameisenpfad" des Bahnhofs Friedrichstraße Nachschub einzuschleusen.

Eine deutsch-deutsche Kooperation in Sachen Rauschgift findet bis heute nur auf einer Einbahnstraße statt: Zwar gibt der Berliner Senat Informationen über den Drogenhandel und die Transportwege an Ost-Berlin. Die „DDR" stehe jedoch, so bedauert man in Senatskreisen, „unserem Problem leider recht locker gegenüber".

FDP fordert „Bericht zur Lage der Natur"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Bundesregierung soll nach den Vorstellungen der Freien Demokraten künftig in regelmäßigen Abständen dem Bundestag einen „Bericht zur Lage der Natur" vorlegen. In dieser Jahresbilanz sollen nach den Worten des parlamentarischen Geschäftsführers und Umweltschutzexperten der FDP-Fraktion, Torsten Wolfgramm, Verbesserungen wie Verschlechterungen im Umweltschutzbereich aufgelistet werden.

In einem WELT-Gespräch meinte Wolfgramm, die Bundesregierung könne in einem solchen Bericht beispielsweise ihre Einschätzung über die Erfolgsaussichten von bilateralen Verhandlungen zur Reinhaltung der Luft oder zur Verbesserung der Wasserqualität darlegen. Besonders wichtig sei, daß die Bundesregierung ihre EG-Präsidentschaft nutze, um grenzüberschreitende Umweltschutzmaßnahmen zu verwirklichen. Ziel müsse es sein, daß die anderen EG-Staaten den in der Bundesrepublik eingeführten verschärften Gesetzen und Verordnungen folgen. Denn es ergebe „keinen Sinn", wenn die in der Bundesrepublik verursachte Luftverschmutzung durch Auflagen reduziert wird, aber gleichzeitig der aus dem Ausland kommende Anteil wächst. Wolfgramm will in absehbarer Zeit auch in die „DDR" reisen und dort die Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit unter anderem bei der Gewässer-Reinhaltung erkunden.

Ist „Friedenskämpfer" Sörensen ein Doppelagent?

Ehemalige Lebensgefährtin Nadja Drafic belastet den Angeklagten vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht

WERNER KAHL, Düsseldorf

Der am Aufbau einer europäischen Anti-Atomwaffenbewegung beteiligt gewesene dänische Journalist Flemming Sörensen hat mutmaßlich auch als Doppelagent zwischen West und Ost gearbeitet. Das ging gestern aus der Aussage der früheren Lebensgefährtin des Angeklagten bei ihrer Vernehmung vor dem 4. Strafsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes hervor. Außer für den „DDR"-Geheimdienst, habe ihr Sörensen erzählt, so die 31jährige Nadja Drafic, sei er auch für den Westberliner Verfassungsschutz und für den dänischen militärischen Nachrichtendienst tätig gewesen.

Von der an der Berliner Freien Universität immatrikulierten Doktorandin für politische Wissenschaften – einer in die Bundesrepublik eingebürgerten Jugoslawin – wurde der 52jährige „Friedenskämpfer" schwer belastet. Im Gegensatz zu seiner am Eröffnungstag verlesenen Erklärung, in der er die deutschen Sicherheitsbehörden beschuldigte, sie hätten „Lügen mit Vermutungen untermauert und dann als Tatsachen hingestellt", betonte gestern seine ehemalige Lebensgefährtin, Sörensen habe ihr nicht nur von der Arbeit für den östlichen Geheimdienst berichtet, sondern auch sie, die 21 Jahre jüngere Frau, zur Spionage werben wollen. „Seine Leute", so habe Sörensen erzählt, würden ihr ein Studium nach Wahl finanzieren. Sie habe das aus Prinzip abgelehnt, erklärte sie dem Vorsitzenden.

Unter dänischen Kollegen Sörensens sind die belastenden Aussagen auf Skepsis gestoßen; dagegen wurde der vor Prozeßbeginn von einer Solidaritätsgruppe verbreitete Eindruck, Sörensen sei nur das Opfer einer Frau, die sich nach achtjährigem Zusammenleben sitzengelassen fühlt, nicht bestätigt. Die Zeugin: Noch nach der von ihr herbeigeführten Trennung habe Sörensen ihr einen Heiratsantrag gemacht. „Aber ich wollte ihn nicht heiraten." Ein Grund dafür sei die ihr gegenüber offenbarte Bindung an Geheimdienste gewesen.

In Bad Godesberg soll Sörensen verschlüsselte Weisungen aus Ost-Berlin empfangen haben. Einige Male, so die Zeugin, habe er anschließend verbranntes Schmierpapier zur Toilette gebracht. Nach dem Umzug von der Hopmannstraße 4 in die Bonner Lessingstraße 33 vernichtete der Däne den Aussagen zufolge Filmplättchen mit einem Zahlenschlüssel. Seiner Lebensgefährtin erklärte er laut ihren Angaben, der Geheimdienst habe das „System" geändert. „Das war vor der Verhaftung Guillaumes", erinnerte sie sich.

Das Koffer-Radio, von dem die Spionageabwehr annimmt, es handele sich um ein für den Agentenfunk eingerichtetes Gerät, wurde später auf das dänische Eiland Avernagö (120 Einwohner) gebracht, so die Zeugin, und dort in Sörensens Ferienhaus eingesetzt, das in den siebziger Jahren von dem ehemaligen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und späteren Forschungsminister Andreas von Bülow (SPD) viermal angemietet worden war.

Wie stark die Anklage auf Aussagen der Ex-Lebensgefährtin beruht, machte Senatspräsident Wagner deutlich. Die Zeugin wurde eindringlich zur „reinen Wahrheit" ermahnt. Den Spruch des Gerichtes – das Urteil wird Mitte Mai erwartet – müsse sie vor ihrem Gewissen verantworten.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kirche im Sozialismus

„Leserbrief: Die ‚DDR'-Kirche und das Luther-Jahr"; WELT vom 2. April

Beim Lesen der Zuschrift von Professor Kohls könnte man zunächst den Eindruck haben, daß es sich um einen, allerdings üblen, Aprilscherz handeln muß, denn derartige Äußerungen eines Professors – und das heißt doch wohl immer noch „Sachkenners" – sind schier unglaublich.

Er rät dem Bundespräsidenten, weder zu dem vom Staat ausgerichteten Festakt zur Lutherfeier in der DDR zu fahren, noch zu dem von der Kirche veranstalteten. „Denn die Bischöfe der evangelischen Kirche der DDR, die dort eine Lutherfeier veranstalten, sind nicht viel besser als Honecker." Sie hätten sich „seit 1964 auf die atheistische Formel und Parole „Kirche im Sozialismus" eingeschworen. „Mit der teuflischen Parole „Kirche im Sozialismus" gängeln die Bischöfe die Machthaber.

Was Professor Kohls mit dem letzten Satz auch immer sagen will – man wird aufs Ganze gesehen feststellen müssen, daß es ungeheuerliche Behauptungen sind, die an Unqualifiziertheit und Bösartigkeit ihresgleichen suchen.

Als Beweis dafür und zugleich zur besseren Information von Professor Kohls – falls ihm daran gelegen ist – verweise ich auf eine Abhandlung von Professor Trutz Rendtorff in der „Zeit" vom 4. März 1983 „Die Suche nach einer eigenen Rolle" und die darin enthaltene Besprechung dreier bereits 1982 erschienener Bücher zum Thema der evangelischen Kirche in der DDR von Reinhard Henkys, Horst Dähn und Otto Luchterhand. Wegen der gebotenen Kürze zitiere ich daraus nur zwei Stellen: „Dagegen ist sie (die evangelische Kirche) gleichzeitig für viele DDR-Bürger, vor allem in der Jugend, eine Anlaufstelle für inneren Widerstand und alternative Orientierungen."

Diesen Artikel von Rendtorff und die genannten Bücher dreier Sachkenner kann ich Professor Kohls nur angelegentlichst zum Studium empfehlen. Nötigenfalls stelle ich sie gern zur Verfügung.

Noch wichtiger wäre allerdings, daß Herr Kohls einmal aus der sicheren Entfernung und Wohldotiertheit seines westdeutschen Professorenstuhls herabsteigen wollte in die Niederungen des harten, oft aber auch beglückenden Alltags der kirchlichen Arbeit der Bischöfe und sonstigen Kirchenleute in der DDR. Ihm würde – wenn er guten Willens ist – sehr schnell ein Licht aufgehen und er könnte garantiert nur noch mit Hochachtung und Dankbarkeit von Männern sprechen, die Fragen durchkämpfen und durchleiden, welche abgewandelt auch die unseren sind.

Gerhard Radtke,
Pastor i. R.,
Hamburg 63

*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.

Die Redaktion

Wort des Tages

„Nun liegt einer Stadt Gedeihen nicht allein darin, daß man große Schätze sammelt, feste Mauern, schöne Häuser und viel Waffen anschafft, sondern das ist der Stadt bestes und allerreichstes Gedeihen, Heil und Kraft, daß sie viele gelehrte, vernünftige, ehrbare und gebildete Bürger hat."

Martin Luther, Reformator (1483–1546)

Ohne Agitation

„Ehe der Truthahn kräht"; WELT vom 18. März

Sehr geehrte Herren,

wir begrüßen es sehr, wenn Presse, Funk und Fernsehen über die „Initiative polnisches Theater" berichten, weil wir uns von einem höheren Bekanntheitsgrad auch eine größere ideelle und materielle Unterstützung erhoffen.

Wir müssen aber im Interesse unserer Bemühungen und unserer Ziele sehr darauf bedacht sein, daß jede Art von Berichterstattung seriös und zutreffend ist.

Wir können nicht auf jede Ungenauigkeit Ihres Artikels eingehen. Distanzieren müssen wir uns aber von der Behauptung, daß – könnte nur etwas bezahlt werden – wir „in kürzester Zeit alle, aber auch wirklich alle polnischen Schauspieler in Kiel" hätten. Das könnte wohl auch kaum in unserem Interesse liegen. Wir wollen kein Emigrantentheater, und wir wollen keine politische Agitation. Wir wollen den kulturellen Austausch und das Verständnis zwischen Polen und Deutschen fördern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Irmtraud Meerstein,
1. Vorsitzende, Initiative polnisches Theater, Kiel 14

PS: Truthähne krähen nicht!

Keine Hilfe

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

in Ihrer Ausgabe vom 15. März ist unter der Überschrift „Armenische Terroristen eifern der PLO nach" ein Abschnitt „Unterstützung durch Zypern" erschienen. Dort wird behauptet, daß Nikosia ein weiteres Zentrum armenischer Terroristen sei und daß diese durch griechische Zyprioten finanziell unterstützt würden, weil man ja einen gemeinsamen Feind habe, die Türken.

Ich lege Wert auf die kategorische Feststellung, daß solche Unterstellungen absolut unbegründet und falsch sind, daß auf dem Gebiet der Republik Zypern keine armenischen Terroristen operieren oder irgendwelche Stützpunkte haben, und daß diese keinerlei finanzielle Unterstützung für ihre Zwecke erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Antis G. Soteriades,
Botschafter von Zypern, Bonn 2

Personalien

GEBURTSTAG

Der frühere Bremer Finanzsenator **Rolf Speckmann**, Vorstandsmitglied der Sparkasse in Bremen, feiert am 22. April seinen 65. Geburtstag. Speckmann, der 1959 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft wurde und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion war, hatte Anteil an der Finanzreform 1969, in der die Gleichstellung Bremens mit Hamburg im Bundesfinanzausgleich erreicht wurde. Er war auch Mitglied des ersten Finanzplanungs- und Konjunkturplanungsrates in Bonn. Sein besonderes Interesse galt immer der Förderung der Kunst. Rolf Speckmann legte die Grundlagen für die Finanzierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven und des Packhaus-Theaters in Bremen und ist heute Vorsitzender des Kunstvereins Bremen. Er förderte auch die Arbeit des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. Im wirtschaftlichen Bereich geht auf seine Initiative zurück die Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft „Weser-Jade" e. V. Außerdem war er zehn Jahre lang Vorsitzender des Weserbundes. In dieser Zeit setzte er sich unter anderem für die Schiffbarmachung der Mittelweser ein.

EHRUNG

Dr. **Friedrich Conzen**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Die Auszeichnung überreichte gestern Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau**. Friedrich Conzen, der am 2. April dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feierte, ist seit 1969 Präsident der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Er gehört seit Jahrzehnten zu den Persönlichkeiten in der deutschen Wirtschaft, die für die Interessen des selbständigen Unternehmens eingetreten sind. Conzen selbst führt ein Familienunternehmen, das 1854 gegründet wurde, die Firma F. G. Conzen Kunsthandlung, Einrahmungen, Rahmen und Leistenwerkstätten.

Für Reagan gilt das Argument der „Verwundbarkeit" nicht mehr

In der MX-Debatte verweist das Weiße Haus jetzt auf die gesamte Abschreckungsfähigkeit

TH. KIELINGER, **Washington**

Wie erwartet hat sich Präsident Reagan Anfang dieser Woche voll hinter die Vorschläge der Scowcroft-Kommission zur Modernisierung des strategischen nuklearen Arsenals der USA gestellt. Zentraler und umstrittenster Punkt dieser Empfehlungen ist, 100 Raketen des neuen landgestützten Interkontinentalsystems MX in bestehenden Silos der Minuteman-Raketen aufzustellen.

Darüber hinaus übernahm Reagan von der Scowcroft-Kommission die Idee, daß die USA für die Zukunft eine kleinere, nur mit einem Sprengkopf ausgerüstete mobile Interkontinentalrakete bauen sollten. Sie hätte den Vorteil, ein weniger lohnendes Ziel als die mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüsteten jetzigen Großraketen zu sein, und sie würde gleichzeitig für die andere Seite eine geringere Gefahr darstellen. Von der Verminderung der Bedrohung erhofft man sich ein stabileres strategisches Gleichgewicht der Supermächten.

Der Präsident erläuterte in einer kurzen Begleiterklärung noch einmal die Gründe für dieses jetzt von ihm endgültig abgesegnete Modernisierungsprogramm. Es biete, so sagte er, „handfeste Anreize und Glaubwürdigkeit für unsere Abrüstungsbemühungen ... Diese Vorschläge bewahren eine stabile Abschreckung und schützen damit den Frieden". Ohne dieses Modernisierungsprogramm, so fügte Reagan hinzu, „wird die Sowjetunion keinen wirklichen Grund sehen, ernsthaft über Reduktion in den beiderseitigen Arsenalen zu verhandeln". Mit einem Seitenhieb gegen die Freeze-Resolution, die in diesen Tagen zum dritten Mal im US-Kongreß verhandelt wird, erklärte er: „Der beste Weg, atomare Stabilität und dauerhaften Frieden zu erreichen, geht über Verhandlungen. Genau diesen Kurs haben wir eingeschlagen, und nur er kann zum Erfolg führen."

Die neuen Vorschläge zur strategischen Rüstung gingen am Montag offiziell an den Kongreß, der jetzt genau 45 Tage lang Zeit hat, das Programm zu debattieren und dann endlich sein Urteil zu fällen.

Es ist das dritte Mal, daß die gegenwärtige Administration dem Kongreß ein strategisches Modernisierungsprogramm unterbreitet. Schon im Oktober 1981 hatte Reagan vorgeschlagen, die MX-Rakete in Minuteman-Silos aufzustellen – der Plan wurde damals vom Kongreß abgelehnt. 1982 entwickelte die Luftwaffe dann das Stationierungskonzept des „dichten Rudels", wobei die 100 MX-Raketen auf einem kleinen Feld von zwei mal zehn Meilen Größe aufgestellt werden sollten. Auch dieser Plan fiel, Ende 1982, im Kongreß durch.

Mit ihrem neuen Vorstoß kehrt die Administration aber nicht einfach zum Vorschlag von 1981 zurück. Geändert hat sich die gesamte Argumentation um die strategische Bedrohung. Während damals Reagan und seine Berater noch ganz auf das „Fenster der Verwundbarkeit" fixiert waren, die angeblich intolerable Verletzlichkeit von Amerikas landgestützten Raketen gegenüber einem Erstschlag der weitaus größeren und schlagkräftigeren sowjetischen ICBM-Streitmacht, so wird heute das Thema „Verwundbarkeit" geradezu heruntergespielt. Heute lautet das Argument: Unverwundbar ist, schaut man nur auf den landgestützten Teil der strategischen „Triade" (Nuklearwaffen zur Luft, zur See und auf Land), keine einzige Dislozierungsart. Aber diese Betrachtung, so heißt es jetzt, sei fehlerhaft: Man müsse vielmehr auf die Abschreckungspotenz der gesamten strategischen US-Systeme schauen – und die sei noch immer groß genug, um den Sowjets einen Erstschlag als nicht lohnend erscheinen zu lassen.

Nur mit diesem „Trick", der Herunterspielung des ehemals so prominent verwendeten Schlagworts von dem „Fenster der Verwundbarkeit", kann der Präsident es überhaupt wagen, dem Kongreß noch einmal den Vorschlag von 1981 zu unterbreiten. Praktisch ist von den Experten das „Fenster der Verwundbarkeit" als Argument zu Grabe getragen worden, ebenso wie vor zwanzig Jahren die häufig beschworene „Raketenlücke".

Korrigiert wird damit, auch post festum, ein Stück von Reagans eigener Wahlkampfgeschichte: 1980 hatte er dem damaligen Präsidenten Carter mit dem Vorwurf, ein „Fenster der Verwundbarkeit" zu dulden, ebenso zugesetzt wie 1960 Senator Kennedy seinem Wahlkampfgegner Nixon mit der „Raketenlücke" zwischen den USA und der Sowjetunion.

„Verwundbarkeit" wird von der Reagan-Regierung jetzt nur noch als Beschreibung der Situation verwendet, die eintreten müßte, wenn der Kongreß die Gelder für den Bau der MX nicht billigt.

Ob er es tut, muß noch immer bezweifelt werden. Der Widerstand gegen die MX ist weiterhin stark. Das Echo wiederholte sich vor zwei Tagen: starke Opposition bei den meisten Mitgliedern der demokratischen Partei. Zustimmung bis Zweifel in Reagans eigenem Lager, bei den Republikanern. Wie es scheint, kann und will der Kongreß nicht so schnell zum Thema Verwundbarkeit umlernen.

Auch ein zweites Gegenargument kommt ins Spiel: Warum eine neue ICMB-Generation wie die MX bauen, die ohnehin nur maximal für zehn Jahre gültig sein soll, wenn bereits das nächste System, die Einsprengkopf-Rakete, am Reißbrett-Horizont erscheint? Die Administration beharrt demgegenüber auf dem Abschreckungswert der MX, dem einzigen System, das den sowjetischen schweren Raketen vergleichbar ist. Ohne den Bau dieser Rakete werde es außerdem nicht gelingen, Moskau auf lange Sicht in die neue Ära zu drängen, in der man von den destabilisierenden Trägerwaffen mit Mehrfachsprengköpfen (die MX hat deren 10) wegkommen will, hin zu den leichteren Einsprengkopf-Systemen.

Hanoi fürchtet eine zweite Lektion

Drei Gründe Chinas, um den Vietnamesen Einhalt zu gebieten

CH. PILZ/DW. **Bangkok/Peking**

China hat Vietnam gestern erneut vor „bewaffneten Provokationen" an der gemeinsamen Grenze gewarnt und mit weiteren „Vergeltungsschlägen" gedroht. Ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums sagte, das chinesische Artilleriefeuer auf vietnamesische Stellungen während der vergangenen Tage sei „voll gerechtfertigt und notwendig". In einem Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur „Neues China" wird zum erstenmal der Sowjetunion öffentlich die Schuld an den Spannungen in der Region gegeben. Sie stünde hinter den Aktionen Vietnams in Kambodscha und den vietnamesischen Provokationen gegen China.

Diese Warnungen und eine bereits am 10. April an Hanoi gerichtete Protestnote sind nach Ansicht Bangkoker Beobachter die bisher schärfsten Drohungen seit Chinas militärischer Straflektion im Februar 1979.

Monatelang hatte damals die chinesische Führung vor ihrer Straflektion gedroht und gewarnt. Hanoi solle seine antichinesische Politik einstellen und seine Hände von Kambodscha lassen. Doch Hanois betagte Revolutionäre setzten ihren Konfrontationskurs gegenüber Peking fort. Am Weihnachtstag 1978 marschierten ihre Truppen in Kambodscha ein, vertrieben das von China gestützte Rote-Khmer-Regime und proklamierten eine Marionetten-Regierung unter dem ehemaligen Pol-Pot-Mitstreiter Heng Samrin. Im November 1979 hatte Hanoi einen 25jährigen Freundschaftsvertrag mit Moskau unterschrieben, der eine Klausel zur gegenseitigen Verteidigung enthält.

Aus Furcht vor einer möglichen zweiten Lektion muß Hanoi seine Elite-Divisionen und zwei Drittel seiner regulären Streitkräfte in allzeitiger Verteidigungsbereitschaft halten. Die Folge: Vietnam hat Kambodscha bis heute nicht befrieden können. Truppen, die es zur Niederschlagung des kambodschanischen Widerstandes und zur Kontrolle der ländlichen Gebiete bräuchte, sind an der Nordgrenze gebunden.

So erklärt sich der Zusammenhang zwischen der Situation an der chinesisch-vietnamesischen Grenze und der auf dem kambodschanischen Schlachtfeld. Wann immer die Vietnamesen militärische Vorstöße in Kamobodscha unternehmen oder Truppen von Vietnam nach Kambodscha verlagern, kommt es zu einer Eskalation des Grenzkonflikts. Beide Seiten geben sich dann gegenseitig die Schuld.

Ehe Hanoi am 31. März seine feuerintensive Offensive an der thai-kambodschanischen Grenze begann, nahm die Spannung an der vietnamesisch-chinesischen Grenze zu. Am 1. April protestierte das vietnamesische Außenministerium, China habe allein in der letzten Märzwoche 25 bewaffnete Grenzprovokationen begangen. Hanoi forderte die „sofortige Einstellung solch feindlicher Aktionen". Unterdessen attackierten vietnamesische Truppen Grenzlager des kambodschanischen Widerstandes; sie überschritten mehrfach die Grenze und lieferten sich mit Thaitruppen blutige Gefechte.

Die vietnamesische Armeezeitung „Quand Doi Nhan Dan" teilte mit, Hanoi sei entschlossen, die „Bedrohung" an der thai-kambodschanischen Grenze ein für allemal zu eliminieren. Diese Bedrohung stelle sich durch China, das sich mit den „amerikanischen Imperialisten, Thailand und anderen Reaktionären sowie mit den Khmer-Banditen" zum Kampf gegen Indochina verschworen habe. Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß Vietnam an der Grenze zu Thailand eine Schlacht gegen China zu schlagen gedachte. Am 10. April drohte Peking mit einer „zweiten Lektion", wenige Tage später ließ es dieser Drohung Attacken gegen drei vietnamesische Grenzprovinzen folgen.

Aus chinesischer Sicht gab es drei Gründe, Hanoi zu stoppen: Einmal zur Wahrung seines eigenen „Gesichts". Wie konnte China untätig bleiben, wenn ihm der Kampf erklärt wurde, und das an der thai-kambodschanischen Grenze, wo kein einziger chinesischer Soldat steht. Zum zweiten hatte Peking den kambodschanischen Widerstandsgruppen Beistand versprochen, zum dritten ging es um die Unterstützung Thailands.

Ein Sprecher des thailändischen Außenministeriums meinte, Hanoi lege es offensichtlich darauf an, den direkten Konflikt mit Thailand zu schüren. Auch fiel auf, daß die gleichgeschalteten Propaganda-Organe in Moskau, Hanoi und Phnom Penh eine Kampagne inszenierten, die Thailand als den Hauptschuldigen des Kambodscha-Konfliktes darstellt.

Neue Taktik gegenüber der Guerrilla?

US-Berater in San Salvador empfehlen Einsatz kleiner Einheiten und Nachtoperationen

WERNER THOMAS, **Miami**

In der US-Botschaft, einem zur Festung ausgebauten Gebäude mit Mauern, Gittern, Stacheldraht und Sandsäcken, hat man aufgeatmet. „Wir haben lange auf diesen Augenblick gewartet", sagte ein Missionsvertreter. „Jetzt können die notwendigen Schritte unternommen werden."

Die Anspielung galt dem Rücktritt des salvadorianischen Verteidigungsminister General José Guillermo Garcia. Dieser Schritt eröffnet die Möglichkeit einer neuen Kriegsführung gegen die marxistischen Rebellen. Amerikanische Militärexperten und jüngere, kampferfahrene Offiziere verlangen bereits seit Monaten strategische und personelle Veränderungen. Präsident Alvaro Magaña schlug sich schließlich auf ihre Seite und entzog dem Armeechef sein Vertrauen. Er ernannte General Carlos Eugenio Vives Casanova (44) zum neuen Verteidigungsminister.

Der kleine Mestize Garcia, der vor wenigen Woche noch der starke Mann El Salvadors war, ist an seinen Mißerfolgen gescheitert. Auch nach mehr als drei Jahren, in denen 40 000 Menschen ums Leben kamen, zeichnet sich kein Ende des blutigen Konfliktes ab. Weiterhin existiert eine militärische Patt-Situation. Der Guerrilla-Organisation „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) gelingen spektakulärere Schläge. Das Gleichgewicht schien sich langsam zu ihren Gunsten zu verlagern.

Amerikanische Militärberater warnten Washington, daß General Garcia einen „aussichtlosen Krieg" führt. Es war ein Krieg mit einer massiven Mobilisierung von Soldaten und Material. Selten eine Operation, bei der weniger als 2000 Mann eingesetzt wurden. Truppen-Bewegungen dieses Ausmaßes gaben den Guerrilleros die Gelegenheit, rechtzeitig vor dem Feind zu fliehen. Die raffinierte Taktik des Guerrilla-Krieges war ihm fremd. Hartnäckig weigerte sich der General, den Ratschlägen der US-Militärexperten zu folgen. „Wir wollen keine fremden Strategien importieren", betonte der General im März auf einer Pressekonferenz. „Wir führen den Krieg auf unsere Weise."

Die meisten der 22 400 Soldaten haben Dienstzeiten wie Büropersonal: von 9 Uhr bis 17 Uhr. Wenn es dunkel wird, kehren sie in die Kasernen zurück. Die Nacht gehört der Guerrilla. Nur 6000 Soldaten zählen zu reinen Kampfeinheiten. Die anderen helfen den 10 500 Nationalgardisten und Polizisten bei der Bewachung von Brücken, Straßen, Gebäuden und Fabriken. Amerikanischen Schätzungen zufolge beträgt die Truppenstärke der FMLN heute zwischen 6000 und 7000. Fast alle Guerrilleros kämpfen.

Die Amerikaner, die drei Elite-Bataillone ausgebildet haben, ohne die der Krieg schon längst verloren wäre, empfahlen immer wieder den Einsatz kleinerer Einheiten und Nachtoperationen. Die Rebellen müßten ständig aufgespürt und gejagt werden. Sie wünschten enge Kontakte der Truppe zur Bevölkerung und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die besonders notleidenden Gebiete. Ihr Rat wurde lange nicht gehört.

Die US-Botschaft befand sich in einem Dilemma: der 49jährige General war nach den Wahlen im März 1982, die den rechten Kräften eine Mehrheit brachte, der wichtigste politische Verbündete. Garcia hatte verhindert, daß der frühere Geheimdienstmajor Roberto d'Aubuisson, der Rechtsaußen unter den salvadorianischen Politikern, Präsident werden konnte. Mit Garcias Unterstützung übernahm der Bankier Alvaro Magaña das höchste Staats- und Regierungsamt. Der Verteidigungsminister verhinderte die Demontage der von den Christdemokraten eingeleiteten wirtschaftlichen und sozialen Reformen.

Luftwaffen-Kommandeur Oberst Rafael Bustillo, bisher ein Sympathisant Garcias, hat diesen nun mit der Drohung zu Fall gebracht, daß er die Befehle des Verteidigungsministers nicht mehr befolgen werde. Dies war das Signal für Präsident Magaña, Garcias Rücktritt zu fordern. (SAD)

Gustl Bayrhammer als Kommunalpolitiker

Ein Bilderbuch-Bayer

Zehn Jahre lang war er für das Fernsehpublikum ausschließlich der „Tatort"-Kommissar Veigl. So zäh pappte ihm diese Fernsehrolle an, daß er sich von heute auf morgen von ihr lossagte mit dem Stoß-Seufzer, „es möge nun endlich mit dieser Klischee-Kasperei vorbei sein". Gustl Bayrhammer (62), Münchner Vollblutschauspieler, räsoniert rückblickend, „viele Zuschauer sind anscheinend nicht in der Lage, zwischen Sein und Schein zu unterscheiden".

Der Bürgermeister – ZDF, 17.50 Uhr

Doch jetzt hängt dem humorvollen Mimen bereits ein neues Etikett an: „Meister Eder", der beste Freund des rotschopfigen Kobolds Pumuckl. Ein Proteststurm – nicht nur von Kindern entfacht – brach los, als bekannt wurde, „Pumuckl" sollte abgesetzt werden. Nun, die Aufregung hat sich gelegt, der kleine Schreihals darf weiter seine Streiche im Fernsehen machen, und Gustl Bayrhammer freut sich derzeit noch an seiner neuen Rolle.

Dabei kann dieses gestandene Mannsbild auf eine beachtliche Schauspielpalette verweisen in den 13 Folgen der Reihe „Der Bürgermeister", die ab heute wiederholt wird, erhält man einen winzigen Ausschnitt seines umfassenden Könnens. Wie er so dasitzt auf der Holzbank, rauchend, sinnierend vor dem Bierkrug, ein Bayer aus dem Bilderbuch: behäbig, gemütlich, schlitzohrig, föhnempfindlich. „Für mich hat's schon als Bua nia was anderes gegeben, als Schauspieler zu werden." Allerdings wollten die Eltern, daß er einen auskömmlichen Bürgerberuf erlernte; sie schickten ihn auf das Gymnasium. Erst später durfte er Schauspielunterricht nehmen. Dann kam der Krieg, aber Bayrhammer hatte Glück, wurde in Berlin stationiert, lernte dort die Größen der Bühne (von Gustav Gründgens bis Heinrich George) kennen, machte nebenbei die Reifeprüfung für Schauspieler und konnte so nach dem Zusammenbruch von 1945 gleich auf die Suche nach Engagements gehen.

Er spielte unter vielen Regisseuren, unter Schweikart und Everding, lernte alle Höhen und Tiefen eines Schauspielerdaseins kennen. „I war 21 Jahre echt in der Provinz", sagt er. Erst 1967 kam er nach München, spielt seitdem hier an den Kammerspielen und im Residenztheater. Kaum einer versteht es so treffend wie er, diese bajuwarischen Naturen zu verkörpern, diese schlitzohrigen Großbauern, barocken Gemeinderäte oder gar



Gustl Bayrhammer (62)
FOTO: THOMAS K. SCHUMANN

den gutmütig allwissenden Himmelspförtner Petrus, als er der – seit 1972 zum Bayerischen Staatsschauspiel gehörend – bisher mehr als dreihundert Mal im „Brandner Kaspar" seines Schlüsselamtes gewaltet hat. Daß man auch im weiß-blauen Freistaat längst weiß, welchen raren Volksschauspieler man an Bayrhammer hat, zeigt seine Ernennung vor zwei Jahren zum bayerischen Staatsschauspieler. „Ihre Statur und Erscheinung", so rühmte Bayerns Kultusminister Hans Maier, „ließen Sie zu einem unverwechselbaren bayerischen Künstler werden, dessen Beliebtheit in Bayern und in der Bundesrepublik ihresgleichen sucht."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Fanatiker des Wohnungsbaus?

Nun wissen wir es endlich: Albert Vietor, der gefeuerte Chef der Neuen Heimat, war eigentlich der Wohltäter nicht nur dieses Konzerns, sondern auch aller Wohnungssuchenden in Stadt und Land. Zugleich haben wir erfahren, daß dieser vielleicht gewiefteste aller deutschen Baulöwen im Grunde genommen ein ganz bescheidener Zeitgenosse ist: „Ich bin so beschäftigt gewesen und habe an sich keine großen Ansprüche an das Leben. Ich war ein Fanatiker des Wohnungsbaues."

Der wohl größte Vorwurf an die ZDF-Sendung über Albert Vietors umstrittenes Erbe (**„Das Reich der Neuen Heimat"**) hat wohl darin zu bestehen, daß die Autoren es unterlassen haben, diese und andere Vietor-Sprüche kritisch zu hinterfragen. Es wäre der Mühe wert gewesen, Vietors Tätigkeit an der Spitze der Neuen Heimat auf der einen und Vietors Geschäfte mit sich selbst als Neue-Heimat-Vorstandsvorsitzender zahlenmäßig zu vergleichen und ihm ein paar harte Fragen zu stellen – etwa diese: Wieviel Millionen Mark hat der Neue-Heimat-Baulöwe Albert Vietor verdient, indem er tat, was ihm vor reichlich einem Jahr zum Vorwurf gemacht wurde und dann zu seiner Entlassung führte?

Vietor hatte auch auf diese nicht gestellte Frage ein indirekte Antwort parat, wie er überhaupt um Antworten nicht verlegen war: „Man kann sich natürlich Gedanken darüber machen, wo die Moral anfängt, und wo sie aufhört." Ein Konzern wie die Neue Heimat, so gab er treuherzig zu Protokoll, sei nicht anders zu führen, „als ein Unternehmen, das einem Privatmann gehört". Ein für Vietors Selbstverständnis entlarvender Satz.

Undenkbar, daß ein in der Privatwirtschaft tätiger Topmanager in diesem Ausmaß in die eigene Tasche wirtschaften könnte. Aber, auch diese Erkenntnis verdanken wir Albert Vietor: „Die Gewerkschaften waren wohl stolz auf diese Leistung." Es fragt sich nur, mit welchen bitteren Gefühlen Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern, aus deren Beitragsgroschen die Sanierungsmillionen für die Neue Heimat entnommen wurden, diese Persilschein-Sendung gesehen haben.

UWE BAHNSEN



Insgesamt 531 weibliche und männliche Interessenten wollen **Programm-Moderator beim ZDF** werden und haben sich auf eine Ausschreibung des Senders von Anfang März beworben. Nach Angaben des ZDF vom Wochenende waren – wie schon bei ähnlichen Ausschreibungen – die Frauen auch diesmal in einem Verhältnis von 50:1 in der Überzahl. Ende April findet in einem Test die endgültige Auswahl unter zwölf Kandidatinnen statt: Kein männlicher Interessent, so das ZDF, habe die von der Sendeleitung geforderte journalistische Vorbildung und redaktionelle Mitarbeit bei Zeitung oder Rundfunk vorweisen können. (dpa)

Einseitige Spurensuche

Droht der Bundesrepublik die Giftgas-Apokalypse? Diesen Eindruck könnte man der letzten **„Report"**-Sendung des Südwestfunks entnehmen. Da war Wolfgang Moser auf der Spurensuche nach den Fässern aus Seveso. Und der glaubte, im niedersächsischen Hoheneggelsen fündig geworden zu sein. Schade, daß nicht der bisher für Umweltschutz zuständige, gerade ausgeschiedene Staatssekretär Hartkopf befragt wurde, der die Lagerung von Seveso-Giften in der Bundesrepublik nach wie vor strikt bestreitet. Es kam auch kein Mitglied der niedersächsischen Landesregierung zu Wort.

Mit dem Seveso-Trauma wurden die chemischen US-Waffen in der Bundesrepublik geschickt verbunden. Viktor von Oertzen vergaß nicht die weitaus größeren Giftgasbestände in der „DDR", auf die auch Staatssekretär Mertes hinwies. Doch fügte sich der Beitrag in die einseitige Anti-Nachrüstungs-Kampagne des Baden-Badener TV-Magazins. Moderator Franz Alt mußte einräumen, daß bisher manches schiefgelaufen war: Artikel 20 des Grundgesetzes rechtfertigt keinen Widerstand gegen die Nachrüstung. Und Gandhi hatte ein anderes politisches Umfeld als die Bundesrepublik.

Die Wahl der ersten weiblichen Gewerkschaftsvorsitzenden hätte ein Beitrag mit Pfiff und Pep sein können. Doch leider fiel er staubtrocken aus. Wenn die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies als schwer zugänglich charakterisiert wurde – vielleicht lag es auch ein wenig an der sie ausfragenden „Report"-Dame.

GISELHER SCHMIDT

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal der Landesmeister
Hamburger SV – Real Sociedad San Sebastian
Halbfinale-Rückspiel
Eishockey-Weltmeisterschaft
Schweden – „DDR"
UdSSR – Bundesrepublik Deutschland
12.50 ZDF Magazin
12.55 Presseschau

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Frauengeschichten
Gabriele Hoffmann – das Orakel vom Ku'damm
Film von C. Pauli
Gabriele Hoffmann gilt als jüngste Wahrsagerin der Bundesrepublik Deutschland. Die 29jährige berühmte Berlinerin hat nach eigenen Aussagen das zweite Gesicht, das sie befähigt, im Trancezustand Stationen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ihrer Klienten zu sehen. Das Geschäft mit der Wahrsagerei floriert so gut, daß sie für Monate ausgebucht ist.

17.00 Kleiner Bruder John Willie (2)
Die ganze Brutalität einer Zeit, in der nicht der Mensch, sondern der hungrige Magen zählt, zeigt Marylin Fox' Dreiteiler „Kleiner Bruder John Willie", der im Auftrag des Kinderprogramms der BBC nach einem Roman von Catherine Cookson entstand. Rücksichtslos kämpft jeder ums eigene Überleben ...

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau

20.15 Kreiskys letztes Gefecht
Österreich vor den Wahlen
Filmbericht von Klaus Stephan
21.00 Musikladen
TV-Discotheque-International
21.45 ... scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte
Von und mit Hans Scheibner
22.30 Tagesthemen
23.00 Eishockey-WM
CSSR – Kanada
Sprecher: Fritz von Thurn u. Taxis. Ausschnitte vom selben Abend aus der Westfalenhalle in Dortmund
Anschl. Weltcup-Finale der Springreiter
1. Qualifikationsprüfung
Sprecher: Hans-Heinrich Isenbart. Ausschnitte vom selben Abend aus Wien
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
16.35 Die Mumins
Die letzten Winterträume
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bonnie Bianco
17.50 Der Bürgermeister
Jede Stimme zählt
Probleme der Kommunalpolitik in 13 Episoden (Wh. v. 1979)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Der Todesturm
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 heute-journal

21.20 Wir fangen erst richtig an!
Die sozialliberale Koalition: Rückblick auf eine Ära
Von Arnulf Baring
„Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an", verkündete Bundeskanzler Willy Brandt selbstbewußt in seiner ersten Regierungserklärung 1969. Es herrschte Aufbruchstimmung. Die SPD stellte mit Gustav Heinemann den Bundespräsidenten und mit Willy Brandt den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler, regierte gemeinsam mit den Liberalen. Mehr Demokratie wagen, tiefgreifende Reformen im Innern, eine neue Ost- und Deutschlandpolitik, das war der Anspruch der sozialliberalen Koalition, die als historisches Bündnis antrat.

22.25 Das kleine Fernsehspiel
Pferd, mein Pferd
Anatolischer Film von Ali Özgentürk
In einem armseligen Dorf im äußersten Osten Anatoliens bewundert ein zwölfjähriger Junge das schöne Reitpferd des örtlichen Gutsbesitzers. Der Gutsherr ist der einzige Wohlhabende in der Gegend. So wird für den Jungen das Pferd zum Sinnbild eines besseren Lebens.
00.10 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lautlos im Weltraum
Amerik. Spielfilm, 1971
21.45 Landesspiegel
22.15 Nachtschalter unterwegs ...

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche (5)
18.45 Follow me (21 und 22)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Verdammt in alle Ewigkeit
Amerik. Spielfilm, 1953
22.10 Kultur aktuell:
Restauratoren
22.55 Augenblick mal ...
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.30 Eisenbahn (4)
19.15 Zug um Zug –
19.30 Ikonen in Deutschland (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Sport-Report
22.30 Kulturkalender
23.00 Vor vierzig Jahren
British Movietone, 12. 4. 43

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 L'Orfeo
Oper von Claudio Monteverdi
21.15 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
22.00 Auf Alemannisch
22.15 Zu Gast
Nur für Rheinland-Pfalz
22.00 Wo man singt: Der Westerwald
Nur für das Saarland
22.00 Saarländer im Widerstand

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance (2)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Bergauf – bergab
19.30 Formel Eins
20.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
21.00 Rundschau
21.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
22.00 La Cabina
22.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
23.00 Jazz Burghausen
23.45 Rundschau

FUSSBALL / Warum Ilyas Tüfekci nicht mehr für sein Heimatland spielen will

Türkischer Trainer beleidigte Nationalspieler aus Berlin: Er benimmt sich wie ein Deutscher

MARTIN HÄGELE, **Bonn**

Am Samstagabend wird Ilyas Tüfekci (23), Mittelstürmer von Schalke 04, in einem Studiosessel des Westdeutschen Rundfunks sitzen. Er wird sich das Länderspiel seiner Landsleute („Ich rechne nicht mit einem Sieg von uns") am Fernsehschirm anschauen und anschließend reden. Über das Spiel selbstverständlich. Aber auch über die Türkei und die Deutschen und über die Probleme, die einer hat, der irgendwo zwischen zwei Kulturen lebt.

Ilyas spielt nicht in Izmir. Er hat Krach mit dem türkischen Nationaltrainer Coskun Oezari. „Dieser Mann ist unehrlich", sagt Ilyas, „unter diesem Mann spiele ich nie mehr." Wer Ilyas kennt, hört aus diesen Sätzen einiges: Zorn, Enttäuschung, Trotz. Dabei war Ilyas immer stolz auf das Trikot mit dem Halbmond. Er freute sich, wenn am Bosporus nach dem Torjäger aus der Bundesliga gerufen wurde.

Das endete im September letzten Jahres, als die Türken in Budapest 0:5 verloren hatten. Ilyas selbst sagt, er habe an diesem Tag „ordentlich" gespielt. Auch in der Kritik der Zeitungen sei er gut weggekommen. „Aber zwei Tage danach, da standen über mich und Erdal Keser schlimme Dinge in den Zeitungen. Sachen, die mit Fußball überhaupt nichts zu tun haben."

Tüfekci trinke Bier, er benehme sich wie ein Deutscher, nicht wie ein Türke, hatte Trainer Oezari seinem Spieler öffentlich an der Ehre geflickt. Tüfekci: „Ich trinke abends vor dem Schlafengehen ein Bier. So bin ich es gewohnt. Ich versuche, wie ein Profi zu leben. Und wenn Oezari irgend etwas an meinem Auftreten nicht gefallen hat, dann hätte er mir das vorher ins Gesicht sagen können."

Oezaris Attacken haben den kleinen Ilyas empfindlich getroffen. Er ist nun einmal kein Muselmane zum Vorzeigen. Er ißt Schweinefleisch und trinkt ein Bier. In seinem Terminkalender stehen die Spieltage der Bundesliga, nicht die Fastentage des Ramadan. Und trotzdem ist er immer Türke geblieben. Schon wegen der gemeinsamen Vergangenheit: Die Kartons, Kisten und Koffer in der Behausung im Berliner Bezirk Kreuzberg. Und der Traum, den sie alle einst geträumt haben. Vom Geld und einer besseren Zukunft in Deutschland.

„Mehr als die Hälfte meines Lebens habe ich in Deutschland verbracht", sagt Tüfekci, „ich war ein kleiner Junge, als ich kam und habe schon deshalb kaum Beziehung zur Türkei. Ich verbringe meinen Urlaub in diesem Land und besuche dort meine Verwandten. Sonst nichts. Aber ich habe mich immer als Türke gefühlt und werde nie anders empfinden können."

Ein Fußballprofi zwischen zwei Kulturen. Er hat sich mit unbändigem Ehrgeiz und unstillbarem Hunger nach Ruhm zum Idol seiner Landsleute hochgekämpft. Er wurde zum Vorbild der Alis und Ahmets, die an deutschen Fließbändern stehen. Gerade deshalb hätte der kleine Bursche mit den krummen Beinen so gern gegen Rummenigge und Co. gespielt.

Ein Sieg am Samstag wäre ein unvergeßlicher Tag in der türkischen Sportgeschichte, glaubt Ilyas und erzählt vom ersten und einzigen türkischen Erfolg über Deutschland: „1951 haben wir 2:1 in Berlin gewonnen. Die Mannschaftsaufstellung kann heute noch jeder Türke auswendig, der sich für Fußball interessiert. Im Tor der berühmte Turgay und so weiter ..."

Auf die Chance, in ähnlicher Art in Erinnerung zu bleiben, hofft Tüfekci noch immer. Das Rückspiel findet am 26. Oktober in Berlin statt, in der Hauptstadt der türkischen Diaspora. Ein Wink Allahs?

*

Die Diskussion um ein „Ausländer-Problem" ganz anderer Art wird in Deutschland immer heftiger. Anlaß war die Weigerung von Inter Mailand, Hansi Müller für das Spiel gegen die Türkei freizugeben. Gestern nachmittag gab Mailand nach. Der DFB hatte den europäischen und internationalen Verband eingeschaltet. Hansi Müller durfte noch gestern nach Frankfurt fliegen, von wo aus die deutsche Mannschaft heute in die Türkei fliegt.

Hannes Löhr, der Manager des 1. FC Köln, plädiert dennoch für den Verzicht auf Spieler, die im Ausland ihr Geld verdienen. Löhr: „Eine Mannschaft ohne diese Spieler ist ehrlicher gegenüber dem Publikum." Die Bundesligazuschauer hätten das Recht, die Nationalspieler jeden Samstag zu sehen.

Gegen einen prinzipiellen Verzicht spricht sich Günter Netzer aus. Für einen Stieleke lohne es sich zu kämpfen. Aber: „Wenn der Bundestrainer sich von einem Schuster an der Nase herumführen läßt, ist der Preis zu hoch."

HOCKEY-WM

Gegen Holland verloren – nun um Platz drei

sid/dpa, **Kuala Lumpur**

Der Weltmeister ist entthront. Deutschlands Hockey-Damen verloren im ersten Halbfinale der 5. Titelkämpfe in Kuala Lumpur (Malaysia) gegen Holland vor 2500 Zuschauern klar mit 0:2 (0:2). „Das Ergebnis ist absolut korrekt", bestätigte auch Bundestrainer Wolfgang Strödter die eindeutige Überlegenheit der vor allem im Zweikampf konsequenteren Holländerinnen.

Im 31. Länderspiel zwischen Holland und Deutschland fiel die Entscheidung zum 15. Sieg des Weltmeisters von 1974 und 1978 bereits vor der Pause. In der 16. Minute verwandelte Spezialistin Fieke Boekhorst die dritte von insgesamt neun Strafecken zum 1:0. Bereits neun Minuten später sorgte Sandra Le Poole nach einem Freischlag für den 2:0-Endstand. Die Schiedsrichterinnen Barr (Schottland) und Pritchard (Australien) übersahen allerdings eine klare Abseitsstellung von Marjulein Eysvogel. Im deutschen Team vermochte man die Enttäuschung nicht zu verbergen. „Ich bin nach Kuala Lumpur gekommen", meinte die Hamburgerin Gaby Appel, „um den Titel zu verteidigen. Mein Ziel ist nicht erreicht."

Nach dem 2:1 gegen Indien, dem 0:0 gegen Schottland, den beiden 1:0-Siegen über die USA und Australien und dem 3:1 über Wales blieben die von Trainer Gijs van Heumen taktisch sehr geschickt eingestellten Holländerinnen als einziges der zwölf WM-Teams weiterhin ungeschlagen und bereits im vierten Spiel ohne Gegentor.

„Da war nichts drin", sagte DHB-Damenwartin Ulrike Diehl-Huth, „aber nachdem wir in der letzten Woche mehrfach knapp vor dem Ausscheiden standen, sollten wir jetzt nicht unzufrieden sein. Nun gilt es, durch einen Sieg im Spiel um die Bronzemedaille am Freitag der Qualifikation für Olympia 1984 einen weiteren Schritt näher zu kommen."

Das Finale am Samstag bestreiten Holland und Kanada, das mit 8:5 im Siebenmeterschießen Australien überlegen war. Nach der Verlängerung hatte es zwischen diesen beiden Mannschaften noch 0:0 gestanden.

EISHOCKEY / Deutsches Team wieder gefestigt

Grundlage des Erfolges: Unsinns Gruppentherapie

MARCUS BERG, **Düsseldorf**

Ein einziges Spiel hat die ganze gedrückte Stimmung umkippen lassen. In der Gaststätte des Düsseldorfer Eisstadions kam ein 16 Jahre altes Mädchen auf Bundestrainer Xaver Unsinn zu – mit einem Glas in der Hand: „Meine Freunde und ich wollen Ihnen ein Bier ausgeben. Sie haben es verdient." Vor dem Stadion sangen die heimkehrenden Zuschauer immer noch: „Oh, wie ist das schön."

Die Eishockey-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland hat Finnland mit 4:3 besiegt, nachdem sie Schweden 1:5 unterlegen war und danach ein 4:0 über die schwachen Italiener erkämpft hatte. Dieses 4:3 zählt, das ist jetzt der Maßstab für Aufschwung und Wende zum Guten. Was dieser Sieg bedeutet, wurde schon vor der voraussehbaren Niederlage gegen die Sowjetunion (das Ergebnis des Spiels von gestern abend lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor) mit plötzlich wieder sprühendem Optimismus ausgerechnet: Zwei Punkte aus dem Spiel gegen die Auswahl der „DDR", zwei Punkte aus den beiden Spielen gegen die CSSR und die gar nicht so starken Kanadier – dann könnte es doch noch die Teilnahme an der Endrunde und Platz vier geben. ...

Solche Rechnungen müssen immer mißtrauisch betrachtet werden. Besonders wenn es um die deutschen Eishockey-Stars geht, deren Wankelmut eben vom lustlosen 1:5 gegen Schweden bis zum beherzten kraftvollen und sogar spielerisch überzeugenden Sieg über Finnland reicht. Nur spricht eben diesmal einiges für Trainer Unsinn und seine Mannschaft, die selten zuvor nach einem Debakel wieder in dieser Form ihr Haupt erhoben hat, um optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Erich Weishaupt beurteilt das, was vor seinem Tor geschieht, so: „Die Jungs halten zusammen. So gut wie diesmal war es noch nie. Einer kämpft und läuft für den anderen. Super, wirklich super." Und Trainer Unsinn versteckt seine Aufbauarbeit in dieser Bemerkung: „Die Mannschaft ist dabei, noch besser zusammenzuwachsen, als es ihr gegen Finnland schon gelang."

Daß es so sein kann, ist das Verdienst des Trainers. Kapitän Erich Kühnhackl hat jetzt zum ersten Mal darüber gesprochen: Vor dem Turnier hatte es in Füssen ein drei Stunden langes Gespräch unter den Spielern gegeben – so eine Art Gruppentherapie. Kühnhackl: „Da haben wir uns alles von der Seele geredet, was sich in der Bundesliga-Endrunde an Unrat angehäuft hatte." Da nämlich seien sich „einige Spieler ganz schön ins Kreuz gefahren", die hätten sich „noch nicht einmal mehr guten Tag sagen können". Unsinn hat dieses Gespräch gefordert und geleitet, unter der Maxime: „Jetzt räumt mal richtig schön auf."

Nun haben sie unter den Finnen aufgeräumt – mit der besten Leistung seit rund zehn Jahren. Wohl auch, weil es die fantastischen Zuschauer in Düsseldorf mit ihrer originellen nie unfairen Begeisterung regelrecht gefordert hatten. Erich Weishaupt sagt: „Die peitschen dich immer wieder. Du läufst und läufst und merkst gar nicht, daß du eigentlich gar nicht mehr laufen kannst."

In Dortmund riefen die 10 000 Zuschauer anfangs „go, Canada, go", die lautstarke Fan-Gruppe aus Nordamerika, extra angereist zum Spiel gegen die Sowjetunion, schwenkte die Nationalfahne. Dann wurde es ruhig, die Fahnen verschwanden und tauchten plötzlich wieder auf. Sie flatterten bei sowjetischen Toren, vor lauter Begeisterung über die Art, wie sie herausgespielt wurden. Die UdSSR gewann 8:2, und Besseres, folgt man kanadischen Spielern und Trainern, gab es noch nie. Nationaltrainer Dave King: „Sie sind unglaublich. Die Vorzeichen haben sich völlig verdreht. Sowjetisches Eishockey ist für uns wie eine neue Sprache. Wir sind nur noch Studenten." Und das auch noch aus dem Geburtsland dieses Sports: „Wenn ich könnte, würde ich alle Russen kaufen", sagte Jerry McNamara, Generalmanager des bedeutenden Profiklubs Toronto Maple Leafs.

Das Ergebnis war Debakel genug, eine Demütigung gab es noch dazu. Wundertorwart Wladislaw Tretjak spielt gar nicht, sein Vertreter Myschkin verunsicherte die eigene Abwehr. Der lakonische Kommentar von Viktor Tichonow, dem sowjetischen Trainer: „Ich wollte den Ernstfall proben." Dabei gilt gerade Tretjak als der Schrecken aller kanadischen Stürmer.

NACHRICHTEN

Feldkamp zu Bielefeld

Bielefeld (dpa) – Karl-Heinz Feldkamp wird Trainer des Fußball-Bundesliga-Klubs Arminia Bielefeld. Nur noch eine Voraussetzung muß erfüllt werden: Borussia Dortmund, die Feldkamp vor zweieinhalb Wochen entlassen hatte, soll eine Abfindung für den bis 1984 laufenden Vertrag zahlen.

Erster Sieg von Torre

Madrid (dpa) – Im Viertelfinale des Schach-Kandidatenturniers kam der Filipino Eugene Torre zum ersten Sieg über den Ungarn Zoltan Ribli. Ribli führt nach sieben Partien mit 4:3.

Bremen 1:1 gegen Erfurt

Bremen (dpa) – Werder Bremen, Tabellenzweiter der Fußball-Bundesliga, kam in einem Spiel gegen Rot-Weiß Erfurt, Tabellenfünfter in der Oberliga der „DDR", nur zu einem 1:1. Bremen bestritt diese Begegnung innerhalb des deutsch-deutschen Sportverkehrs ohne die Stammspieler Völler, Otten, Maier, Gruber und Sidka.

Tagessieg für Kuhweide

Hyères (sid) – Der Hamburger Willy Kuhweide gewann die erste Regatta in der olympischen Soling-Klasse beim internationalen Segel-Wettbewerb vor Hyères in Frankreich. Bei den Flying Dutchman kamen die Weltmeister Anton Schwarz/Peter Fröschl (München) über den siebten Platz nicht hinaus.

Nina Dumbadse gestorben

Moskau (sid) – Nina Dumbadse, die erste Leichtathletik-Weltrekordlerin aus der UdSSR, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. 1948 erreichte sie im Diskuswerfen 53,25 Meter. 1952 gewann sie in Helsinki die olympische Bronzemedaille.

Ski-WM in Oberstdorf?

Oberstdorf (dpa) – Oberstdorf hat sich um die Weltmeisterschaften 1987 im Nordischen Skisport beworben. Der Bund und das Land Bayern haben finanzielle Unterstützung zugesagt.

Liverpool schon Meister

Liverpool (sid) – Der FC Everton machte seinen Lokalrivalen FC Liverpool mit seinem 2:0-Sieg über Manchester United vorzeitig zum englischen Fußballmeister. Sieben Spiele vor Saisonende führt Liverpool uneinholbar mit 81 Punkten vor Manchester United (60 Punkte).

SCHACH / Robert Hübner spielte auch in der letzten Partie nur remis

Kein Kampf um den Sieg

L. P. **Velden**

Die letzte Partie im Viertelfinale des Schachkandidaten-Turniers zwischen Robert Hübner und Wassili Smyslow war eine Enttäuschung. Hübner hat mit den weißen Steinen eigentlich nichts versucht, um zu gewinnen. Er spielte eine bekannte, völlig harmlose Variante aus seinem Wettkampf gegen Kortschnoi nach, die zu einem unausweichlichen Remis führen mußte. Mit einer solchen Taktik sind noch nicht einmal schwächere Gegner als Smyslow zu besiegen. Der deutsche Großmeister hat im Grunde genommen auf eine mögliche Entscheidung verzichtet. Da zeigte sogar der gegen Kortschnoi unterlegene Portisch eine höhere Kampfmoral.

Die Notation (Hübner weiß): 1.e4 e5, 2.Lc4 Sf6, 3.d3 Sc6, 4.Sf3 Lc5, 5.c3 d6, 6.0-0 0-0, 7.Sbd2 a6, 8.Lb3 Le6, 9.Te1 Lxb3, 10.Sxb 3 La7, 11.Lg5 h6, 12.Lh4 Te8, 13.Sbd2 Te6, 14.Sc4 Se7, 15.Se3 Sg6, 16.Lg3 Dd7, 17.Sh4 c6, 18. Df3 Sxh4, 19. Lxh4 Tae8, 20.Sf5 Kh7, 21.Tad1 Sg8, 22. Dh3 f6, 23.Kh1 g6, 24.Se3 T6e7, 25.Df3 De6, 26.b3 Tf7, 27.g4 Td7, 28.h3 d5, 29.exd5 Cxd5, 30.c4 Lxe3, 31.fxe3 dxc4, 32.dxc4 Ted8, 33.e4 g5, 34.Lf2 Se7, 35.Txd7 Txd7, 36.Td1 Txd1+, 37.Txd1 Dc6, 38.Dd3 Kg7, 39.Kg2 Remis – angeboten von Hübner.

Rouge oder Noir – nichts geht mehr, Gott sei Dank

STAND·PUNKT

Für die Spielbank in Velden am Wörthersee mag es gerechter Trost und Ausgleich sein. Sie war einer der drei Sponsoren des Kandidatenkampfes für die Schachweltmeisterschaft zwischen Robert Hübner und Wassili Smyslow. Daß sie nach maßlos enttäuschendem Verlauf – selbst in der allerletzten Begegnung regierte nur noch die Angst vor einer Niederlage – sich wenigstens den einzigen noch Spannung verheißenden Moment, den Losentscheid, ins eigene Haus, sprich an den Roulett-Tisch geholt hat, ist ihr nicht zu verdenken. Smyslow hatte Rouge, Hübner Noir. Nichts geht mehr, Gott sei Dank. Die Kugel entschied, wer ins Halbfinale kommt.

Aber für die Millionen von Schachspielern, die sich in aller Welt um den Nachweis bemühen, daß ihr Spiel nicht nur geistreiche Denkakrobatik, sondern ein richtiger Wettkampfsport ist, bedeuten sowohl der Kampfverlauf als auch die Art und Weise, in der er jetzt entschieden wird, einem ziemlich schmerzhaften Tritt ans Schienbein. Der Losentscheid auf dem Rasen zwischen zwei Fußball-Mannschaften, die bis zur Erschöpfung gleichwertig gekämpft hatten – das besaß, ehe das Elfmeterschießen eingeführt wurde, noch eine Art sportlicher Logik und Gerechtigkeit. Ein Roulett-Spiel nach einem ganzen Monat großenteils ziemlich langweiliger Remispartien, hat doch etwas zuviel von Show und Gag an sich.

P. S.: Einige Leser werden jetzt vielleicht fragen, wer denn nun am Ende in Velden gewonnen hat – Rouge oder Noir. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatte der Croupier die Kugel noch nicht in Bewegung gesetzt. Aber, ehrlich gesagt, so furchtbar interessant ist das Ergebnis angesichts des Kampfverlaufs nun doch nicht. Die Vorstellung, daß sich unter diesen beiden am Ende der neue Weltmeister befinden könnte, fällt schwer. Es wird sogar großmeisterlicher Überredungskünste bedürfen, um für das bevorstehende Halbfinale mit dem Sieger von Velden irgendwo in der Welt überhaupt einen Veranstalter zu finden.

JOACHIM NEANDER

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiele: 1. FC Köln – Leverkusen 4:1 (Tore: 1:0 Fischer/4., 2:0 Strack/9., 2:1 Ökland/32., 3:1 Fischer/60., 4:1 Neumann/69.). – Karlsruhe – Dortmund 2:0 (Tore: 1:0 Günther/20., 2:0 Günther/37.).

DIE TABELLE

Hamburg	28	15	11	2	64:28	41:15
Bremen	28	18	5	5	58:32	41:15
München	28	15	9	4	63:23	39:17
Stuttgart	27	15	7	5	64:34	37:17
Köln	28	14	8	6	60:35	36:20
Dortmund	28	15	5	8	64:43	35:21
K'lautern	28	12	11	5	47:33	35:21
Frankfurt	28	11	4	13	41:40	26:30
Nürnberg	28	10	6	12	38:55	26:30
Bochum	28	7	10	11	33:41	24:32
Düsseldorf	28	8	8	12	45:65	24:32
Bielefeld	27	9	5	13	36:57	23:31
Braunschw.	28	7	9	12	32:51	23:33
Gladbach	28	9	3	16	48:51	21:35
Leverkusen	28	6	8	14	32:58	20:36
Hertha BSC	28	5	9	14	35:48	19:37
Schalke	28	5	6	17	36:60	16:40
Karlsruhe	28	5	6	17	32:72	16:40

Englische Meisterschaft, Nachholspiele: Aston Villa – West Bromwich 1:0, Everton – Manchester United 2:0, Sunderland – Brighton 1:1.

HANDBALL

Vereinspokal, 2. Runde: TV Emsdetten – TBV Lemgo 22:21 (nach zwei Verlängerungen).

„Haftbedingungen für Deutsche erleichtert“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Zustand der acht in Libyen inhaftierten Deutschen ist, so der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Paschke, „den Umständen entsprechend gut“. Sie würden „korrekt“ behandelt. Paschke gab diese Darstellung, nachdem der Bonner Botschafter in Tripolis, Günter Held, erstmals für 30 Minuten mit den Festgenommenen persönlich gesprochen hatte.

Held hatte von „erleichterten Haftbedingungen“ für die acht gesprochen, nachdem sie in einem Privatgebäude in Tripolis zusammengelegt worden waren. Darin und in der sichergestellten ärztlichen Betreuung für zwei der Deutschen sieht das Auswärtige Amt einige der Zusagen als „erfüllt“ an, die dem Staatsminister Jürgen Möllemann von der libyschen Seite während seiner Sondermission am Wochenende gemacht worden waren.

Unterdessen hat die libysche Nachrichtenagentur Jana gemeldet, den Mitarbeitern deutscher Firmen werde unter anderem Spionage für den amerikanischen Geheimdienst CIA und andere Organisationen vorgeworfen. Im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Libyer in Bonn, die der Folterung von Landsleuten beschuldigt werden, hatte die libysche Botschaft dem Auswärtigen Amt eine Verbalnote übermittelt, in der die Freilassung der Angeklagten gefordert und gleichzeitig deutlich gemacht wird, daß Tripolis anderenfalls ähnlich gegen Deutsche vorgehen könnte.

Unabhängigkeit von Moskau betont

rtr, Belgrad

Die kommunistischen Parteichefs Jugoslawiens und Rumäniens, Mitja Ribicic und Nicolae Ceausescu, haben ihre Unabhängigkeit von der kommunistischen Führung in Moskau unterstrichen. Zum Abschluß ihres zweitägigen Treffens in Belgrad wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es unter anderem heißt: Grundlage der Beziehungen von kommunistischen Parteien und Staaten müßten Unabhängigkeit, Gleichheit und Nichteinmischung sein.

Ribicic und Ceausescu stellten sich mit dieser Erklärung in Widerspruch zur offiziellen Moskauer Linie, der „Breschnew-Doktrin“. Danach haben die kommunistischen Staaten in Europa nur eine begrenzte Souveränität.

Osthandel: Breuel gegen Erschwerung

rtr, Hamburg

Vor weiteren Einschränkungen im Osthandel, wie sie von der US-Regierung angestrebt werden, hat die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) gewarnt. In einem Interview der „Zeit“ vertrat Frau Breuel die Auffassung, „daß das, was die Amerikaner vorgeschlagen haben, mit Sicherheit falsch ist“. Wenn solche Einschränkungen etwa im Handel mit der „DDR“ zum Tragen kämen, wären allein in Niedersachsen mindestens 600 mittelständische Firmen betroffen und zur Reduzierung ihres Personals gezwungen. Der Osthandel könne „ein Sockel sein, auf dem auch Politik vernünftig gemacht werden kann“. Er werde sich allerdings erheblich verringern, falls er so erschwert werde, wie es die Amerikaner wünschten.

Möllemann soll für Landes-FDP auf Bonner Würden verzichten

Der Staatsminister will neuer Parteivorsitzender in Nordrhein-Westfalen werden

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der jüngste Brief an die Mitglieder seiner Partei ist eher allgemein und unscharf – deutlich wird Burkhard Hirsch nur in Fragen seiner Person: Er will nach nur knapp dreieinhalb Jahren nicht mehr Landesvorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen sein. Er räumt den Platz für den, der als „Spitzenrepräsentant“ die Liberalen 1985 wieder zurück in den Landtag führen soll.

Diese Wahl am kommenden Wochenende in Leverkusen läuft auf Jürgen Möllemann zu. Dem Votum sieht der Staatsminister im Auswärtigen Amt allerdings mit gemischten Gefühlen entgegen. Zwar hatte er sich schon seit langem um diese Position bemüht und war vor einem Jahr als Stellvertreter Hirschs bestimmt worden. Mit dem anderen Vize – Otto Graf Lambsdorff – hatte er faktisch die Geschicke des mit 24 000 Mitgliedern stärksten FDP-Landesverbandes entscheidend geprägt. Doch ist ihm die Enge des Düsseldorfer Postens im Gegensatz zur Weitläufigkeit seines Amtes bei Hans-Dietrich Genscher wohl bewußt.

Vor fünf Monaten noch formulierte er: „Wenn dieser berühmte Ruf an mich ergeht, bin ich bereit.“ Doch da ihm seine jetzige Aufgabe Spaß mache, sei er nicht beleidigt, wenn ein anderer die FDP wieder in den Landtag zu führen versuche.

Um diese Arbeit ist niemand zu beneiden. Denn die Liberalen hatten in der Vergangenheit kaum etwas ausgelassen, um sich ins parlamentarische Aus zu katapultieren:

Kurz vor der Landtagswahl 1980 mußte sie nach dem Sturz von Horst-Ludwig Riemer als Wirtschaftsminister auch einen neuen Landesvorsitzenden suchen – und fand diesen Riemer-Nachfolger in Hirsch. Doch dieser ließ sich nicht als Spitzenkandidat aufstellen, sondern bekundete schon früh seine Absicht, nach Bonn in den Bundestag zu gehen. Also mußte aus der Bundeshauptstadt die Vizepräsidentin des Parlaments und anerkannte Finanzexpertin Liselotte Funcke vor allem auf Genschers Drängen hin nach Düsseldorf kommen und die Spitzenkandidatur und das Wirtschaftsministerium übernehmen.

Das Gespann Hirsch/Funcke konnte die Polarisierung des Wahlkampfes um die Düsseldorfer Parlamentsplätze nicht verhindern. Die SPD hatte im Vorfeld der im Herbst folgenden Bundestagswahl die emotionsgeladene Parole „Krieg oder Frieden, Schmidt oder Strauß“ ausgegeben, und die FDP wurde zwischen den beiden großen Blöcken zermalmt. Ihr Ausscheiden bedeutete gleichzeitig das Ende der seit 1966 bestehenden SPD/FDP-Koalition in Düsseldorf, die auch einst zur sozial-liberalen Ära in Bonn den Weg geebnet hatte.

Sosehr die Liberalen darauf verweisen, ihr hätten damals doch nur etwas mehr als 1700 Stimmen bis zur Fünf-Prozent-Hürde gefehlt, so können sie doch nicht verschweigen, daß ihr Wählerpotential immer schmaler wurde.

Bei der Kommunalwahl 1979 sank ihr Anteil auf 6,5 Prozent, bei der Europa-Wahl in jenem Jahr erreichte sie sogar nur 5,8 Prozent. Und auch das Zweitstimmenergebnis mit schmeichelhaften 6,4 Prozent in NRW bei der Bundestagswahl am 6. März kann über die Katastrophe des Erststimmen-Anteils nicht hinwegtäuschen: nur 2,5 Prozent. Vielerorts, besonders im Ruhrgebiet, sind inzwischen die Grünen stärker als die Liberalen. Das Erststimmen-Ergebnis läßt für die Liberalen Böses ahnen: Denn bei den kommenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen gibt es kein Stimmen-Splitting.

Hirsch wurde nicht müde, die Partei auf diese mißlichen Tatbestände hinzuweisen – aber gefruchtet haben seine Warnungen kaum. Denn die Liberalen machten entweder Politik in Bonn – wie Hirsch – und kümmerten sich nicht um das Land, oder sie befehdeten sich in Personalquerelen.

Burkhard Hirsch zieht mit seinem Salto rückwärts – noch vor zwölf Monaten hatte er sich in Siegen für zwei Jahre in seinem Amt bestätigen lassen – die Konsequenzen. Denn seit Siegen war er zwischen Lambsdorff und Möllemann eingemauert. Er spürte, sagt er im Gespräch, daß ihm auch die Basis nicht mehr folgte.

Wie der neue Mann an der Spitze in Nordrhein-Westfalen agieren wird, hat er bisher noch nicht erklärt. Die Delegierten erwarten von Jürgen Möllemann am kommenden Samstag bei der Wahl aber eine richtungweisende Programmatik. Viele von ihnen verlangen auch, der Landesvorsitzende müsse seine Aufgaben vorwiegend im Lande sehen, Bonn aufgeben und sich auf die Aufgabe konzentrieren, die Liberalen 1985 wieder parlamentsfähig zu machen. Denn sie fühlen sich „als verwaiste Kinder“, wie es ein Delegierter formulierte.

Goodwill ist allenthalben vorhanden, und den Boden haben einzelne Bezirksverbände auch schon bereitet. Die Kölner hoben mit dem Facharzt Wilhelm Peter Winkler einen Verfechter des Bündnisses mit der CDU auf ihren Schild und nominierten ihn gleichzeitig zum aussichtsreichsten Kandidaten, den Stellvertreter-Platz von Möllemann einzunehmen. Winkler führt seit zehn Jahren die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln – er ist damit sozusagen der Nachfolger des Parteilinken Gerhart Rudolf Baum – und erreichte in seinem Kölner Wahlkreis am 6. März bei den jüngsten Bundestagswahlen mit 10,5 Prozent der Zweitstimmen das beste FDP-Ergebnis in Nordrhein-Westfalen.

Möllemann – und mit ihm natürlich Otto Graf Lambsdorff – scheinen die Garanten dafür zu sein, bei einem Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde das Bündnis zu schließen, das ein Ministerpräsident Franz Meyers (CDU) mit einem Willi Weyer 1965/1966 aushandelte und das dann doch nicht in die politische Praxis umgesetzt wurde. Die Grundlagen sind schon bei den Koalitionsverhandlungen von Bonn gelegt worden.

Deutsch-französischer Kampfhubschrauber?

Verbesserte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Allmählich gewinnt die vor einem halben Jahr zwischen Bonn und Paris vereinbarte feste Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik Umrisse. Das Projekt eines Kampfhubschraubers spielt dabei eine hervorragende Rolle.

Die Kooperation war beim 40. Gipfeltreffen seit Bestehen des deutsch-französischen Vertrages, zu dem Staatspräsident Mitterrand am 20. und 21. Oktober 1982 in Bonn war, zwischen ihm und Bundeskanzler Kohl beschlossen und in ersten Details zwischen den Außen- und Verteidigungsministern beider Länder besprochen worden. Seitdem ist dieses „Vierer-Gespräch“ institutionalisiert. Das nächste findet beim 41. Gipfeltreffen am 16. und 17. Mai in Paris statt.

Die Vorbereitungen dazu sind in beiden Hauptstädten in vollem Gange. Beauftragt damit ist ein „Lenkungsausschuß“, von dem verschiedene Arbeitsgruppen gesteuert werden. Sie befassen sich mit verschiedenen sicherheitspolitischen Fragen, so mit der Erörterung der Möglichkeiten zur Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften, mit dem Gedankenaustausch über sicherheitspolitische und militärstrategische Fragen sowie einer verbesserten Zusammenarbeit in Rüstungsfragen. Damit wird jetzt nach 20 Jahren konkretisiert, was der Elysée-Vertrag von 1963 zum Ziel hatte, nämlich „auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik ... zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen“. Mitterrand äußerte vor Journalisten am 22. Oktober 1982 in Bonn den „Gedanken, daß die spezifisch deutschen Sicherheitsprobleme, die von Frankreich abhängen, im voraus von Deutschland und Frankreich geprüft werden müssen“.

Seitdem sind die Experten beider Regierungen tätig. Aus den ersten Erfahrungen, die sie dabei machen, geht hervor, daß sich inzwischen in allen Gremien eine Atmosphäre des Vertrauens zu entwikkeln begonnen hat, in der Ungeduld und der Ruf nach schnellen Ergebnissen hinderlich wären. Schon jetzt aber ist beiden Seiten klar geworden, daß man in Bonn und Paris die Grundfragen der nationalen Sicherheit, die für die Bundesrepublik Deutschland wie Frankreich und deren Verbündete ganz wesentlich durch die sowjetische Politik beeinflußt werden, mit großer Übereinstimmung beurteilt. So gibt es keine Differenzen über den expansionistischen Charakter der Sowjetunion, Moskaus Militärstrategie wird ähnlich gedeutet.

Die Tendenz der gemeinsamen Beurteilung hatte der Leiter des Planungsstabes des Bonner Auswärtigen Amtes bereits im Herbst 1982 angedeutet. In einem Vortrag am 26. Oktober in Paris sagte er: „Die von der sowjetischen Überrüstung ausgehende Drohung ist nicht nur militärisch. Sie ist auch und noch akuter politisch-psychologisch. Die sowjetischen Waffen sollen einen politischen Schatten werfen, und in der Tat: sie werfen diesen Schatten über Europa.“

In der Arbeitsgruppe, die die Rüstungskooperation erörtert, spielt das Projekt eines Hubschraubers für Kampfaufgaben eine große Rolle. Bislang ist völlig offen, ob es letztlich zu einer Vereinbarung darüber kommen wird. Doch in Bonn und Paris weiß man nach dem vergeblichen Bemühen zum gemeinsamen Bau eines deutsch-französischen Panzers den „Symbolgehalt“ eines größeren gemeinsamen Rüstungsprojekts für Einvernehmen in der Sicherheitspolitik besser zu wägen. Es heißt deshalb, daß beide Seiten willens seien, für das höhere Ziel der Gemeinsamkeit individuelle Wünsche an die Fähigkeiten eines derartigen Waffensystems zurückzustellen. Bonn ist vornehmlich an der Entwicklung eines Panzerabwehrhubschraubers mit Nachtkampffähigkeit interessiert; Paris sieht für ihn noch weitere Aufgaben. Die Franzosen interessiert ein regelrechter „Kampfhubschrauber“ zur Ausrüstung einer hochmobilen Kavallerie-Division, die dem amerikanischen Vorbild ähnlich sein soll.

Washington weist zwei kubanische Diplomaten aus

SAD, New York

Die US-Regierung hat zwei Mitarbeiter der diplomatischen Mission Kubas bei den Vereinten Nationen wegen Spionagetätigkeit ausgewiesen.

Die beiden Kubaner hätten „in dreister Verletzung ihres Status bei den Vereinten Nationen feindselige Nachrichtentätigkeit in den USA betrieben“, sagte Alan Romberg, ein Sprecher des State Department in Washington. Bei den Ausgewiesenen handelt es sich um Ramon Salup Canto, dritter Sekretär der kubanischen Mission in New York und den Attaché Joaquin Rodobaldo Pento Cejas. Ihnen wurde aufgetragen, innerhalb von 48 Stunden das Land zu verlassen.

Seit 1981 sind damit fünf Kubaner ausgewiesen worden. Einer von ihnen soll Chef des kubanischen Nachrichtendienstes in New York gewesen sein.

Wie der Sprecher der amerikanischen UNO-Botschaft, Joel Blokker, sagte, hätten Salup und Pento das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den USA als Gastland „mißbraucht“.

Die kubanische Botschaft protestierte in einem Schreiben an die US-Regierung und wies die amerikanischen Behauptungen „nachdrücklich“ zurück.

Shultz hält an Nahost-Reise fest

rtr/AFP, Washington

Der amerikanische Außenminister George Shultz will trotz des Sprengstoffattentats auf die amerikanische Botschaft in Beirut an seinem geplanten Libanon-Besuch festhalten. Nach seiner Rückkehr aus Mexiko erklärte Shultz in Washington: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß es eine gute Idee ist, bald in den Nahen Osten zu reisen, da es so aussieht, als ob es sich lohnen wird.“ Über den „günstigsten Zeitpunkt“ sei schwer zu entscheiden. Aber Washington habe „sehr kompetente“ Unterhändler nach Libanon entsandt, denen die Lage sehr gut bekannt sei. Shultz betonte, daß er über seine Reisepläne ausführlich mit Präsident Reagan sprechen werde: „Der Präsident wird entscheiden.“

Bei dem Anschlag auf die amerikanische Botschaft waren am Montag mindestens 37 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Weitere 48 werden immer noch vermißt.

Sparkassen-Wahl abgesagt

Nea. Mainz

Die Verbandsversammlung des rheinland-pfälzischen Sparkassen- und Giroverbandes hat die für gestern anberaumte Wahl eines hauptamtlichen Präsidenten kurzfristig wieder von der Tagesordnung abgesetzt. Obwohl offiziell keine Begründung dafür gegeben wurde, gilt es als sicher, daß der Grund in der heftigen öffentlichen Kritik an der geplanten Wahl zu suchen ist (WELT vom 20. April). Vor allem SPD und FDP sowie der rheinland-pfälzische Städteverband hatten gerügt, daß das neugeschaffene Amt allzu eilig besetzt (das entsprechende Gesetz tritt erst am 1. Juli in Kraft) und finanziell zu üppig ausgestattet werde. Kandidat war der bisherige Landrat des Kreises Trier-Saarburg, Braun-Friderici. Ein neuer Wahltermin ist noch nicht festgelegt.

Dregger stärkt Blüm den Rücken

Für Einvernehmen über künftige Struktur der Rentenversicherung / Angebot der SPD

GISELA REINERS, Bonn

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Alfred Dregger, hat gestern in einem Brief Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) Unterstützung zugesagt für dessen Bemühen, „Einvernehmen über die künftige Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung zu erzielen“. Dregger schreibt: „Auch ich halte es für dringend geboten, die unvermeidliche Reform der gesetzlichen Rentenversicherung aus der parteipolitischen Kontroverse herauszuhalten.“ Nach jüngsten Erklärungen aus der Opposition bestehe Anlaß zu der Hoffnung, „einen breiten politischen Konsens“ über Gestaltung und Harmonisierung der Alterssicherungssysteme zu erreichen.

Diesem Brief vorausgegangen war ein Kooperationsangebot der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Anke Fuchs, um „sicherzustellen, daß die soziale Sicherung ... in ihrer Substanz erhalten bleibt“. Frau Fuchs hatte im Pressedienst Äußerungen der FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer kritisiert. Die FDP beabsichtige, die „von CDU und SPD geschaffene Lebensstandardrente zu zerstören, indem wesentliche Teile der sozialen Sicherung aus der Solidargemeinschaft herausgelöst und der Privatversicherung ausgeliefert werden sollen“.

Dieses Angebot, so Frau Fuchs, sei jedoch kein Freibrief. Als Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit nannte sie die Erhaltung der Lohnersatzfunktion der Rente (FDP-Pläne für eine Grundrente seien abzulehnen); Teilhabe der Rentner an der wirtschaftlichen Entwicklung; eine sozial ausgewogene Verteilung der Lasten im Zuge des sich verschlechternden Verhältnisses zwischen Rentnern und Beitragzahlern; die Absicherung der Rentenversicherung gegen Konjunkturschwankungen und eine Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme. Der Sprecher für Arbeit und Soziales der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Klaus Hartmann, hatte dieses Angebot von Frau Fuchs als Versuch gewertet, „einen Keil zwischen die Koalitionsparteien zu treiben“. Die CSU-Landesgruppe werde Blüm bei seinen Bemühungen unterstützen, die Rentenreform so zügig abzuwickeln, daß auf eine nochmalige Verschiebung der Rentenanpassung verzichtet werden könne.

Der Arbeitsminister, der deutlich unter den Druck der Finanzpolitiker in den eigenen Reihen und in der FDP geraten war, erhält offenbar jetzt Rückenstärkung. Möglicherweise hat er diese auch herausgefordert durch den Hinweis auf das Kooperationsangebot der SPD-Fraktion, mit deren Hilfe er schlimmstenfalls seine Reformvorstellungen im Bundestag durchsetzen könne.

Hinzu kommt, daß das SPD-regierte Hessen der Bundesregierung den Rang abzulaufen droht mit der Einführung einer Vorruhestandsregelung, die Arbeitnehmern schon mit 58 Jahren den Ruhestand ermöglichen soll. In einem Gesetzentwurf werden den „Tarifrentnern“ 75 Prozent des letzten Nettoentgeltes zugesprochen, von denen zwei Drittel die Arbeitslosenversicherung tragen soll. Das Haus Blüm denkt nur an 68 Prozent, davon die Hälfte aus Nürnberg.

CIA-Mann unter Toten

Anschlag von Beirut / Syrien beschuldigt Israel

dpa/DW. Beirut

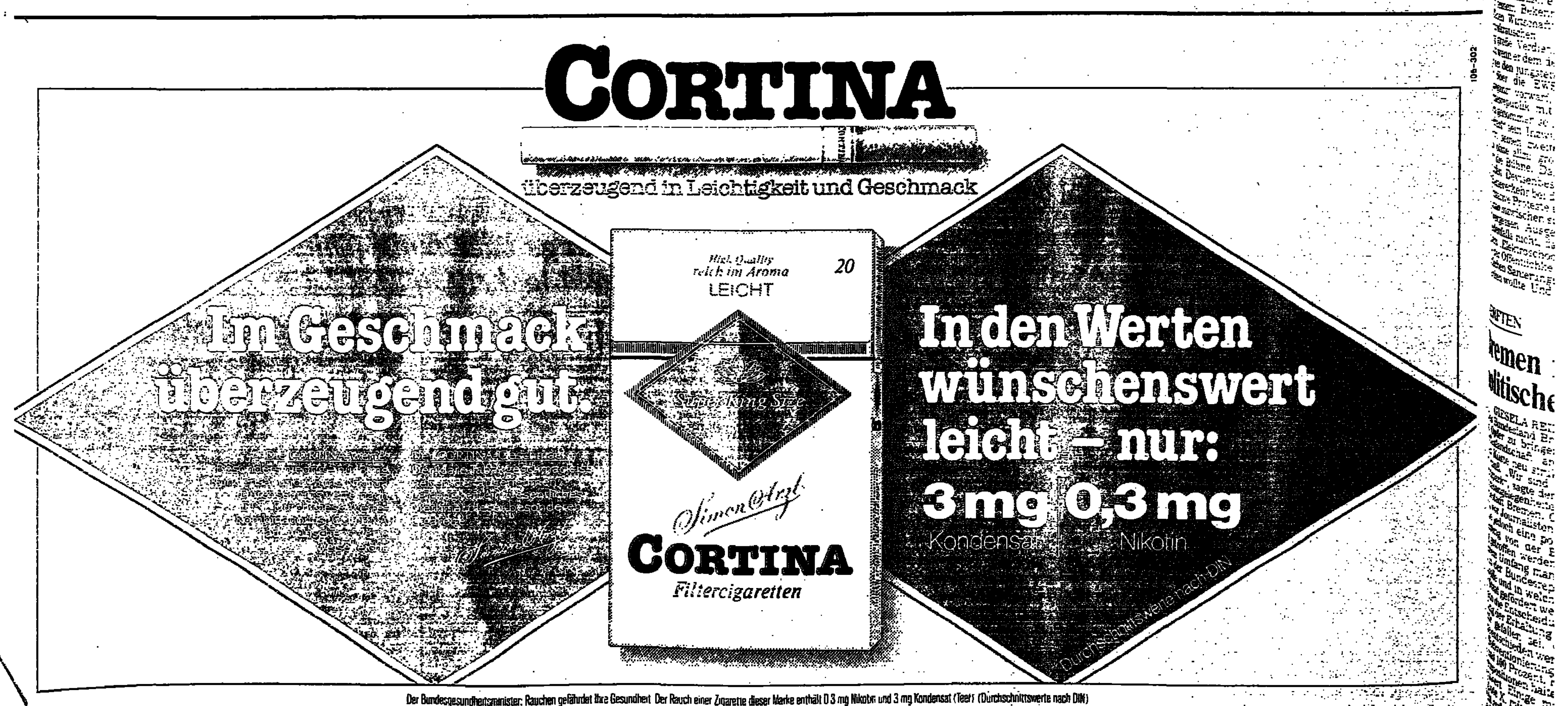
Die Zahl der Toten und Verletzten des Attentats auf die US-Botschaft in Beirut ist gestern auf 60 gestiegen. Ein Botschaftssprecher sagte, unter den Opfern befänden sich neun Amerikaner, acht weitere würden vermißt und seien vermutlich tot. Auch ein hoher Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Robert C. Ames, wurde getötet. Ames war Nahost-Spezialist und befand sich auf einer Reise durch verschiedene arabische Hauptstädte.

Unter dem Botschaftspersonal libanesischer Staatsangehörigkeit habe es 15 Tote gegeben. 17 seien noch vermißt. Bei dem Rest der Toten und Vermißten handelt es sich um Menschen, die sich zum Zeitpunkt des Anschlags auf der Strandpromenade vor dem Gebäude oder als Besucher in der Botschaft aufgehalten haben.

US-Botschafter Robert Dillon dementierte Berichte einer libanesischen Presseagentur, daß das Attentat dem amerikanischen Nahost-Vermittler Philip Habib gegolten habe. Habib sei zum Zeitpunkt des Anschlages nicht in der Botschaft erwartet worden, sagte Dillon.

Nach Ansicht des israelischen Außenministers Izchak Shamir hat der Bombenanschlag von Beirut die „Notwendigkeit strenger Sicherheitsvorkehrungen in Süd-Libanon“ unter Beweis gestellt. In einem langen Gespräch mit Habib erklärte Shamir ferner, das Attentat sollte Israel, Libanon und die USA dazu anspornen, ihre Verhandlungen so rasch wie möglich abzuschließen. Die 33. Runde dieser Gespräche, die auf einen Abzug aller fremden Streitkräfte aus Libanon abzielen, ist für heute wieder nach Chalde südlich von Beirut einberufen worden. Die unabhängige israelische Zeitung „Maariv“ berichtete unter Berufung auf „westliche Quellen“, Syrien habe ein „Selbstmordkommando“ aus iranischen Freischärlern beauftragt, durch Anschläge wie den auf die US-Botschaft die Libanon-Verhandlungen zu torpedieren.

Die gesamte syrische Presse hat Israel die Schuld an dem Bombenanschlag auf die amerikanische Botschaft in Beirut gegeben.



Probleme an der Theke

JB. – Die Verwaltung der Bavaria- und St.-Pauli-Brauerei AG, Hamburg, wird es nicht leicht haben, den freien Aktionären die Halbierung der Dividende für 1982 zu erklären. Immerhin hatte die Brauerei erst im letzten Sommer die Anteilseigner mit einer Kapitalerhöhung zur Kasse gebeten. Wenn unmittelbar darauf die Dividende gesenkt wird, so ist das aus Sicht der Kleinaktionäre ein Skandal.

Daran ändert auch nichts, daß zwingende Gründe vorlagen. Die Brauerei ist in der Flaute das Opfer einer überzogenen Absatzstrategie geworden, die sich mehr an den ehrgeizigen Plänen des Vorstands ausrichtete, näher an den übermächtigen Konkurrenten Holsten heranzurücken, als an den Erfordernissen des schwierigen Biermarktes.

Dies gilt vor allem für den Gastronomiebereich, in dem Bavaria besondere Aggressivität an den Tag legte. Die von der Konjunktur erzwungene Abstinenz vieler Kneipenbesucher hat nun erheblichen Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen aus diesem Bereich aufgedeckt. Der Aufsichtsrat stand deshalb vor der Wahl, die Dividende zu kürzen und den Gewinn zur Abdeckung von Risiken zu verwenden oder Substanz auszuschütten.

Unter dem Aspekt kaufmännischer Sorgfalt ist der erste Weg sicher der richtige. Für den ohnehin auffrischungsbedürftigen Vorstand sind damit die Probleme freilich nicht aus der Welt. Er wird einmal erklären müssen, wie es möglich ist, daß sich von ihm unbemerkt ein Wertberichtigungsbedarf ansammelt, den Insider inzwischen auf mehr als 10 Millionen Mark schätzen. Zum anderen muß er beweisen, daß er nicht nur in guten Zeiten Hektoliter dazugewinnen, sondern in schlechten Zeiten auch halten kann.

Goldene Nase

dos – Den Ärger, den Rido Busse sich seit nunmehr sechs Jahren jeweils zur Hannover-Messe durch die Verleihung des „Plagiarius" einhandelt, nimmt er gern in Kauf. Der „schwarze Gartenzwerg mit goldener Nase, die er sich durch Abkupfern verdient hat", gehört nämlich zu den wenig wirkungsvollen Instrumenten, um geistigem Diebstahl zu begegnen. Auch 1982 wieder hat der Ideenklau sein Unwesen getrieben, wie die Gegenüberstellung von Original-Produkten und dem äußeren Anschein nach durchaus gelungenen Nachbildungen beweist. Über insgesamt 50 Einsendungen hatte die Jury zu befinden, von der Küchenwaage über Thermoskannen und andere Gebrauchsartikel bis hin zum Omnibus, bei dem der Imitator die Details so exakt übernahm, daß er die Ersatzteile beim Original-Hersteller nachbestellen konnte. Die Häufung solcher Fälle veranlaßte die „Plagiarius"-Jury, nicht nur die üblichen drei „Gewinner" zu ermitteln, sondern zusätzlich neun dieser wenig ehrenvollen Auszeichnungen zu verleihen.

USA / Regierungsexperten halten Maßnahmen gegen Finanzkrise für unnötig

Konjunkturerholung soll weltweites Schuldenproblem automatisch lösen

H.-A. SIEBERT, Washington

In der amerikanischen Hauptstadt machen Einzelheiten einer geheimen Studie die Runde, die von Präsident Reagan über seinen Sicherheitsberater William Clark in Auftrag gegeben worden ist. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Finanzkrise in vielen Ländern durch die wirtschaftliche Erholung in den Industrienationen sozusagen automatisch gelöst wird. Deshalb seien weitere Rettungsmaßnahmen, zum Beispiel durch eine zusätzliche Mittelaufstockung des Internationalen Währungsfonds (IWF), nicht erforderlich, heißt es darin.

Eine ganz andere Auffassung vertritt nicht nur die Weltbank, deren Präsident A. W. Clausen gerade erst in Bonn erklärt hat, ein konjunktureller Aufschwung allein beschleunige noch nicht das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern. Auch die Central Intelligence Agency und der nationale Sicherheitsrat in Washington teilen nicht den Optimismus der übrigen Reagan-Administration. Nach einem Bericht der New York Times sehen sie das große Risiko im Schuldendienst und schließen nicht aus, daß die Finanzkrise auch bei einer „ziemlich starken" weltwirtschaftlichen Erholung in den kommenden zwölf bis 18 Monaten aus dem Ruder laufen kann.

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird das Weiße Haus seine Verhandlungsposition in Williamsburg auf die positiven Aussagen der Studie stützen, die den Titel „Stellungnahme zur internationalen Verschuldungssituation – eine politische Übersicht" trägt. Erarbeitet wurde sie von vier Arbeitsgruppen mit den Schwerpunkten politische und Sicherheitsüberlegungen, Auswirkungen alternativer Verschuldungsszenarios auf die US-Wirtschaft, Handel und Handelspolitik sowie alternative Vorschläge. Benutzt wurde ein ökonometrisches Computermodell der OECD, das die Interdependenz weltwirtschaftlicher Sektoren berücksichtigt.

Die Schlüsselaussage der Studie besteht darin, daß die mittelfristigen Aussichten für eine Verbesserung der Finanzsituation der Schuldnerländer „durchaus gut" sind. Vorausgesetzt wird jedoch eine wirtschaftliche Wachstumsrate in den Industriestaaten, die in den kommenden Jahren durchschnittlich 4,2 Prozent (real) ausmacht. Im OECD-Bereich halten Fachleute ein solches Plus außerhalb der USA für völlig unrealistisch.

Analysiert werden weitere drei Szenarios. So kann das Verschuldungsproblem nicht gelöst werden, wenn die Wirtschaft in den Industrieländern stagniert oder jährlich nur um 1,5 Prozent wächst. Was dann droht, ist die Zahlungsunfähigkeit. Falls die Schuldner rigide Anpassungsprogramme und Rückzahlungsauflagen verweigern, entsteht schon 1984 eine explosive Krise. Eine Reinflationierung wiederum würde alle Stabilitätsfortschritte beseitigen und 1987/88 weltweit zu doppelstelligen Inflationsraten führen.

Kritiker der Studie empfehlen der Reagan-Administration, auf dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg aus Sicherheitsgründen auf Schutznetze hinzuarbeiten. Genannt werden eine Aufstockung der Entwicklungshilfe, neue kommerzielle Kredite und ein Abbau der amerikanischen Zinsen, die wegen ihrer Bedeutung auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten das Refinanzierungspotential der Schuldner bestimmen. Niedrigere Realzinsen in den USA hängen von einer Reduzierung der Rekordhaushaltsdefizite ab.

Hier sieht es aber düster aus. In einem ungewöhnlichen Memorandum hat Präsident Reagans Haushaltsdirektor David Stockman jetzt davor gewarnt, daß „das Nichtzustandekommen eines Budgetkompromisses die wirtschaftliche Erholung in den nächsten zwei Jahren abwürgen und auf lange Sicht zu Defiziten über 200 Milliarden Dollar jährlich führen kann". Nach dem Repräsentantenhaus wird vermutlich auch der Senat den Reagan-Haushalt für 1984 zurückweisen. Zu befürchten sind noch höhere Ausgaben.

Den gegenwärtigen Zinstrend umkehren kann auch die sich in Washington zuspitzende Diskussion über den Verbleib von Paul A. Volcker als „Fed"-Chef. Gegen eine im August fällige Vertragsverlängerung um vier Jahre plädiert offensichtlich die Mehrheit der Reagan-Berater. Auf Volckers Konto geht die Eindämmung der Inflation, aber auch die rezessionsbedingte hohe Arbeitslosigkeit. Seine Ablösung würde an den Finanzmärkten mit Sicherheit neue Stabilitätsängste auslösen.

HANNOVER-MESSE

Gestärkte Zuversicht, aber Warnung vor Euphorie

D. SCHMIDT, Hannover

Die Hannover-Messe '83, die gestern nach achttägiger Dauer ihre Tore geschlossen hat, wird als „Messe der gestärkten Zuversicht" in die Annalen des Veranstalters eingehen. Wohlweislich werden im Abschlußbericht Superlative vermieden, denn eine kurzfristige Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung ist – trotz der Rekordergebnisse auf der Messe selbst – unwahrscheinlich.

So fehlte auch nicht die Warnung vor allzu überschwenglicher Euphorie. Andererseits aber haben sich die Prognosen für eine Belebung im Inland gefestigt. Diesen Schluß läßt eine Ausstellerbefragung zu, die nicht nur auf das Stimmungsbild zielte, sondern ganz konkret die auf der Messe gewonnenen Erkenntnisse miteinbezog.

Die bereits zu Beginn der Messe relativ hohen Erwartungen sind in weiten Teilen noch übertroffen worden. Das Angebot der über 6000 Firmen aus 47 Ländern hat nach vorläufigen Angaben 640 000 Besucher auf das Gelände unter dem Hermes-Turm gelockt, ein Ergebnis, wie es seit dem Wirtschaftsboom Ende der 60er Jahre nicht erreicht wurde. Wesentlichen Anteil daran hat der erneut kräftig gestiegene Besuch von Fachleuten vor allem aus dem Ausland.

Messe-Vorstandschef Claus Groth schätzt, daß rund 50 000 Fachbesucher mehr als im Vorjahr den Weg zum Messegelände fanden. Bemerkenswert stark habe sich das Messegeschäft dort entwickelt, wo neben der Informations- und Kontaktfunktion auch die Orderfunktion mit im Vordergrund stand.

Nahezu alle Ausstellergruppen in Hannover schätzen die wirtschaftliche Situation der eigenen Branche günstiger ein als noch zu Messebeginn. Dies gilt mit Blick auf den Inlandsmarkt auch für die Absatzaussichten des jeweiligen Unternehmens, während das Exportgeschäft weiter zurückhaltend beurteilt wird.

Davon betroffen ist vor allem der Maschinen- und Anlagenbau, der im starken Maße von Auslandslieferungen abhängig ist. Die Branche erkennt zwar – ausgehend von den USA – eine „erste leichte Bewegung"; die Impulse reichten aber noch nicht für eine durchgreifende Wende aus.

Von einem steigenden Investitionswillen berichten Elektronik und Elektrotechnik. Dort verstärkt sich die Zuversicht, daß im gesamten Jahr 1983 doch noch ein realer Produktionszuwachs erreicht wird. Lediglich die elektrische Energietechnik fällt von dem insgesamt positiven Branchenbild etwas ab. Die schon im Vorjahr konjunkturstabilisierende Büro- und Informationstechnik wird diese Rolle aller Voraussicht nach 1983 in noch stärkerem Maße übernehmen. In den Cebit-Hallen kam es zu zahlreichen Geschäftsabschlüssen auch mit ausländischen Kunden.

Längst angelaufen sind die Vorbereitungen für die Hannover-Messe 1984 (4. bis 11. April). Im Mittelpunkt wird dann die Fachmesse „Energie" stehen. Mit teilweise neuen Strukturen soll die Messe noch ausstellerfreundlicher gemacht werden.

Ansatz zum Realismus

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das vor einem Monat von Staatspräsident Mitterrand ernannte dritte Kabinett Mauroy erscheint, an seinen wirtschaftspolitischen Erklärungen gemessen, realistischer als die beiden ersten Regierungen der sozialistisch-kommunistischen Koalition. Selbst Pierre Mauroy verleiht neuerdings seinen ideologischen Vorstellungen von der Ökonomie weniger Ausdruck. Die von ihm noch Anfang März proklamierte „andere Logik" wurde inzwischen zu den Akten gelegt.

Dies ist schon einiges wert, wenn man bedenkt, daß der Premierminister auf eine Parlamentsmehrheit Rücksicht nehmen muß, die immer noch zu einem guten Teil aus wirtschafts- und sozialpolitischen Utopisten besteht. So sprach sich jetzt der Präsident der Finanzkommission der französischen Nationalversammlung, Christian Goux, für eine Rückkehr zum Preisstopp und eine „echte Importpolitik" unter Einschluß protektionistischer Maßnahmen gegenüber nicht notwendigen Waren aus.

Aber mehr kommt es auf die Chefs der Wirtschaftsressorts an. Das ist in erster Linie Jacques Delors, dem außer seinem bisherigen Ministerium für Wirtschaft und Finanzen auch das für das Budget anvertraut wurde. Als Superminister und Nummer zwei in der Kabinettsrangliste hält er praktisch alle Fäden der Konjunktur-, Währungs- und Fiskalpolitik in der Hand. Darüber hinaus besitzt er internationale Reputation.

Bereits in den letzten eineinhalb Jahren hat sich Delors mit seinem Widerstand gegen zu weitgehende sozialistische Experimente und seinem Bekenntnis zu einer „offenen Wirtschaft" trotz seiner technokratischen Grundeinstellung große Verdienste erworben. Auch wenn er dem deutschen Partner bei den jüngsten Verhandlungen über die EWS-Bereinigung „Arroganz" vorwarf, so dürfte die Bundesrepublik mit ihm alles in allem genommen so schlecht nicht „bedient" sein. Inzwischen brachte Delors seinen zweiten Austerity-Plan ohne allzu große Abstriche über die Bühne. Daß er mit den scharfen Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr bei den Franzosen auf massive Proteste gestoßen war, hat man inzwischen schon fast wieder vergessen. Ausgeschlossen ist es jedenfalls nicht, daß Delors mit diesem „Elektroschock" das Interesse der Öffentlichkeit von den eigentlichen Sanierungsmaßnahmen ablenken wollte. Und die gehen für französische Verhältnisse doch sehr weit.

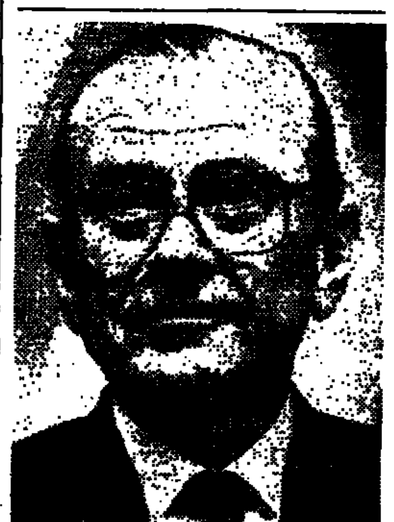
Für diesen Plan mitverantwortlich zeichnet der neue Industrie- und Forschungsminister Laurent Fabius, der den dirigistischen Nationalisierungspolitiker Jean-Pierre Chevénement in diesem für die wirtschaftliche Zukunft Frankreichs sehr wichtigen Ressort ablöste. Der ehemalige Budgetminister hatte sich zwar mit seiner wenig ertragreichen Vermögenssteuer wenig Ruhm erworben. Aber wenn die Budgetdefizite schon seit Mitte 1982 stabilisiert werden konnten, so war das nicht zuletzt seinen Sparmaßnahmen zu verdanken. In seiner neuen Funktion debütierte Fabius mit der Erklärung, daß für ihn die Privatwirtschaft einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen mindestens ebenso wichtig sei wie der staatliche Industriesektor. Der Staat dürfe sich künftig nicht mehr in alle Unternehmensbelange einmischen.

Aber auch der Handel kann mit der Regierungsumbildung zufrieden sein. Der dafür zuständige Minister Michel Crepeau hat dem Neo-Poujadismus seines doktrinären Vorgängers Delelis inzwischen eine klare Absage erteilt. Insbesondere will er den 1981 verschärften Genehmigungszwang für Großflächengeschäfte wesentlich lockern.

Liberaler als ihr Amtsvorgänger Michel Jobert äußerte sich auch Madame Edith Cresson als Außenhandelsministerin. Hat sie doch die baldige Aufhebung der Zoll-Schikanen von Poitiers angekündigt. Wie weit Madame Cresson und die anderen Minister den Protektionismus abbauen werden, bleibt allerdings erst noch abzuwarten.

Die vielleicht größte Hoffnung dürfte man außer auf Delors auf den neuen Landwirtschaftsminister Michel Rocard setzen, der zunächst einmal bei den französischen Bauern gut angekommen ist. In diesem innenpolitisch höchst wichtigen Ressort kann der eingefleischte Sozialdemokrat, dessen wirtschaftliche Vorstellungen den deutschen wohl am nächsten kommen, durchaus eine Statur erlangen, die ihn für höhere Ämter einschließlich dem des Staatspräsidenten prädestiniert. Gewiß, die schwierige Hypothek bisheriger sozialistischer Reformen vermag die neue Regierungsmannschaft nicht zu löschen. Aber wenn es ihr gelänge, das Mißtrauen der Wirtschaft gegenüber ihrer Politik abzubauen, so wäre schon viel gewonnen. Auf diesem mühsamen Weg wurden jetzt die ersten Schritte gemacht.

AUF EIN WORT



„Die Subvention des deutschen Kohlebergbaus führt zunehmend zu einer prekären Lage in den stromverbrauchenden Nachfolgeindustrien; wenn diese das Handtuch werfen, geht das auch zu Lasten der Arbeitsplätze im Kohlebergbau."

Karl Gustaf Ratjen, Vorsitzender des Vorstands der Metallgesellschaft AG. FOTO: WOLFGANG WEHS

US-Zinsen und Dollar gestiegen

cd. Frankfurt

Der Dollar hat gestern seine Aufwärtsbewegung fortgesetzt und mit 2,4595 (Vortag: 2,4503) DM den höchsten amtlichen Kurs seit dem 7. Februar erreicht. Nachmittags streifte der Kurs sogar die Marke von 2,4650 DM. Interventionen der Bundesbank an und außerhalb der Börse machten auf den Markt keinen großen Eindruck. Der höhere Dollarkurs ist Reflex des besonders am langen Ende des US-Kapitalmarktes am Dienstag eingetretenen Zinsanstiegs. Darin spiegelt sich einmal die Angst vor einer Wiederbeschleunigung der Inflation, wenn Notenbankchef Volcker durch einen Präsident Reagan genehmeren Nachfolger ersetzt werden sollte, zum anderen wurde der Markt durch die Diskussion um das Budgetdefizit und die erwartete starke Mittelaufnahme des Schatzamtes beunruhigt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Agrarpreis-Verhandlungen scheinen vorerst blockiert

WILHELM HADLER, Brüssel

Weitgehend blockiert erschienen gestern die Verhandlungen über die europäischen Agrarpreise, als die Landwirtschaftsminister der EG am späten Nachmittag zu einer neuen Beratungsrunde in Luxemburg zusammenkamen. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle hatte am Morgen an einer Kabinettssitzung in Bonn teilgenommen und sich politische Rückenstärkung für seine bisherige Verhandlungsführung geholt. Ausdrücklich bestätigte das Kabinett dabei, daß den deutschen Landwirten keine Einkommensnachteile aus der jüngsten DM-Aufwertung entstehen dürften.

Vor diesem Hintergrund war schwer zu sehen, wie sich die Forderung der EG-Partner nach einer kräftigen Senkung des deutschen Währungsausgleichs durchsetzen ließe, die sich als wichtigstes Hindernis für einen politischen Kompromiß herausgestellt hat. Frankreichs neuer Landwirtschaftsminister Michel Rocard verlangte einen Abbau der Einfuhrabgaben und Ausfuhrsubventionen von gegenwärtig 13 Prozent um 4,9 Prozent. Da die Kommission bislang nur eine durchschnittliche Aufbesserung der Garantiepreise um 4,2 Prozent (in Ecu) vorgesehen hat, kommt dieser Vorschlag nicht nur einer realen, sondern sogar einer nominalen Preissenkung gleich.

Ein erster Kompromißvorschlag war in der Nacht zum Mittwoch gescheitert. Deshalb beauftragten die Minister die Kommission, sich ihrerseits Gedanken über einen Ausweg aus der Verhandlungssackgasse zu machen. Die Präsidentschaft sah sich im ersten Anlauf überfordert, überhaupt zu allen strittigen Fragen Einigungsvorschläge zu unterbreiten. Auch für die Kommission ist der Verhandlungsspielraum sehr gering. Sie muß nicht zuletzt auch die Kosten und die handelspolitischen Probleme im Auge haben, die jede Anhebung der Erzeugerpereise zur Folge hat.

GROSSBRITANNIEN

Kohl sucht Abstimmung für den Wirtschafts-Gipfel

WILHELM FURLER, London

Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinen Ministern Genscher, Stoltenberg, Lambsdorff, Blüm und Wörner heute und morgen in London dient in erster Linie der Abstimmung internationaler Konferenzen, die in den nächsten Wochen und Monaten anstehen. Dazu zählen vor allem der Wirtschaftsgipfel im amerikanischen Williamsburg vom 28. bis 30. Mai, die Tagung des Europäischen Rates am 6. und 7. Juni in Stuttgart sowie die Unctad-Konferenz Mitte des Jahres.

Sowohl Helmut Kohl als auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher setzen sich dafür ein, daß in Williamsburg die Signale des wirtschaftlichen Vertrauens verstärkt werden sollen und daß zunehmenden protektionistischen Tendenzen entschiedener begegnet werden muß. In diesen beiden Fragen wollen sich Bonn und London möglichst eng abstimmen.

Einig sind sich die beiden Regierungschefs auch darüber, daß die westlichen Industrieländer im Währungsbereich enger zusammenarbeiten müssen. Ihrer Ansicht nach gilt dies insbesondere für die USA, die dazu gedrängt werden sollen, stärker an den Devisenmärkten zu intervenieren. Weitere Punkte, wo sich die deutsche und die britische Regierung so weit wie möglich in ihren Ansichten angleichen wollen, betreffen den Stillstand im Nord-Süd-Dialog sowie die alarmierende Zunahme der Verschuldung von Ländern der Dritten Welt.

Bereits für Stuttgart soll schon jetzt in London auf besonderen Wunsch von Kanzler Kohl das Thema Jugend-Arbeitslosigkeit behandelt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Produktion nimmt wieder zu

Brüssel (dpa/VWD) – Nach drei Jahren zurückgehender Industrieproduktion in der EG ist erstmals wieder im Januar 1983 ein Anstieg registriert worden. Nach Angaben der EG-Kommission in Brüssel liegen zwar noch keine vollständigen Daten aus den Mitgliedsländern vor, insgesamt sei jedoch eine deutliche Belebung festzustellen. Im Gesamtjahr 1982 ging die EG-Industrieproduktion um 1,6 Prozent zurück. In den beiden vorangegangenen Jahren betrug der Rückgang 2,2 beziehungsweise 0,9 Prozent.

Mehr Teilzeitarbeit?

Berlin (Wz.) – Für 1983 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Jahresdurchschnitt mit 2,3 bis 2,4 Millionen Arbeitslosen. Gleichzeitig werden voraussichtlich die Durchschnittseinkommen je Beschäftigten um etwas über drei Prozent, die gesamte Lohn- und Gehaltssumme (brutto) aber nur um mehr als ein Prozent zunehmen. Zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit reiche das wirtschaftliche Wachstum nicht aus, daher seien vielfältige, längerfristig angelegte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen notwendig, meint das Berliner Institut. Vorrangig hält daher das Institut eine Verkürzung der Arbeitszeit, besonders ein größeres Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen für notwendig.

Zinsen sinken noch

Frankfurt (cd.) – Einen Zinsrückgang für zehnjährige Rentenwerte auf etwa sieben Prozent bis zum Jahresende erwartet der Frankfurter Bankier Karl-Oskar Koenigs (Metzler-Bank). Er befürchtet allerdings danach einen Wiederanstieg, wenn 1984 ein nachhaltiger Konjunkturaufschwung auch die Investitionsgüterindustrie erfaßt, wofür die Zeichen seiner Auffassung nach nicht ungünstig sind. Am Aktienmarkt sollte man, so Koenigs, nur noch Werte kaufen, deren Preise fundamental untermauert sind, auch wenn die Kurse optisch hoch erscheinen.

Dollaranleihe

Frankfurt (cd.) – Die DG Bank Finance Company BV, Amsterdam, begibt über ein Konsortium unter Führung ihrer Frankfurter Muttergesellschaft, der DG Bank, eine elfprozentige siebenjährige Anleihe über 100 Millionen Dollar zu pari. Mit dem Erlös der Anleihe, die durch eine Festgeldanlage der Londoner DG Bank-Filiale gesichert wird, werden die internationalen Kreditaktivitäten der Bank langfristig refinanziert.

Quellensteuer vom Tisch

New York (dpa/VWD) – Die zum 1. Juli geplante zehnprozentige Quellenbesteuerung auf Zins- und Dividendeneinnahmen der Amerikaner hat kaum noch eine Chance. Nach einer Kampagne der Banken und Sparkassen, die für die Zuführung der Steuer an den Fiskus zuständig gewesen wären, haben die Republikaner im Senat aufgegeben und einen Kompromißplan ausgearbeitet, der eine Verschiebung bis zum Sommer 1987 und möglicherweise eine endgültige Streichung bedeutet. Statt dessen sollen die US-Steuerzahler bei iherer jährlichen Lohn- und Einkommensteuer-Erklärung am 15. April gezwungen werden, ihre Zins- und Dividendeneinnahmen der Steuerbehörde mitzuteilen.

Stromverbrauch konstant

Frankfurt (AP) – Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik ist im ersten Quartal dieses Jahres auf dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums geblieben. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) teilte mit, daß von Januar bis März 86 Milliarden Kilowattstunden (kWh) aus dem Netz der öffentlichen Versorgung verbraucht worden seien. Nach ersten Erhebungen ging dabei der Verbrauch der Industriekunden wegen der weiterhin gedämpften Beschäftigungslage leicht zurück.

Erholungszeichen

London (dpa/VWD) – Die britische Premierministerin Margaret Thatcher ist überzeugt, daß die ersten Zeichen wirtschaftlicher Erholung in Großbritannien nach langen Jahren der Rezession erkennbar sind. Vor dem britischen Unternehmer-Verband OBI sagte sie am Dienstag abend, es gebe „Anzeichen einer allgemeinen und dauerhafteren Erholung". Die Regierungschefin begründete ihren Optimismus mit der in den vergangenen Monaten erhöhten industriellen Produktion, den besseren Erwartungen der Unternehmer und Umsatzsteigerungen des Einzelhandels um 4,5 Prozent im ersten Quartal 1983.

WERFTEN

Bremen fordert von Bonn politische Entscheidung

GIESELA REINERS, Bonn

Das Bundesland Bremen ist bereit, Opfer zu bringen, wenn die Werftenlandschaft an der deutschen Küste neu strukturiert werden muß. „Wir sind kein Naturschutzpark", sagte der Senator für Bundesangelegenheiten der Freien Hansestadt Bremen, Günther Czichon, vor Journalisten in Bonn. Es müsse jedoch eine politische Entscheidung von der Bundesregierung getroffen werden, ob und in welchem Umfang man den Schiffbau in der Bundesrepublik erhalten wolle und in welchem Maße er vom Staat gefördert werden könne.

Wenn die Entscheidung über den Umfang der Erhaltung der Werftindustrie gefallen sei, so Czichon, müsse entschieden werden über eine Subventionierung zwischen null und 100 Prozent. Keine dieser Extrempositionen halte er für wünschenswert. Einige man sich auf die Quote X, müsse diese regional gerecht aufgeteilt werden.

Der Vizepräses der Bremer Handelskammer, Dieter Berghöfer, verwies darauf, daß marktwirtschaftliche Regelungen des Werftenproblems zu begrüßen seien. Doch herrschten angesichts der hohen Werft-Subventionen z. B. in Frankreich keine Marktverhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb sei Staats-Hilfe notwendig. Die Bundesrepublik zahle sowieso schon starken Tribut an die EG dadurch, daß ein großer Teil des deutschen Außenhandels über nichtdeutsche Häfen abgewickelt werde. Die Werften im Zwei-Städte-Staat an der Weser brauchten sich im europäischen Wettbewerb jedenfalls nicht zu verstecken. Nach Ansicht von Joachim Ditzen-Blank, dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, steht Bremerhaven noch vergleichsweise günstig da, weil seine Werften keinen Großschiffbau betreiben, sondern sich mehr Spezialaufgaben zugewandt haben.

TRANSFERLEISTUNGEN / Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums

„Wenigstens die Zunahme bremsen"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Wenn die staatlichen Finanzen auf mittlere Sicht konsolidiert werden sollen, dann muß an die Übertragungen an private Haushalte und Unternehmen herangegangen werden. Das ergibt sich nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums allein schon aus dem Umfang und der Dynamik dieses Ausgabenbrockens. Immerhin beliefen sich die Übertragungen (ohne Zinsen) 1980 auf 435,94 Milliarden Mark oder 60,3 Prozent der Gesamtausgaben des Staates. Von 1960 bis 1980 kletterten sie um 683 Prozent oder 10,8 Prozent jährlich.

Das, was den privaten Haushalten zugute kam, machte 1980 mit 354,16 Milliarden Mark bereits 49 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus oder knapp 24 Prozent des Bruttosozialprodukts. 96 Prozent dieser Übertragungen waren soziale Leistungen.

Davon wiederum entfielen 28,2 Prozent auf Sachleistungen, wie Käufe der Sozialversicherung oder der Sozialhilfe von Medikamenten sowie Arzt- und Krankenhausleistungen. Dieser Posten schnellte in den zwanzig Jahren um durchschnittlich 13 Prozent nach oben. Der Anteil der Geldübertragungen an den sozialen Leistungen sank zwar um zehn Punkte auf 71,8 Prozent. Aber auch sie stiegen mit durchschnittlich zehn Prozent deutlich rascher als das nominale Bruttosozialprodukt (8,3 Prozent).

Der Löwenanteil der sozialen Geldleistungen entfiel 1980 mit 67,8 Prozent auf die Altersversorgung, gefolgt von den Ausgaben für die Arbeitslosigkeit mit 9,6 Prozent. Zum Vergleich: 1960 waren es 5,2 Prozent. Am stärksten kletterten die staatlichen Ausgaben für Ausbildung und Kinder, und zwar im Durchschnitt um 33,7 Prozent.

Schlußfolgerung des Ministeriums: Eine spürbare Reduzierung der staatlichen Defizite kann nur erreicht werden, wenn in den nächsten fünf Jahren die Gesamtausgaben deutlich hinter der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts zurückbleiben. Wird bei dieser Größe von einer mittelfristigen Zunahme von sechs Prozent ausgegangen, dann dürften es bei den Staatsausgaben nur 4,8 Prozent werden. Bleibe es bei der Umschichtung zugunsten der Investitionen, dann müßte die Dynamik bei den Übertragungen noch stärker gebrochen werden. Das, was die Unternehmen erhalten haben, hatte sogar um jährlich 12,8 Prozent auf 56,6 Milliarden Mark zugenommen. Dieses waren 7,8 Prozent der Staatsausgaben oder 3,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das Schwergewicht mit 53 Prozent lag bei den Subventionen. Ihr Anteil an den Bruttowertschöpfungen der Unternehmen sprang von 0,8 Prozent 1960 auf 2,1 Prozent 1980. Zwar hat sich die Wachstumsdynamik der Übertragungen „seit 1960 tendenziell abgeschwächt". Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen kann aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums nur erreicht werden, wenn auch bei diesen Ausgaben „erhebliche Abstriche" vorgenommen werden.

BASF

Dividende um zwei Mark gekürzt

Wb. Ludwigshafen

Die BASF AG, Ludwigshafen, will für 1982 eine auf 5 (7) DM je 50-DM-Aktie gekürzte Dividende auf 2,06 Mrd. DM Grundkapital ausschütten. Damit wird die Dividendensumme auf 206 (285) Mill. DM reduziert, auch die freien Rücklagen werden nur noch mit 30 (40) Mill. DM bedacht. Die Chemie-Gruppe hat 1982 weltweit 275 (367) Mill. DM nach Steuern verdient. *Der Hauptversammlung am 30. Juni wird au*ßerdem vorgeschlagen, den bisherigen Vorstandsvorsitzenden Matthias Seefelder zum Vorsitzenden und Daimler-Benz-Vorstandschef Gerhard Prinz zum neuen Mitglied des Aufsichtsrats zu wählen. Vorstandsmitglied Hans Detzer (Agrochemikalien) wird mit Ablauf der Hauptversammlung zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt.

FRANKREICH / Die Dollarhausse gefährdet den Stabilisierungsplan – Vorwürfe gegen die USA

Delors kündigt verschärfte Sanierungspolitik an

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Eine Verschärfung des von der französischen Regierung am 25. März beschlossenen Austerity-Plans hat jetzt Wirtschaftsminister Delors vor dem Senat für den Fall *angekündigt, daß der seitdem* stark gestiegene Dollar-Kurs nicht zurückgeht. Dieser Plan beruht auf der Hypothese eines Dollar-Kurses von höchstens sieben Franc. Zuletzt wurde die amerikanische Valuta am Pariser Devisenmarkt aber mit 7,36 Franc notiert.

Damit ist insbesondere die Sanierung der französischen Handelsbilanz in Frage gestellt. Denn Frankreich muß 40 Prozent seiner Einfuhren in Dollar bezahlen. Diese Importe sind schon jetzt – in Franc umgerechnet – etwa zehn Prozent teurer als vor vier Wochen. Damals hatte die Regierung verkündet, daß das Defizit der Handelsbilanz von 93 Milliarden Franc 1982 (rund 31 Milliarden Mark) auf 45 bis 50 Milliarden Franc 1983 halbiert und 1984 voll beseitigt werden soll.

Außerdem schwindet der ursprünglich auf fünf Milliarden Franc veranschlagte Ertrag der neuen Ausgleichsteuer für Erdölprodukte, durch welche die Preisrückgänge am Weltölmarkt in der Weise abgeschöpft werden sollen, daß der französische Verbrau*cher für Ölprodukte mindestens* gleichviel zu bezahlen hat wie vor den Londoner Opec-Beschlüssen. Die Dollar-Hausse sowie die Franc-Abwertung haben inzwischen bereits drei Viertel der daraus resultierenden Verminderung des Erdöl-Preises zunichte gemacht.

Nachdem Premierminister Mauroy den Austerity-Plan mit den Folgen der „viel zu rigorosen" deutschen Wirtschaftspolitik begründet hatte, machte Delors für dessen mögliche Verschärfung jetzt die amerikanische Regierung verantwortlich.

Der Minister qualifizierte die Währungspolitik Washingtons als „zynisch". Die US-Zinsen seien weiterhin die höchsten in der Industriegeschichte und würden jeden dauerhaften Wiederaufschwung sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt verhindern.

Der Minister äußerte sich noch nicht dazu, welche zusätzlichen Austerity-Maßnahmen ergriffen werden könnten. In Pariser Wirtschaftskreisen erwartet man vor allem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Auf diese Weise würde weitere *Kaufkraft* abgeschöpft werden. Außerdem kann sich dadurch die Handelsbilanz verbessern, weil Importprodukte (wie allerdings auch die für den Inlandsmarkt bestimmten nationalen Produkte) für den Verbraucher teurer werden, während die von der Mehrwertsteuer befreiten Exporte im Preis unverändert bleiben, was gegenüber den Importen eine relative Vergünstigung bedeutet.

Nach Berechnungen des nationalen Steuerrats würde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte eine Verminderung des Handelsbilanzdefizits um 17 Milliarden Franc bedeuten. Andererseits aber wäre mit einer Beschleunigung des Preisanstiegs zu rechnen. Damit würde die von der Regierung *für 1983 angestrebte* Verminderung der Inflationsrate auf acht Prozent (nach 11,8 Prozent 1982) wohl nicht mehr erreicht werden können, geschweige denn das *Stabilisierungsziel für 1984* (fünf Prozent).

Immerhin könnte die Regierung aber aus dem Zusatzertrag der Mehrwertsteuer die vom Patronat zur Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geforderte Ermäßigung der steuerlichen Unternehmenslasten finanzieren. Damit würde das von Delors *angekündigte* Vorhaben des Einkommenstransfers von der Privatwirtschaft an die Unternehmen in die Wege geleitet.

Die von nicht wenigen sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten geforderte Wiedereinführung des Preisstopps lehnte Delors vor den Senatoren ebenso kategorisch ab wie protektionistische *Maßnahmen. Jedoch fragt man* sich, wie die französischen Gewerkschaften auf eine verschärfte Austerity-Politik reagieren würden. Denn sie bestehen eisern dar*auf, daß die Kaufkraft der Arbeiter* nicht zurückgeht und für die am wenigsten Verdienenden weiter steigt.

UMWELTPOLITIK / Steinkohlenbergbau warnt

Arbeitsplätze gehen verloren

HANS BAUMANN, Essen

Einen „gefährlichen Kurs" nennt der deutsche Steinkohlenbergbau die Bestrebungen im Bundesrat, die Großfeuerungsanlagen-Verordnungen drastisch zu verschärfen. In einem „Brandbrief" der Vorstandsvorsitzenden der Saarbergwerke und der Ruhrkohle AG, Lenhartz und Bund, an die Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister der Länder, heißt es, daß eine – wie vorgesehen – verschärfte Rechtsverordnung heimische Steinkohle vom Verstromungs- und Wärmemarkt im Umfang von mehr als 22 Millionen Tonnen im Jahr verdränge. *Die Folge davon* ist nach Meinung der beiden Vorstandschefs die Stillegung von mindestens neun Großschachtanlagen und der Verlust von 45 000 *Arbeitsplätzen im* Steinkohlenbergbau. Die mittelbaren Auswirkungen würden sogar 90 000 Arbeitsplätze gefährden. Zudem gehe der energiepolitische Konsens über den deutschen Steinkohlenbergbau und über die Sicherung der Stromversorgung verloren.

„Es ist eine Illusion anzunehmen, daß das gegenwärtige beobachtete Baumsterben durch Maßnahmen im Sinne der neuen Forderungen wirksam beeinflußt werden könnte", heißt es in dem Brief. Erstens trage der Steinkohlenbergbau nur zu 14 Prozent zu den Schwefelablagerungen bei, und zweitens sei nicht feststellbar, ob überhaupt Schwefelverbindungen Hauptursachen der Waldschäden seien.

Im praktischen Vollzug würden sich die geplanten Verschärfungen nicht für, sondern gegen den Umweltschutz auswirken. Grenzwerte zu fordern, die der Anlagenbau *nicht garantieren kann*, Fristen zu verkürzen, die schon jetzt kaum einzuhalten seien, und zwingend gebotene Ausnahmen zu streichen, bedeutet, daß die Betreiber von *Feuerungsanlagen* gezwungen würden, durch Klagen vor den Verwaltungsgerichten die notwendigen Korrekturen herbeizuführen. Nur so könnten sie ihren energiewirtschaftlichen Verpflichtungen nachkommen. Damit aber würde die Rechtmäßigkeit der Verordnung insgesamt aufs Spiel gesetzt.

GRIECHENLAND / Sozialisten mit Streikwelle konfrontiert

Inflationsrate schnellt in die Höhe

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Während die Athener Regierung das rasante Ansteigen des Preisindexes *herunterzuspielen* versucht, reißt die seit fast drei Wochen existierende Streikwelle nicht ab. Kam noch übersehbar ist die Zahl der Berufsgruppen, die zur Streik*waffe greifen*, um *ihre Lohn*-, aber auch sonstigen Forderungen gegen die restriktive Einkommenspolitik der Athener Sozialisten durchzusetzen.

Anfang dieser Woche streikten die Postbeamten in ganz Griechenland, die mehr Geld und kürzere Arbeitszeiten verlangen. Seit gut zehn Tagen wird an Griechenlands Privatschulen nicht mehr unterrichtet, weil die Lehrer mehr Geld in der Lohntüte haben wollen. Die Piloten der staatlichen Fluggesellschaft „Olympic Airways", deren Personal zu den streiklustigsten Griechen zählt, haben bereits einen „Streikplan" ausgearbeitet, dessen Einzelheiten sie allerdings nur kurzfristig, höchstwahrscheinlich unmittelbar vor dem griechischen Osterfest am 8. Mai, bekanntgeben wollen. Ihnen geht es darum, daß ihr Recht auf Auszahlung eines Teils ihrer Bezüge in Devisen nicht abgeschafft wird.

Auch Griechenlands Krankenhausärzte wollten Anfang dieser Woche 48 Stunden lang keine Patienten – Notfälle ausgenommen – behandeln. Sie widersetzen sich Plänen des Athener Gesundheitsministers, wonach an staatlichen oder städtischen Krankenhäusern beschäftigte Mediziner keine lukrative Privatpraxis mehr betreiben dürfen. Zum xten Mal seit Jahresbeginn wollen nun auch die Taxi- und Athener Busfahrer in den Streik treten.

Doch die Palette der streikenden Griechen ist seit Ende letzter Woche um eine Nuance reicher geworden. Alle Kaffeehausbesitzer in *ganz Griechenland weigern sich*, ihren Gästen Kaffee oder Erfrischungsgetränke aller Art zu servieren, weil sie das „Einfrieren" der Preise durch das Athener Han*delsministerium ganz und gar* nicht hinnehmen wollen. Auch die Festnahme von einigen Café-Besitzern durch die Polizei hat die rebellische Zunft nicht dazu gebracht, *ihre Entscheidung zu revidieren.*

Das alles wird Athens Sozialisten jedoch aller Voraussicht nach nicht von ihrer restriktiven Einkommenspolitik abbringen. Nachdem sie im Jahre 1982 den Arbeitnehmern Lohnerhöhungen im Durchschnitt von knapp 30 Prozent zugestanden haben, wollen sie 1983 ein De-facto-Einfrieren aller Löhne und Gehälter praktizieren, um die Preisentwicklung unter Kontrolle zu halten. Die Wirtschaftsstrategen – allen voran der Minister für Nationalökonomie, Arsenis, – sind der festen Ansicht, daß ein Bruch mit dieser Politik die Inflation zusätzlich anheizen würde. Im März stieg der Index der Lebenshaltungskosten um 4,8 Prozent. Im ersten Quartal 1983 beträgt die Teuerungsrate 7,7 Prozent, was auf das ganze Jahr projiziert 25 Prozent ausmachen dürfte. In den letzten acht Jahren hat die Inflation innerhalb eines Quartals keine vergleichbar hohen Sprünge gemacht.

Arsenis führt diese ungünstige Preisentwicklung zwar auf die im Januar erfolgte Abwertung der Drachme um 15,5 Prozent zurück. Wenn diese Nachwehen ausgestanden sind, so glaubt Papandreous engster Mitarbeiter im wirtschaftlichen Bereich, wird eine Jahresinflation von „weniger als 20 Prozent' 1983 möglich sein. Unabhängige Experten rechnen eher mit einer Jahresinflation „um ca. 25 Prozent, wenn alles gut geht". (SAD)

Holland: Zentrales Pleitenregister

SAD, Den Haag

Den Niederländern wird es künftig möglich sein, in einem zentralen Pleitenregister Einzelheiten über sämtliche ungefähr 30 000 Konkurse von *Firmen oder Privatpersonen* nachzulesen, die seit 1978 in Holland angemeldet wurden. Das Register enthält auch die Namen der an den Bankrotts Beteiligten sowie der Konkursverwalter.

Bei dieser zentralen Erfassungsstelle in Den Haag handelt es sich um eine Initiative des Unternehmens „Dongelmans Business Services", *durch die gutgläubige* Kreditgeber und Lieferanten vor Geschäftsabschlüssen mit zweifelhaften Partnern möglichst geschützt werden sollen. Bereits im vorigen *Monat hatte Firmenchef Dongelman* mit seiner Berechnung Aufsehen erregt, daß bei den untersuchten 8600 Konkursen des vergangenen Jahres die Schuld für die Pleite *in 71 Prozent aller Fälle* bei dem jeweiligen Geschäftsführer zu suchen sei. Laut Dongelman konnten 1982 durchschnittlich 97 Prozent der Forderungen nicht befriedigt werden. *In der Regel waren es* Lieferanten, die völlig leer ausgingen. Durch das neue Pleitenregister sollen nicht zuletzt Personen erkennbar werden, die schon häufiger in Konkurse verwickelt waren.

UDSSR / Probleme in Landwirtschaft und Industrie

DIW: Plan nicht eingehalten

PETER WEERTZ, Berlin

Die Lage der sowjetischen Wirtschaft hat sich nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verschlechtert. Vor allem in Landwirtschaft und Industrie sind die Schwierigkeiten gewachsen. Mit der Zunahme der Produktion um drei Prozent und der Arbeitsproduktivität um zwei Prozent habe sich das Wachstum deutlich verlangsamt.

Der Fünfjahresplan bis 1985 sei schon *jetzt weitgehend überholt*. „Leistungsschwäche und Mißwirtschaft treten immer deutlicher zutage, außerdem ist die Belastung der Wirtschaft durch Rüstungsaus*gaben hoch", kritisierten* die Wirtschaftsexperten des Instituts. Auch die Ostverlagerung der Wirtschaft (Sibirien) übersteige durch den zunehmenden Kapitalbedarf die Investitionskraft des Landes.

Unzureichend ist nach dem Bericht des Experten generell die Versorgung der Bevölkerung, der private Verbrauch und der Einzelhandelsumsatz stagnieren. Die Landwirtschaft, die laut Plan um 16 Prozent mehr produzieren sollte, ist nur um vier Prozent gewachsen. Hier registriert das Institut oh*nehin einen hohen Futtermittel*- und Nahrungsmittelimportbedarf, der durch das verkündete Lebensmittelprogramm bis 1990 „radikal" herabgesetzt werden soll. Getreideimporte aus dem Westen bleiben vorerst unerläßlich. Der neuen sowjetischen Führung fehlt offensichtlich bisher ein Konzept zur Beseitigung der Schwierigkeiten. Sie setzt nach Ansicht des Instituts zwar den Kurs „Vervollkommnung des ökonomischen Mechanismus" fort, verlange jedoch andererseits eine höhere „Plan- und Arbeits*disziplin*.

Im vergangenen Jahr hat die UdSSR 63,1 Mrd. Transferrubel (plus 10,6 Prozent) exportiert und 56,4 Mrd. (plus 7,2 Prozent) importiert. *In die Ostblockländer* gingen rund 50 Prozent, die OECD-Staaten 30,1 Prozent und die Entwicklungsländer 16 Prozent der Exporte. Fast zwei Drittel der Exporterlöse sind Mineralöle, besonders in die EG-Länder. Der Exportüberschuß von umgerechnet rund 9,3 Mrd. Dollar enthält allerdings Warenkredite an Ostblockländer, die die höheren Energie- und Rohstofflieferungen nicht voll ausgleichen konnten. Bei den Entwicklungsländern vermutet das Institut, daß sich hinter dem Exportüberschuß auch Waffenlieferungen verbergen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

VEGLA / Dem Einbruch der Rendite folgt ein großes Investitions-Programm

Subventionitis bedroht Flachglasmarkt

J. GEHLHOFF, Aachen

„Ich kann es nicht verstehen, die Leute können offenbar nicht rechnen." Mit diesem Seufzer bedenkt der Luxemburger Felix Altenhoven, seit anderthalb Jahren Vorsitzender der Geschäftsführung der St. Gobain-Tochter Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, den seit wenigen Jahren eingetretenen Wandel im deutschen und westeuropäischen Flachglasmarkt. In den Nachbarländern der Bundesrepublik werden Projekte forciert, die neue Floatglasanlagen zum Ziel haben, die Basisproduktion für Automobilscheiben wie für Isolierglas in der Bauwirtschaft.

Projekte, die von kostenloser Infrastruktur-Bereitstellung bis zur stillen Kapitalbeteiligung von vielfältigen Formen staatlicher Subventionen begleitet sind. Projekte, die jeweils etwa 200 Mill. DM oder 1 Mill. DM pro Arbeitsplatz kosten. Projekte überdies und vor allem, die aus der bisher in Westeuropa latenten Floatglas-Überkapazität ein dickes Problem zu machen drohen.

Und dies besonders für den deutschen Flachglasmarkt, dem in Europa größten und für alle Projektemacher auch in den Preisen (wegen der diversen DM-Aufwertungen) immer noch attraktivsten Absatzmarkt für die daheim nicht unterzubringende Produktion. Ein Markt, auf dem die heimischen Erzeuger im Bauglasbereich schon 1982 mit einem auf gut 50 (40) Prozent gestiegenen Lieferanteil der Importe, mit nur noch 60 Prozent Auslastung der Isolierglas-Weiterverarbeitungskapazitäten und einem gut 10prozentigen Rückgang der Durchschnittserlöse auf etwa 8 DM/qm konfrontiert wurden.

Die Vegla-Gruppe, gleichauf mit der zum englischen Pilkington-Konzern gehörenden Fürther Flachglas größter deutscher Flachglasproduzent, hat diesem Umfeld und der Krise der deutschen Bauwirtschaft 1982 Tribut zollen müssen. Die anhaltend gute Auslastung der Autoindustrie, mit der Vegla rund 40 Prozent ihres Geschäfts erzielt, bremste zwar den Umsatzrückgang auf 0,99 (1,07) Mrd. DM mit 27,3 (23,3) Prozent Exportanteil. Aber der lange Zeit stattliche Gewinn (vor Körperschaftssteuer) fiel auf dürftige 4,3 (82,1) Mill. DM zurück.

Besseres erwartet die Geschäftsführung von 1983, wenngleich sich die Erholung der Baukonjunktur frühestens im zweiten Halbjahr auch in steigendem Glasabsatz zeigen werde. Die Bauglaspreise bessern sich wieder. Sonderlasten wie die Kaltreparatur einer der drei Vegla-Floatglasanlagen und Sozialplankosten für die Reduzierung der Belegschaft um weitere 10,7 (8,9) Prozent auf 7036 Mitarbeiter fallen weg.

Zuversicht aber demonstriert Vegla vor allem mit dem Entschluß zu einem großen Investitionsprogramm, das in den drei Jahren 1983 bis 1985 rund 500 Mill. DM kosten soll, das ist mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Jahresrate von zuletzt 75,5 (69,9) Mill. DM.

Die Finanzierung dieses Kraftaktes soll nur mit etwa 200 Mill. DM aus Fremdkapital und sonst aus Abschreibungen kommen, deren bisherige Jahresrate von zuletzt 56 (50) Mill. DM sich damit gleichfalls verdoppeln wird. Gleichwohl will man der Pariser Konzernholding, deren Verhältnis zur deutschen Tochter sich durch die Verstaatlichung überhaupt nicht negativ verändert habe, weiterhin Gewinnabführungen vorweisen.

Vorjahresergebnis noch übertroffen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Stocksolide und mit hoher Ertragskraft – so präsentiert sich das Frankfurter Bankhaus B. Metzler seel. Sohn & Co auch nach dem Geschäftsjahr 1982. Wie üblich erwirtschafteten die Privatbankiers den größten Teil ihres Gewinns, der das von Mitinhaber Karl-Oskar Koenigs als außerordentlich gut qualifizierte Vorjahresergebnis geringfügig übertraf, im nicht bilanzwirksamen Dienstleistungsgeschäft, das doppelt soviel abwarf wie das Zinsgeschäft.

Neben dem Konsortialkreditgeschäft, dessen Volumen höher ist als die von 684 auf 692 Mill. DM gestiegene Bilanzsumme, nannte Koenigs hier vor allem das Wertpapiergeschäft mit in- und ausländischen institutionellen Anlegern sowie das Devisengeschäft, in dem sich Metzlers als Spezialisten für maßgeschneiderte Konzeptionen betrachten, die gerade von der für diese Bank typischen Großkundschaft gefragt sind.

Für nur selbstverständlich halten es die Bankiers, daß über die steuerlich möglichen Abschreibungen, Wertberichtigungen und Rückstellungen hinaus für alle Risiken Vorsorge getroffen wurde. Als neuen Service hat die Bank über eine Tochtergesellschaft das Corporate Financing mit ersten Erfolgen aufgenommen. Sehr erfreulich, so Koenigs, sei das Ergebnis in allen Sparten des Geschäfts in den ersten Monaten dieses Jahres gewesen.

ELLEN BETRIX / Marktstellung weiter ausgebaut

Ertragslage „ausreichend"

INGE ADHAM, Frankfurt

Gewohnt zurückhaltend gab sich das im nächsten Jahr 50 Jahre alte Familienunternehmen Henry Maria Betrix GmbH & Co., Dreieich, (Marke: Ellen Betrix) hinsichtlich des Ertrages. Aber der Hinweis von Finanzchef Paul Seikel auf eine Eigenkapitalquote von über 70 Prozent und die Tatsache, daß die 15 Mill. DM Investitionen der letzten beiden Jahre zwar teilweise mit Gesellschafterdarlehen, aber ohne Bankverbindlichkeiten finanziert wurden, gibt doch Hinweise darauf, daß die Ertragslage besser ist als im Durchschnitt der Kosmetikunternehmen.

Die Rendite sei „voll und ganz ausreichend", die Unabhängigkeit des Familienunternehmens weiterhin zu gewährleisten, heißt es auch nach dem eingeräumten Ertragsrückgang des vergangenen Jahres. Denn das Unternehmen mit 969 (944) Mitarbeitern im Inland hat angesichts des scharfen Wettbewerbs seine Preise 1982 nur um 1 Prozent erhöht, aber bei stagnierendem Markt seine Position als Marktführer in der Depotkosmetik weiter ausgebaut: Im Inland erzielte Betrix ein Umsatzplus von gut 4 Prozent auf 116,8 (112,2) Mill. DM. Beliefert werden unverändert rund 5000 Depots, gut zwei Drittel von ihnen in Parfümerien, Drogerien und Drogeriemärkten.

Im Ausland legte Betrix 16,5 Prozent zu und erreichte 70,4 (60,4) Mill. DM Auslandsumsatz. Daran sind die fünf Betrix-eigenen Gesellschaften in Italien, Österreich, Schweden, Spanien und der Schweiz mit 55 (49,5) Prozent beteiligt. Sie glänzten auch ertragsmäßig, wie Seikel betont. In Übersee liegen Südafrika, Kanada und der arabische Raum vorn.

Für dieses Jahr rechnet das Unternehmen, das jährlich rund 5 Prozent vom Umsatz für Forschung und Entwicklung und einen etwa gleich hohen Anteil für Werbung aufwendet, mit „keinen Wundern". Aber nach dem 6prozentigen Umsatzplus des 1. Quartals scheint das Jahresziel von 5 Prozent Plus erreichbar.

Steigerung der Gasabgabe hält an

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Aussichten für eine weitere Steigerung der Gasabgabe in Baden-Württemberg werden von der Gasversorgung Süddeutschland GmbH (GVS), Stuttgart, positiv beurteilt. Nach Schätzung des GVS-Geschäftsführungsvorsitzenden Hans-Otto Schwarz werde sich der Anteil des Erdgases am Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg voraussichtlich bis zum Ende des Jahrzehnts von derzeit knapp 11 auf rund 15 Prozent erhöhen. Die derzeitigen Preissenkungen am Welterdölmarkt hält Schwarz für eine zeitlich befristete Entwicklung. Bereits jetzt stabilisiere sich das Preisniveau. Aufgrund der Preisänderungsklauseln erfolge eine Anpassung der Gaspreise an die Ölpreise mit einer Verzögerung von bis zu neun Monaten.

Die GVS hat im Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) ihre Gasabgabe trotz milden Winterwetters um 2,5 Prozent auf 41,4 Mrd. kWh gesteigert. Der Umsatz nahm um 37,3 Prozent auf 1,7 Mrd. DM zu. Infolge höherer Einstandskosten verringerte sich neben dem Rohertrag auch der Jahresüberschuß auf 3,8 (3,9) Mill. DM. Es werden wieder 4 Prozent Dividende auf 100 Mill. DM Stammkapital ausgeschüttet.

UMFRAGE / Kein Pessimismus bei gesättigtem Markt

Unternehmen ohne Furcht

H. G. STUWE, Bonn

Unternehmen, die sich auf weitgehend gesättigten Absatzmärkten behaupten müssen, neigen keineswegs zu Pessimismus. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Umfrage des Instituts für Marketing der Universität Münster und des Bielefelder Emnid-Instituts.

Insgesamt wurden 511 Unternehmen befragt, die sich mit stagnierenden oder schrumpfenden Märkten auseinanderzusetzen haben, beispielsweise als Hersteller langlebiger Konsumgüter. 84 Prozent sehen für das eigene Unternehmen spezifische Wettbewerbsvorteile, nur 14 Prozent der befragten Firmen stuften die eigene Marktstellung als ungünstig ein. Die Wachstumsaussichten ihrer Absatzmärkte bezeichneten dagegen 55 Prozent der Unternehmen als tendenziell ungünstig.

Um sich an die veränderten Marktdaten anzupassen, setzt die Mehrzahl der befragten Unternehmen auf verstärkte Rationalisierung. Kostenmanagement, Modernisierung der Produktion und Fixkostenabbau lauten die Stichworte. Die Umfrageteilnehmer wollen darüber hinaus überwiegend ihre Marketingaktivitäten intensivieren und die strategische Planung verbessern.

Als weniger wirksam zur Bewältigung der Probleme stagnierender Märkte werden dagegen Maßnahmen angesehen wie die Änderung der Rechtsform oder der Kapitalstruktur, staatliche Unterstützung, die Integration vorgelagerter Produktionsstufen. Aber auch in dem Rückzug aus Teilmärkten sehen die meisten Unternehmen keine Lösung. Der Vertrauens- und Imageverlust sowie die hohen Kosten durch Sozialpläne wurden hier als Vorbehalte genannt.

NAMEN

Heinrich Holste, seit 1970 Geschäftsführer des Küchen-Herstellers Imperial-Werke GmbH, Bünde, ist in den Ruhestand getreten. Holste, der als „Vater der Glaskeramik-Kochfelder" gilt, folgt als alleiniger Geschäftsführer **Dr. Hans Ahle**. **Manfred Eschholz** (Vertriebsdirektor) und **Paul-Martin Spiegel** (Betriebsdirektor) gehören als neue Mitglieder der Imperial-Geschäftsleitung an.

Hans Werner Kolb, Vorstandsvorsitzender der Buderus AG, Wetzlar, wird am 30. Juni 1983 aus dem Vorstand ausscheiden und in den Aufsichtsrat überwechseln. Vorstandsmitglied **Frank Rogge** wird ab 1. Juli 1983 zum Sprecher des Vorstandes ernannt und die Generalbevollmächtigten der Gesellschaft, **Heinrich Jung** und **Kurt Meyer**, ebenfalls ab 1. Juli 1983, zu Vorstandsmitgliedern bestellt.

J. C. WOLTERS / Mit 225 Jahren ältester deutscher Assekuranzmakler

Der Beiläufer wurde 1758 seriös

HARALD POSNY, Düsseldorf

Unternehmen, deren Geschichte ohne Unterbrechung ein Vierteljahrtausend umfaßt, sind in Deutschland selten, der Hamburger Assekuranzmakler J. C. Wolters gehört auf jeden Fall dazu. Das Unternehmen, das über vier Generationen mit dem Namen Wolters und über drei Generationen mit der seinerzeit als Teilhaber aufgenommenen Rostocker Reederfamilie Pust verbunden ist, gilt als das älteste noch tätige der damals zugelassenen 300 Versicherungsmakler – zumindest in Hamburg, sicher auch in Deutschland.

Vor der Betätigung als Versicherungsmakler war Johann Joachim Wolter Warenmakler. Mit einer Zuckersiederei in finanzielle Schwierigkeiten geraten, machte er zunächst als „Beiläufer" oder „Pfuschmäkler" zum Ärger des Wettbewerbs mit Unterbietung der üblichen Courtagesätze manche schnelle Mark. Erst 1758 wurde er mit Leistung des Mäklereids „seriös".

Obwohl sich das Maklergeschäft mit zunehmender Wirtschaftsentwicklung neben der Transportversicherung auch auf andere Risiken erstreckte, sind der heutige Inhaber Gert-Michael Pust (48) und sein Teilhaber Bernd Johannes Siems (43) mit ihren 10 Mitarbeitern typische hanseatische Transport-Versicherungsmakler geblieben. Diese Sparte macht heute, so Siems, 60 Prozent des Geschäfts aus, weitere Schwerpunkte liegen in der Kfz-Versicherung, der Industrie- und Betriebshaftpflichtversicherung, die jedoch allesamt aus Verbindungen zu Transport-Versicherungsnehmern entstanden sind.

Der Wirtschaftsaufschwung nach dem 2. Weltkrieg brachte Wolters Umsatzrekorde. Als Makler der Einfuhrstelle für Zucker und der Außenhandelsstelle für Gartenbauerzeugnisse versicherte das Unternehmen allein 1953 Transporte von Kuba-Zucker für rund 1 Mrd. DM, von Trockenfrüchten für 150 Mill. DM und deren Lebensmitteln für 100 Mill. DM. Siems berichtet aber auch von der Abwicklung von Schäden in Millionenhöhe: der Diebstahl ganzer Kaffeeladungen in Uganda, „abhandengekommene" Schiffe, die unter „billigen" Flaggen fuhren, und – erst im vergangenen Jahr – der bisher größte Millionenraub durch Überfall auf einen Geldtransport im Raum Hamburg.

Wolters – alt, klein und fein, auf jeden Fall aber etabliert als einer der zehn ersten Makleradressen in Hamburg – verfügt nicht wie die Großen der Branche über Niederlassungen und Korrespondenzmakler in Übersee. Das Unternehmen, zu dem auch die Firmen C. John Pollock und Günther Holzgräfe gehören, arbeitet im Ausland nur in London mit dem britischen Makler Gibb Sage Ltd. zusammen.

Solche Beschränkung freilich stört Pust und Siems nicht. Das Maklergeschäft hat ihrer Meinung nach Wachstums-Chancen. Im Gegensatz zu USA und Großbritannien werden die Maklerdienste noch wenig genutzt. Siems: „Das ist um so erstaunlicher, als unabhängige Versicherungsmakler die Interessen ihrer Kunden vertreten, die besten Konditionen, die der Markt bietet, für sie nutzen und trotzdem von den Kunden keine Courtage bekommen." Die freilich steckt bereits in der Prämie der Versicherer.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe '83

Zahnräderfabrik Renk – Büroinformationstechnik – Lampen und Leuchten – Daf-Diesel – Develop – United Technologies



Ohne Beschäftigungssorgen

Die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, die mehrheitlich zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehört, verzeichnet in Teilbereichen zwar eine Abschwächung der Auftragseingänge; Beschäftigungsprobleme für die rund 2000 Mitarbeiter im Inland zeichnen sich aber *nicht* ab. Renk-Vorstandssprecher Franz-Josef Nienheysen erklärte, er rechne im laufenden Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) wieder mit befriedigenden Ergebnissen. Dies gelte auch für die Ertragsentwicklung. Nienheysen zeigte sich zuversichtlich, wieder eine Dividende von 14 Prozent ausschütten zu können.

Noch vor Ende des Geschäftsjahres will Renk das vorhandene genehmigte Kapital von 5 Mill. DM nutzen und das Grundkapital auf 25 Mill. DM aufstocken. Nach Nienheysens Worten befinden sich rund 15 Prozent des Kapitals in Streubesitz; die restlichen 85 Prozent hält die GHH.

Befriedigt äußert sich Nienheysen über die Entwicklung des im Jahre 1974 gegründeten Joint Ventures in Rumänien, wo Spezial-Getriebe für Schiffe und stationäre Anlagen gefertigt werden. Zum ersten Mal sei Renk für 1981/82 daraus eine Dividende (0,5 Mill. DM) zugeflossen.

Vom Umsatz der Zahnräderfabrik, der zuletzt rund 300 Mill. DM erreichte, entfallen annähernd 45 Prozent auf den zivilen und 55 Prozent auf den militärischen Bereich (Getriebe für den „Leopard"-Panzer). Der Exportanteil liegt bei 35 bis 40 Prozent. Neben Schiffs- und Fahrzeuggetrieben liefert Renk Antriebstechniken unter anderem an Kraftwerke, Stahl- und Walzwerke, an die Zementindustrie und andere Branchen. Das Produktionsprogramm wird ergänzt durch Kupplungen, Gleitlager und Zahnräder aller Art. Neben den beiden deutschen Werken in Augsburg und Hannover gehört zu Renk ein Betrieb in Brasilien.

DOMINIK SCHMIDT

Die Hannover-Messe '83 ist zu Ende. Mit einem gellenden Hupkonzert verabschiedeten sich gestern abend die rund 6000 Aussteller bis zum nächsten Jahr. Zwar bedarf der offizielle Abschlußbericht der Messeleitung zumindest punktuell der Interpretation. Einigkeit indes herrscht darüber, daß diesen acht Tagen von Hannover besondere Bedeutung zukommt. Dies gilt nicht so sehr für den eigentlichen Zweck der Messe, nämlich neue Technologien vorzustellen und die oft beklagte technische Akzeptanzlücke zu verringern. Vielmehr beherrschte die übergreifende Frage nach der konjunkturellen Entwicklung wie nur selten zuvor das Messegeschehen. Auch darauf wurde in Hannover eine Antwort gefunden: Die Zuversicht für eine baldige wirtschaftliche Erholung ist gewachsen; einzelne Branchen belegen diese Einschätzungen mit eindrucksvollen Zahlen. Das „Konjunkturbarometer" Hannover-Messe hat auch in dieser Hinsicht seinen Anspruch bestätigt.

(dos.)



Zielgruppe für „Personal-Computer" ist die Familie FOTO: THOMSON

Weit über den Erwartungen

Die Aufwärtstendenzen, die für *die Büro- und Informationstechnik* bereits im letzten Quartal 1982 sichtbar wurden, haben neue Nahrung erhalten. Hermann W. Stähler, Vorsitzender der Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, bezeichnet die in den Cebit-Hallen erzielten Ergebnisse als „weit über den Erwartungen" liegend.

Der Aufwärtstrend der Branche zeige sich vor allem in den Auftragseingängen: Allein im Bereich der Datentechnik sei für den Zeitraum von Dezember 1982 bis Ende Februar ein Plus von 21 Prozent zu verzeichnen. Stähler rechnet damit, daß dieser Zuwachs sich bereits im Frühjahr in Umsatzsteigerungen niederschlagen wird.

Besonders positiv bewertet die Fachgemeinschaft die Tatsache, daß inzwischen auch die Bestellungen aus dem Ausland wieder zunehmen. Die Auftragsbestände der Gesamtbranche sichern derzeit die Beschäftigung für die Dauer von *5,3 Monaten*. Mit *7,1 Monaten* liege der Datenverarbeitungs(DV)-Bereich deutlich über dem Durchschnitt, während die Lage bei Büromaschinen (1,7 Monate) deutlich schlechter ist. Insgesamt rechnet Stähler für 1983 mit Umsatzsteigerungen, die zwischen 15 und 20 Prozent liegen könnten.

Im Jahre 1982 erzielte die Büro- und Informationstechnik bei der Hardware ein Produktionsergebnis von 10,3 (9,9) Mrd. DM; das entspricht einem Plus von 3,4 Prozent. Einschließlich dem stark expandierenden Software-Bereich ergab sich ein Umsatz von fast 18 Mrd. DM, mit Büromöbeln von rund 23 Mrd. DM.

Das angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation positive Ergebnis ist zum einen von der starken Auslandsnachfrage und andererseits von dem Substitutionsprozeß zwischen Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik geprägt worden. Der Exportwert der Branche erhöhte sich um 10,4 Prozent auf knapp 8 Mrd. DM. Dagegen war die inländische Nachfrage relativ schwach, wie der geringe Importzuwachs von 5,6 Prozent auf 8,4 Mrd. DM zeigt.

Die Dynamik und hohe Innovationskraft der Branche komme in den veränderten Umsatzanteilen der einzelnen Produkte zum Ausdruck. Funktionen, die früher nur von Büromaschinen erfüllt werden konnten, würden zunehmend in multifunktionale DV-Geräte integriert.

DOMINIK SCHMIDT

Der Welt kleinster Kopierautomat

Im Kopieren sind japanische Anbieter ganz groß. Sie nehmen unbestritten weltweit die stärkste Position unter den Herstellern von Kopierautomaten ein, trotz der Marktbedeutung des großen britischen Anbieters Rank Xerox. Wie hart der Wettbewerb ist, macht die Zahl von 46 neuen Kopiergeräten deutlich, die 1982 auf dem deutschen Markt angeboten wurden, auf dem derzeit rund 30 Mrd. Normalpapierkopien pro Jahr benötigt werden.

Hier hat sich als deutscher Anbieter nahezu alleinstehend nur noch die Develop Dr. Eisbein GmbH & Co, Gerlingen, behaupten können. Das schwäbische Familienunternehmen war sogar in der Lage, seinen Umsatz in knapp einem Jahrzehnt zu verdreifachen und nähert sich jetzt 100 Mill. DM. Der Exportanteil liegt bei 50 Prozent. Die Zahl der Mitarbeiter ist kürzlich um 50 auf insgesamt rund 400 erhöht worden. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens unterstreicht auch ein neuer, jetzt vorgestellter Kopierautomat, von seinen Ausmaßen her der kleinste Normalkopierer der Welt, geeignet für die Herstellung von Sofortkopien am Arbeitsplatz.

(hdt.)

Wachstum durch Kooperation

Einen deutlichen Aufwärtstrend in den drei wesentlichen Geschäftszweigen der Gruppe erwartet die United Technologies Corp. (UT), Hartford /USA. Mit Elektronik, Raumfahrt, Gebäude-Management und anderen Bereichen hatte UT in 1982 fast 34 Mrd. DM umgesetzt. Ende 1982 lag der Auftragsbestand bei rund 29 Mrd. DM. Harry Gray, Chairman der Gruppe, die in Europa 33 000 Mitarbeiter in 56 Fertigungsstätten beschäftigt und damit 35 Prozent der Umsätze außerhalb der USA tätigt, legt dabei besonderes Schwergewicht auf die Bundesrepublik.

Hier habe UT vor wenigen Monaten mit der AEG das Gemeinschaftsunternehmen Telefunken Electronic GmbH (TEG) gegründet, in dem bereits 3000 Mitarbeiter beschäftigt würden. Da seine Gesellschaft Wachstum durch kooperative Abkommen anstrebe, werde UT vor allem mit deutschen und europäischen Unternehmen, „die sich neuen Technologien verschrieben haben", den Austausch von Know-how realisieren. Damit hofft Gray, auch die ständig steigenden Kosten für Forschung und Entwicklung (1982 = 2 Mrd. DM) auf breitere Basis stellen zu können.

(H. L.)

Dieselmotoren bleiben unumstritten

„Für den guten alten Diesel gibt es in den nächsten Jahren keine Alternative." Die Geschäftsführung der Daf B. V., Eindhoven, begründet mit diesem Satz ihren mittelfristigen Optimismus im Diesel-Motorengeschäft, dessen wichtigster Zweig nach wie vor der Fahrzeugsektor ist. Bei Daf entfallen rund 80 Prozent des Umsatzes von gut 1,7 Mrd. Gulden auf Motoren für Nutzfahrzeuge – Pkw-Motoren sind nicht im Programm –, während etwa 7 Prozent mit Industriemotoren erzielt werden. Die verbleibenden 13 Prozent werden durch Präzisions- und Spezialprodukte, wie Fertigung von Landegestellen für F-16-Düsenjäger oder Karosserieteile für den holländischen Leopard-II-Panzer, abgedeckt.

Gerade der Hauptumsatzträger, der wassergekühlte Diesel, bereitete dem Unternehmen, wie übrigens der gesamten Branche, im vergangenen – und auch noch im laufenden – Jahr erhebliche Probleme. Die Ursache sieht der verantwortliche Direktor der Daf Diesel Division, David Eatock, in der europäischen Überkapazität bei Lastkraftwagen. Dies habe dazu geführt, daß Verdrängungswettbewerb über den Preis um sich gegriffen habe. Zudem werde der Markt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft – wo Daf einen Marktanteil in seiner Klasse, d. h. ab 16 Tonnen Gewamtgewicht, von 7 Prozent behauptet – durch staatliche Eingriffe (Frankreich) und Unfähigkeit der Brüsseler Behörden, nach Jahren endlich ein einheitliches Gesamtzuggewicht festzulegen, behindert.

Daf habe den Preiswettkampf nicht mitgemacht. Hohe Qualität und das dichte Service-Netz (in Europa werden in elf Ländern Werksniederlassungen unterhalten) haben dem holländischen Unternehmen auch im schwierigen Jahr 1982 wieder ein positives Geschäftsergebnis gebracht.

Insbesondere in der Bundesrepublik war der Lkw-Markt erneut durch starken Absatzrückgang gekennzeichnet. Die 1982 hier verkauften 17 000 Einheiten (ab 16 t Gesamtgewicht) stellten inzwischen nur noch 60 Prozent der drei Jahre zuvor verkauften Menge dar. Daf, als kleinerer Anbieter in diesem nationalen Markt, hat den weiteren Angaben zufolge darunter weniger gelitten. Deshalb wird auch 1982 von der deutschen Niederlassung in Langenfeld wieder das Ergebnis des Vorjahres erwartet. Besondere Hoffnung setzt man dabei auf Motoren für den öffentlichen Busverkehr. Hier gebe es nur noch zwei deutsche Anbieter.

Ein weiterer Schwerpunkt für die deutsche Daf sind Motoren für die gewerbliche Schiffahrt. Hierzu zählen, wie der Verkaufsleiter Klaus Schultz-Kalau erläutert, nicht nur Antriebsmaschinen, sondern auch Industriediesel für Bugstrahl-Ruderanlagen, wie sie der Gesetzgeber mit der Fertigstellung des Rhein/Main/Donau-Kanals zwingend vorschreiben werde. Mit *diesen Anlagen habe Daf bereits* über 100 Schiffe ausgerüstet.

Auf der Messe selbst stellte das Unternehmen in Fortsetzung seines Baukastensystems bei Dieselmotoren den 8,25-Liter-Turbo vor, der die Lücke zwischen 6 Liter und 11 Liter schließt. Bei gleichen Grundteilen bieten die Motoren durch Modifizierung zwischen 41 und 250 kW (56 bis 320 PS). Der Einsatzbereich reicht vom Stationärmotor für die Industrie über den Antrieb für Stromaggregate und Schiffe bis hin zum Einbaumotor für Erdbewegungsmaschinen und Straßenfahrzeuge.

HENNER LAVALL

Nur im Ausland gestrahlt

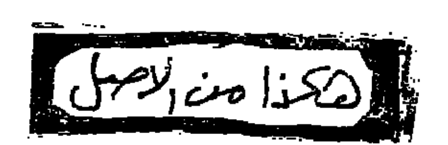
Die deutschen Lampen- und Leuchtenhersteller sehen für *das Jahr 1983 endlich wieder mehr* Licht als Schatten. Schon in den ersten Monaten haben sich die geräumten Läger des Handels und die Energiesparmaßnahmen (mit dem Übergang zu kostengünstigerer Beleuchtung) ausgewirkt. Zusätzliche Belebung erhofft sich die Branche von der Trendwende im Wohnungsbau, aber auch von der weiteren Sanierung alter, unwirtschaftlicher Beleuchtungsanlagen.

Im vergangenen Jahr haben die rund 250 großenteils mittelständischen Unternehmen weniger erfreulich abgeschnitten. Die Steigerung der Produktion um 1 Prozent auf 3,4 Mrd. DM bedeutete bei Preiserhöhungen von durchschnittlich 4 Prozent einen realen Rückgang um 3 Prozent. Das wirkte sich auch in einer Reduzierung der Mitarbeiterzahl um mehr als 5 Prozent auf 31 300 aus. Dabei wurde offensichtlich auch kräftig rationalisiert: Die Pro-Kopf-Produktion stieg um 7 Prozent auf etwa 110 000 DM.

Besonders traurig sah es auf dem Inlandsmarkt aus – er schrumpfte um 3,5 (preisbereinigt sogar um über 7 Prozent) auf 2,6 Mrd. DM. Die Flaute traf auch die Importe, die nur bescheiden um gut 1 Prozent (nominal) auf 790 Mill. DM wuchsen und damit auf einen Marktanteil von 30 Prozent kamen. Die Exporte dagegen schnellten um mehr als 10 Prozent auf 1,6 Mrd. DM empor, die Ausfuhrquote erreichte damit 47 (43) Prozent.

Auch innerhalb der Branche verlief das Geschäft sehr differenziert. Während bei den Leuchten die Produktion um 2 (real gar um 7 Prozent) auf 2,3 Mrd. DM zurückging, stieg sie bei den Lampen (Glüh-„Birnen", Leuchtstoffröhren usw.) um 9 (real 8) Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Beiden Zweigen ging es dabei im Export deutlich besser.

JOACHIM WEBER



Renten unter Druck

Am Rentenmarkt machte sich Enttäuschung über den weiteren Rückgang der US-Bond-Kurse bemerkbar. Als eine wachsende Belastung erweisen sich die zahlreicher werdenden Schuldscheinofferten öffentlicher Hände. Diese hatten sich in Erwartung weiterer Zinssenkungen zurückgehalten, müssen aber jetzt dringend Geld aufnehmen. Öffentliche Anleihen des längeren Laufzeitbereiches wurden bis zu 0,40 Prozentpunkte zurückgenommen. DM-Auslandsanleihen bröckelten bis zu 0,25 ab. Der Handel in Pfandbriefen blieb ruhig. Im Placierungsgeschäft machten die Emissionshäuser Zugeständnisse.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Anleihe	Fällig	20. 4.	19. 4.
F 4 Abl. 57	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,26	100,25
dgl. 73 II	11/83	102,5	102,6
dgl. 72	2/84	101,5	101,55
dgl. 72	9/84	102,5	102,6
dgl. 76	9/84	102,9	102,9
dgl. 78 III	11/84	99,9	99,95
dgl. 79	2/85	100,7	100,7
dgl. 73	2/85	104	104,1
dgl. 77	2/87	100,4	100,6

Bankschuldverschreib.

Anleihe	20. 4.	19. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	86G	86G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bekola Pf 104	101,95G	101,95G
9 dgl. Pf 106	106,5G	106,5G
10 dgl. Pf 108	111,86	111,86
7 dgl. KS 132	97,35G	97,35G
8 dgl. KS 155	101,5G	101,5G
9 dgl. KS 169	105,25G	105,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

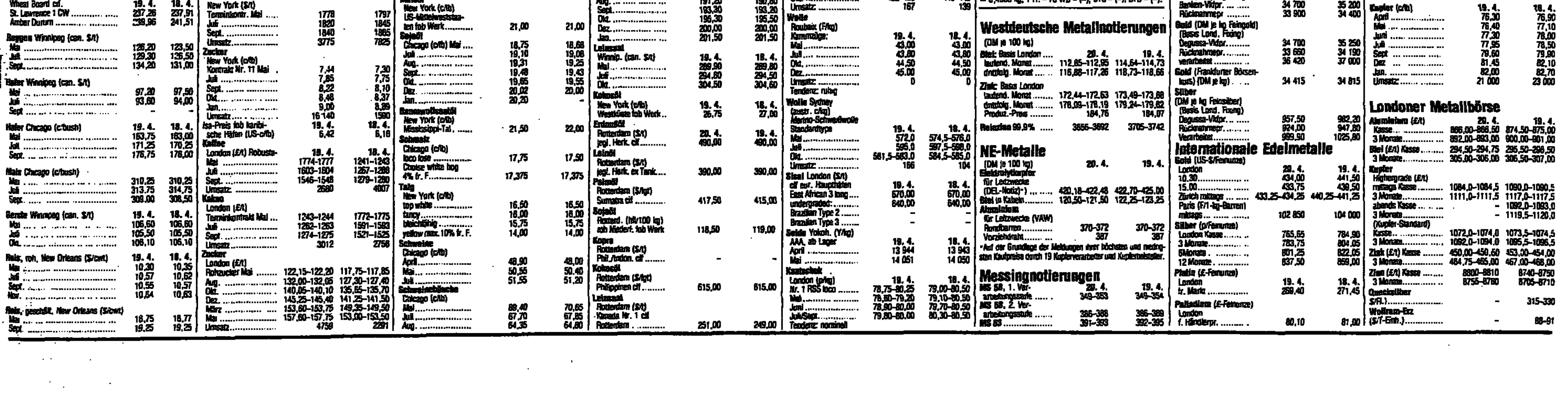
Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien



Warenpreise – Termine

Erhebliche Verluste zeigten die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Limit Down notierte Silber. Durchweg schwächer lag Kupfer. Mit Ausnahme der schwächeren Mai-Sicht, konnte Kaffee bis zur Berichtsstunde Gewinne verbuchen. Durchweg Abschläge mußte dagegen Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 4.	18. 4.
Mai	340,50	345,50
Juli	352,00	357,00
Sept.	363,75	368,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	19. 4.	18. 4.
St. Lawrence 1 CW	237,26	237,91
Amber Durum	239,96	241,51

Genußmittel

Kaffee	19. 4.
New York (c/lb)	
Terminkontr. Mai	123,80
Juli	123,74
Sept.	121,85
Kakao	
New York ($/t)	
Terminkontr. Mai	1778
Juli	1820
Sept.	1840
Umsatz	3775

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Aktien nur teilweise fester

Kursrückgang in New York dämpfte anfangs die Unternehmungslust

DW. – Unter dem Eindruck der schwächeren Börse in New York gab es zu Beginn der Mittwochbörse Gewinnmitnahmen der Kulisse, die in einigen Papieren zu Kursrückgängen von 7–8 DM führten. Als jedoch deutlich wurde, daß zumindest ein Teil der Ausländer seine Käufe fortsetzen wollte und auch die inländische Bankenkundschaft weiterhin aktiv bliebe, verebbte das ohnehin nur begrenzte Angebot. Im Verlaufe kam es deshalb zu einer Erholung.

Überrascht hat die anhaltende Festigkeit der Stahlaktien, wo Hoesch in größeren Beträgen umgingen und um weitere 1,50 DM auf 51,50 DM anzogen. Dagegen konnten Klöckner von der besseren Tendenz dieses Marktgebietes kaum profitieren. Von den Titeln der Großchemie gaben Hoechst *mit 144,50 DM* (minus 2,50 DM) überdurchschnittlich nach. Schering, in den letzten Tagen von den Ausländern *favorisiert*, lagen mit 365 DM gut behauptet. Vor Kali + Salz (minus 2 DM) wird nach wie vor wegen der drastischen Dividendenkürzung von 8 auf 3 DM gewarnt. Wachsende Kaufbereitschaft bestand für Warenhausaktien, von denen Kaufhof um 2 DM und Horten um 4 *DM heraufgesetzt* wurden. Autoaktien schlossen knapp unter ihrem Vortagsstand, nachdem Daimler zunächst um 7 DM und Mercedes um 8 DM zurückgefallen waren.

Düsseldorf: Edelwitten erhöhten um 7 DM auf 190 DM und AEG Kabel um 5 DM auf 240 DM. Isenbeck stockten um 5 DM auf 325 DM auf und Rheinwestkalk um 5 DM auf 123 DM. Gildemeister verloren 2,50 DM auf 74,50 DM und Hageda gaben um 2,50 DM auf 82,50 DM nach. Mauser verminderten sich um 4 DM auf 148 DM und Rhenag um *10 DM auf 388 DM. Allianz* Vers. erhöhten um 18 DM auf 629 DM.

Frankfurt: Braubank blieben bei Plusankündigungen 450 DM plus 35 DM, Braun 368 DM plus 17 DM, Kraus-Maffai 1660 DM minus 40 DM, Kupferberg 649 DM plus 19 DM, AG Badsalzschlirf 440 DM plus 20 DM und Bibliographisches Institut im Freiverkehr 345 DM plus 12 DM. Von Auslandsaktien wurden Philipps bei Minusankündigungen auf 39,80 DM zurückgenommen.

Hamburg: HEW schlossen mit 131 DM, und NWK Vorzüge stiegen auf 178 DM. Phoenix Gummi gingen zu 105 DM bis 107 DM (minus 1 DM) aus dem Markt. Bremer Vulkan erholten sich um 1 DM auf 37 DM und Reichelt wurden mit 84,50 DM, (plus 1,30 DM) gehandelt. Hapag Lloyd lagen bei 41,50 DM unverändert.

München: Agrob St. verminderten um 4 DM auf 344 DM und Decke AG stockten um 2 DM auf 115 DM auf. Dywidag verloren 10 DM auf 280 DM und Gehe AG verbesserten sich um 1 DM auf 181 DM. Leonische Draht stockten um 4 DM auf 297 DM auf und Wanderer um 8 DM auf 264 DM.

Berlin: Berliner Kindl konnten sich um 1,50 DM, Herlitz Stämme und Schering um je 3 DM, BHF-Bank um 3,50 DM und Bekula um 4 DM verbessern. Herlitz Vorzüge zogen um 10 DM und Berthold um 20 DM an. Siemens lagen um 1,10 DM und Adca um 20 DM leichter. Engelhardt und Hütte Kayser wurden um je 5 DM und Rheinmetall um 8 DM zurückgenommen.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Wien

	20. 4.	19. 4.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	207	207
Gösser-Brauerei	255	250
Länderbank Vz.	212	212
Österr. Brau AG	230	230
Perlmooser	347	347
Reininghaus	325	308
Schwechater Br.	148	147
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	171	171
Universale Hoch Tief	–	220
Veitscher Magnesit	209	208
Index	54,74	54,67

Kopenhagen

	20. 4.	19. 4.
Den Danske Bank	272	280,5
Jyske Bank	470	495
Kopenh. Handelsbk.	258	266,55
Novo Industri	2255	2710
Privatbanken	259	264
Ostasiat. Komp	129,25	130
Dan. Sukkerfabr	501	509,25
For. Bryggerier St.	660	835
Kgl. Porc. Fabr	329	529

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9¼	4⅝–4⅞	4½–4⅝
3 Monate	9⅛–9⅜	4⅞–5⅛	4 –4½
6 Monate	9¼–9½	5 –5¼	4 –4½
12 Monate	9⅜–9⅝	5¼–5½	4⅛–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 4.: Tagesgeld 4,8–4,9 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 20. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1328,00	1613,64
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1190,67
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	246,00	300,58
1 £ Sovereign Elizabeth II	244,00	298,32
20 belgische Franken	186,00	244,01
10 Rubel Tscherwonez	258,00	319,79
2 südafrikanische Rand	241,00	294,93
Krüger Rand, neu	1078,00	1263,34
Maple Leaf	1078,00	1263,34
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	256,00	323,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	213,00	268,94
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1003,00	1195,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	125,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	463,00	562,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	145,77

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Ein schwacher Bondmarkt und Enttäuschungen über zu geringe Aktivitäten der FED an den Tagesgeldmärkten führten am 20. 4. in Europa zu einer Zinssteigerung von beinahe ½ Prozentpunkten. Die niedrigsten Kurse um 2,4510 wurden sehr bald von einer Kurserhohung abgelöst, die bis 2,4595 im Fixing und bis 2,4650 später im Freiverkehr führte. Angesichts eines Dollar-Verkaufs von 67,2 Mill. Dollar im Fixing durch die *Bundesbank* und der Schlagzeilen um die Volcker-Nachfolge ist diese Entwicklungs als erstaunlich anzusehen. Die übrigen Währungen verzeichneten in den meisten Fällen kleine Kursgewinne. Aus dem Rahmen fiel die starke Befestigung des japanischen Yen von 1,0300 von 1,0370. US-Dollar in: Amsterdam 2,7710; Brüssel 49,0325; Paris 7,3775; Mailand 1464,70; Rom 17,2920; Zürich 2,0665. Ir. Pfund/Dollar 3,160; Pfund/Dollar 1,5552.

Devisenterminmarkt

Dollar-Deports unter dem Gesichtspunkt höherer Dollar-Zinssätze teilweise am 20. April kräftig erhöht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,01/0,91	2,67/2,57	5,30/5,10
Pfund/Dollar	0,16/0,13	0,38/0,34	0,54/0,49
Pfund/DM	2,60/1,20	5,70/4,30	10,10/8,70
FF/DM	31/25	78/62	164/148

Bundesschatzbriefe *(Zinslauf vom 1. April 1983 an)* Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Geschenk? Geschenkt!

P.Jo. – Das kulturelle Erbe ist ein wesentliches Ingrediens des nationalen Selbstbewußtseins. Das ist immer wieder zu hören. Besonders vor den Vereinten Nationen. Und gewöhnlich wird diese Feststellung dann mit der Klage verbunden, daß die Kolonialisten die Länder der Dritten Welt ihres kulturellen Erbes beraubt, wichtige Kulturgüter nach Europa verschleppt hätten.

Die Beweisführung macht es sich dabei sehr einfach: Da diese Kunstgegenstände in den wichtigen Völkerkundemuseen Europas zu finden sind, nicht aber in den Museen in Afrika, soweit solche überhaupt existieren, müssen sie geraubt sein. Daß das meiste nur erhalten blieb, weil es von Europäern gesammelt wurde, zählt dabei nicht.

Aber die UNO begnügt sich nicht mit Klagen. Sie weiß sich zu helfen. Sie bildet Kommissionen. So wird auch vom 9. bis 12. Mai in Istanbul die „Kommission für die Rückerstattung von Kulturgütern, die unrechtmäßig erworben wurden", tagen. Dabei vermischen sich in fataler Weise die Begriffe.

Es gibt zwar eine Konvention vom 14. November 1970 über die Rückgabe gestohlener Kulturgüter, nur bezieht sich diese Konvention, was die Entwicklungsländer gern verschleiern, allein auf das, was in unseren Tagen illegal von einem Land in das andere gelangt. Diese Konvention tangiert die großen Museen nicht. Denn die kaufen nur, was einen einwandfreien Herkunftsnachweis hat.

Trotzdem wissen bestimmte Dritte-Welt-Länder von Beispielen zu erzählen, wonach ihnen die ehemaligen Kolonialmächte Kulturgüter „zurückerstattet" hätten. Aus Deutschland sollen das u. a. drei Benin-Masken aus dem Hamburger Völkerkundemuseum sein. Doch beim Nachfragen erweist sich, daß es sich um ein offizielles Geschenk bei einem Staatsbesuch handelte.

Nicht anders ist es in den übrigen Fällen. Was die europäischen Länder als Geschenk ansehen, wird in den Papieren der Unesco zu einer „Rückgabe" und in Afrika liest man dann von einer „Rückerstattung". Diese Wortveränderung hat nichts mit der Qualität der Übersetzungen zu tun, sie ist Ausdruck eines Anspruchsdenkens, das sich einen Teufel um Normen des Rechts und Völkerrechts schert.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Ambiente

Bielers langer Schatten

Als mir die neueste Nummer der Monatsschrift „Ambiente" in die Hände kam und ich mich bei der Lektüre des bunt illustrierten Glanzpapier-Magazins mehr und mehr wunderte, wollte ich doch genau wissen, was dieses italienische Wort heißt. Der Brockhaus von 1928 sagt: Umwelt. Aber diese Vokabel ist seit einigen Jahren so magnetisch aufgeladen, daß man nicht mehr genau weiß, was sie alles einschließt. Langenscheidt bietet Neutraleres an: Milieu, Umgebung. Ein zu Vereinfachung neigender Freund meinte: Ambiente ist eben das Atmosphärische, das dich bei anderen Leuten empfängt ...

Die Leute, deren Wohnungen wohlaufgeräumt in diesem Magazin den neugierigen Blicken der Mitmenschen preisgegeben werden, sind allerdings mehr als bloß „andere Leute". Der Untertitel des Magazins, „Wohnen International", verpflichtet schließlich. Es sind fast ausnahmslos Architekten, Designer, Couturiers, Fotografen, abstrakte Maler, Filmregisseure – also Leute, deren Beruf es ist, uns optisch auszustaffieren. Die können es sich schon wegen ihres beruflichen Renommees nicht leisten, wie bei Muttern zu wohnen. Auch wenn anzunehmen ist, daß in diesen Wohnungen nach dem Abzug des Blitzlichtteams wieder etwas Unordnung einzieht – der Nachdruck, mit dem hier „Stil" exerziert wird, ist umwerfend und gespenstisch zugleich.

Wer hat nicht schon Besuche in solchen Wohnungen erlebt? Alles ist perfekt, vom Cocktailglas bis zu den Ohrringen der Gastgeberin, und wenn man sich die Hände waschen muß, wagt man kaum zu den vom Designer arrangierten Handtüchlein zu greifen. Man erinnert sich an Joachim Günthers an dieser Stelle zitierte Bemerkung über unsere Kultur-Avantgarde und deren mißverständlichen Glauben, „der Mensch sei wesentlich ein Produkt seiner Lebensumstände, und das Leben werde ein anderes, wenn diese Lebensumstände als Ursache der Entfremdung revolutioniert würden".

Das ist auch der Grund, weshalb in solchen Ambiente-Wohnungen das Gespräch nach den ersten zehn Minuten erlischt, weil man nur das zu hören bekommt, was die elektronischen Designer des Geistes an seelischer Inneneinrichtung zu den Stilmöbeln geliefert haben. Die Probe darauf wird im Heft mitgeliefert. In dem Beitrag „Zu Besuch bei Manfred Bieler".

Wir waren recht überrascht, als wir das auf dem Umschlag lasen. Schließlich ist Bieler alles andere als ein Anpasser. Zufällig kennen wir seine Wohnung: sie ist äußerst gemütlich und für geistige Produktion geeignet, aber keineswegs nach einem modischen Stilrezept konstruiert. Das Ambiente wird dort nicht von der Dekoration, sondern von der Familie Bieler geliefert.

„Ambiente" zog sich jedoch geschickt aus der Affäre. Die Bielersche Wohnung, welche die Inserenten des Magazins hätte verstören können, wurde nur in Kleinstaufnahmen angedeutet. Dafür ist seitengroß die unverkennbare (auf 200 Metern erkennbare) Silhouette von Manfred Bieler draußen auf der Straße. Und die hat Stil, weil Bieler sie nicht vom Designer besorgt, sondern selbst produziert hat.

ANTON MADLER

Josef Meinrad 70

Einen Jux macht er sich gern

Der Unbestechliche der Burg: Josef Meinrad FOTO: DPA

Bei Wandertheatern nannte man so etwas Benefizvorstellungen. Es wurde ein gängiges Stück ausgesucht, die besten Kollegen des Jubilars stellten sich selbstlos zur Verfügung, und das Abendhonorar fiel ihm taxfrei zu. Dieser letzte Umstand allerdings stimmt nicht mit dem überein, was das Wiener Akademietheater soeben mit der Neuaufführung von Hofmannsthals „Unbestechlichem" zu Ehren Josef Meinrads unternommen hat. Geld schaut für ihn insofern heraus, als er schlauerweise schon lange in Frühpension gegangen ist und nun jeden Auftritt eigens bezahlt bekommt. Natürlich wurde der so sympathische Burgmime vom Publikum mit rauschendem Applaus empfangen.

Man würde ihn gern öfter auf der Bühne sehen. Er ist ja auch in mancher Hinsicht ein Phänomen. Welcher Burgschauspieler hat das Handwerk eines Lackierers erlernt und nicht nur unverdrossen, sondern auch dankbar ausgeübt? Welchem mangelt wie ihm jegliche Eitelkeit? Da er ein großer Tierliebhaber ist, mit Katzen, Hundefindlingen, Enten und anderem Gezeucht daheim, das er liebend betreut, so wird er auch nicht übelnehmen, wenn hier anthropomorphe Vergleiche angestellt werden: Er hat, wie der Pfau, eine unschöne Stimme, hat treue Augen wie ein Bernhardiner, die Gelenkigkeit eines Gnus und das freudige Wiehern eines Hengstes.

Alles in allem eigentlich keine Eigenschaften, die zur Bühnenlaufbahn prädestinieren. Aber doch auch wieder wichtig, weil ausgesprochene Eigenheiten, die sich bei ihm noch mit einer unverbrüchlichen Liebenswürdigkeit verbinden, von der er aber in der ihm eigenen Neigung zum Understatement sagt, sie werde von ihm bewußt gepflegt, weil sie Gleiches aus dem Walde schallen lasse. Was man ihm nicht abnehmen muß, es ist vielmehr die ihm innewohnende Güte, die sich da ausspricht, den Zuschauer anspricht und eben diesen auch die Spielfreude miterleben läßt, die den Darsteller spürbar erfüllt, mag er nun einen scharfen Nestroy-Typ oder den „Ritter von der traurigen Gestalt" mimen, im „Unbestechlichen", mit der unvergleichlichen Paula Wessely als Baronin, läßt er's auch nicht an Energie fehlen und leiht damit der graziösen kleinen Komödie Hofmannsthals dramatische Töne.

Bei der Festaufführung, die wir als Benefiz bezeichnet haben, kam wohl auch so etwas wie innere Bewegung dazu, die den braven Kammerdiener mehr über sein Metier hinaushob, als die Rolle vorschreibt. Um so sensibler fiel darum die Szene zwischen den Eheleuten aus, wo sich der leichtsinnige Jaromir (Karlheinz Hackl) einer unbegreiflichen Wandlung bewußt wird, „als ob es jemand darauf angelegt hätte, mich zu mir selber zu bringen und ganz zu dir – aber wer?", worauf seine nun erst wirklich gefundene Frau (Helma Gautier) sagt: „Wer? Nun, der, durch den alles geschieht. Was er für Werkzeuge dazu gebraucht, das können wir nicht durchschauen." Das Werkzeug ist eben hier der Kammerdiener des gewiß nicht zufälligen Namens Theodor – Gottgeschenk –, dem wie so vielen Bühnenfiguren in seinem nun siebzigjährigen Leben – er wurde am 21. April in Wien geboren – Josef Meinrad seine große Persönlichkeit geliehen hat.

ERIK G. WICKENBURG

Domizil für stumme Spieler: Sládeks Pantomimentheater „Kefka" eröffnet in Köln sein neues Haus

Doch die feine Dame ist ein rechtes Aas



Bestseller des Kölner Pantomimentheaters: Strawinskys „Geschichte vom Soldaten" mit Milan Sládek (links) und Eduard Zlabek FOTO: M. FEHLAUER

Im Foyer rattern Nähmaschinen und verwandeln unförmige Stoffballen in Kostüme. Scheinwerfer gehen an und verlöschen wieder, Lichtstreifen wandern durch den Raum, werden höher oder niedriger justiert, Musik erklingt vom Band. Die Vorbereitungen für Milan Sládeks ersten Pantomimenabend im neuen Haus laufen auf Hochtouren. Heute abend ist Premiere. Während im Vordergrund einige Mimen und Techniker beratschlagen, wo man passende Schrauben für das Flügeltor, einen Teil der Dekoration, herbekommen könnte, proben zwei Spieler im Hintergrund der schwarz ausgeschlagenen Bühne gravitätisches Schreiten.

In der Aula des Kölner „Königin-Luise-Gymnasiums" haben Milan Sládek und seine Mitarbeiter, hat das „Theater Kefka", das einzige Pantomimentheater Westeuropas, wie man nicht ohne Stolz betont, endlich ein festes Domizil gefunden, nachdem das alte Haus an der Aachener Straße mit 90 Plätzen viel zu klein geworden war. Man verspricht sich viel von dem neuen Stück. Titel: „Der Lumpenhändler". Das Original-Szenario von Jean-Gaspard Deburau aus dem 19. Jahrhundert ist längst verlorengegangen; das neue Stück basiert auf einer Kritik der Uraufführung von Théophile Gautier aus dem Jahre 1842. Es ist von Sládek selbst, gemeinsam mit Eduard Zlabek, erarbeitet worden.

Milan Sládek spielt auch den Pierrot, eine Figur, die in seiner Arbeit eine wichtige Rolle spielt. „Durch den Pierrot bin ich erst auf das Pantomimentheater aufmerksam geworden", erzählt er, der 1968 aus der CSSR emigrierte. „In einem Buch hatte ich von ihm gelesen; als Theaterfigur war er aber in der Tschechoslowakei völlig unbekannt. Pantomime war als Kunstgattung überhaupt unerwünscht. Sie galt als ‚formalistische' Kunst." Sládek lacht verschmitzt. „Für Arbeiter war unser Prager Theater angeblich nicht geeignet. Was für ein Unsinn! Vielleicht hatten die oben Angst, daß zu sehr die Emotion, zuwenig der Intellekt angesprochen würde."

1958 hatte Sládek seine erste öffentliche Vorstellung. Und da tauchte auch gleich der Pierrot auf. Er verliebt sich in eine reiche Dame und verschmäht die Zuneigung seiner Colombine. Um seiner Angebeteten näher zu sein, verkleidet er sich als Dienstmädchen. Da lernt er den wirklichen Charakter dieser Dame kennen, und reumütig kehrt er zu Colombine zurück.

„Es gibt thematische Parallelen zum ‚Lumpenhändler'. Wieder *möchte* Pierrot in eine bessere Gesellschaftsklasse aufsteigen. Er ermordet einen Lumpenhändler, der den dringend benötigten Frack in seiner Kleidersammlung hat. In dieser Verkleidung erhält er Zutritt zur feinen Gesellschaft. Aber der Geist des Ermordeten verfolgt ihn ..." Mehr möchte Sládek nicht verraten.

Neben dem Pierrot gibt es eine andere Figur, die ihn seit seinen ersten Auftritten begleitet, eben jenen „Kefka". „Freunde haben mir diesen Spitznamen gegeben wegen meiner Haare. ‚Kefka' bedeutet ‚Bürstchen'." Er fährt sich durchs Haar, wie um nachzuprüfen, ob der Name noch seine Berechtigung hat. „Meine erste Figur, einen Kellner, habe ich ‚Kefka' genannt. Mit dem Namen hatte er für mich mehr Persönlichkeit, einen individuellen Charakter. So hatte ich leichter Zugang zu ihm."

In Preßburg ist Milan Sládek 1938 zur Welt gekommen, dort hat er als Jugendlicher noch die Stummfilme von Charlie Chaplin, Buster Keaton, Lupino Lane gesehen. Damals hat er sich überlegt, daß man auch abendfüllende Pantomime machen könnte, nicht nur als Solist, sondern in der Gruppe. Daß Pantomime hierzulande meist im Alleingang vorgestellt wird, begründet er dreifach. „Die moderne Pantomime ist vor allem durch Frankreich beeinflußt worden, wo es vorwiegend Solisten gab. Außerdem findet man kaum spielbare Literatur für Pantomimengruppen: alles muß selbst erdacht und erarbeitet werden. Schließlich sind da noch ökonomische Gründe. Die Unterhaltung eines Pantomimentheaters mit mehreren Mitarbeitern ist sehr teuer."

Sladek weiß, wovon er spricht. Er arbeitet derzeit mit vier festen und vier freien Kollegen. Die finanzielle Decke, die ihm die Stadt Köln und das Land Nordrhein-Westfalen gewährt haben, ist mit 25 Prozent äußerst dünn und wärmt nur, wenn die restlichen 75 Prozent selbst eingespielt oder durch Spenden erbracht werden. „Aus finanziellen Gründen haben *wir* so viele Tourneen gemacht. Wir können es uns nicht leisten, das ganze Jahr über zu spielen." Deshalb werden die Gastspiele des „Theaters Kefka" auch weiterhin viel Platz einnehmen. Von Juni bis August wird Sladek in Japan sein, um an einem Pantomimenworkshop teilzunehmen („Aber nur als Schüler!") und mit einem Gehörlosentheater zu arbeiten. Für November ist eine Tournee durch Brasilien und Argentinien geplant.

Doch Sladek verreist nicht nur, er lädt auch ein. Im Juni wird Johnny Melville in Köln zu Gast sein, und vom 2. bis 11. September findet in der Domstadt, mittlerweile zum achten Mal, das internationale „Gauklerfestival" mit zahlreichen Gruppen und Solisten statt.

Wie kommt er mit dem deutschen Publikum zurecht? Sladek zögert mit der Antwort. „In der Tschechoslowakei spielen Künstler eine größere Rolle als hier", sagt er schließlich. „Die Trennung zwischen Schauspieler und Zuschauer ist hier stärker ausgeprägt; der Schauspieler ist kein Sprachrohr für die Menschen im Theater. Aber wir haben ein sehr gutes Publikum", fügt er schnell hinzu, „das wunderbar mitgeht und uns versteht. Es sind auch nicht mehr nur vorwiegend junge Leute, wie zu Anfang unserer Arbeit, alle Altersstufen sind vertreten."

Seinem Theater ist eine Schule angegliedert; derzeit führt er zwei Gruppen mit 20 Teilnehmern in die Kunst der stummen Kommunikation ein; sechs weitere Adepten, die die Pantomime zum Beruf machen wollen, werden in einem Sonderkursus ausgebildet. Das macht Milan Sladek nicht ohne Hintergedanken, denn hier kann er seinen Nachwuchs fördern. „Ich möchte einmal eine Gruppe von zehn festen Mitarbeitern haben, damit wir mit zwei Ensembles spielen können. Das wünsche ich mir für die Zukunft."

RAINER NOLDEN

Darmstädter Tagung: „Die Wiener Schule heute"

Töne aus der Sackgasse

Mißverständnisse sind in der Kulturgeschichte nicht halb so gefährlich wie in der Politik oder in der Liebe. Im Gegenteil: Es gibt Beispiele genug für fruchtbare Irrtümer oder Einäugigkeiten in Kunst und Wissenschaft. Einäugig war, dieses Ergebnis brachte die 37. Hauptarbeitstagung des Instituts für Neue Musik und Musikerziehung in Darmstadt wenigstens zuwege, die Überbewertung des Seriell-Konstruktiven unter Berufung auf den Komponisten Anton von Webern in den frühen fünfziger Jahren.

Die hauptsächlich aufgrund von Partitur-Analysen entzündete Webern-Euphorie von damals ließ die selbst heute noch kaum bekannten früheren Arbeiten Weberns, in denen er den „musikalischen Ausdruck" noch nicht durch die Schlankheitskur eines auf die Spitze getriebenen Reihendenkens ausgemergelt hatte, nachgerade außer acht. Die Wirkung, die diese einseitige Webern-Rezeption hatte, war trotzdem oder gerade deshalb heilsam: die Sackgasse der publikumsfreundlichen Überbewertung des Abstrakt-Konstruktiven, verbunden mit der Kündigung von Verbindlichkeiten wie Dreiklängen oder Motiv-Wiederholungen, wurde gründlich ausgeschritten – und verworfen.

Nun hieß das Kongreß-Thema allerdings nicht „Die Wiener Schule – damals", sondern „heute". Zwar war es für diejenigen, die es noch nicht wußten, überaus lehrreich, von Carl Dahlhaus zu hören, daß Arnold Schönberg in seinem Spätwerk den Motivbegriff neu definierte, indem er Akkorde und Rhythmen motivfähig machte. Und daß die tonalen Rückzieher der Emigrationsjahre weder Manko noch opportunistisches Zugeständnis waren, sondern ebenso wie Zwölfton-Struktur oder atonale Freizügigkeit Forderungen der jeweils gewählten inhaltlichen oder ausdrucksmäßigen „Sujets", die eben diese oder jene Bearbeitungsweise des Tonvorrats nahelegten.

Bedenkenswert auch Rudolf Stephans Hinweise zur „Wiedergewinnung der Spontanität", die sich Schönbergs Schüler Alban Berg durch die Komposition mit zwölf nur aufeinander bezogenen Tönen nicht vergällen ließ – eine scheinbare Spontaneität allerdings, getragen vom Kalkül mit Tonkonstellationen, das den gesuchten und hervorgebrachten Ausdruck erst dauerhaft „einfaßt".

Weil Berg an seinen Bauplänen wie ein Möbelschreiner arbeitete, „die Nägel nicht herausstehen und den Leim nicht stinken" ließ, sicherte er seinem Werk größte Bekanntheit und den ungeteilten Nachruhm, der weder seinem Lehrer noch seinem Kommilitonen Anton von Webern vergönnt war und ist. Expressivität der Musik und gesuchte Breite des „Ansprechpublikums" – diese von Berg mit anscheinend leichter Hand eroberten Ziele verfolgen auch viele junge Komponisten, die sich in Darmstadt zu Wort meldeten.

Eines Theoretikers wie Theodor Adorno, aus dessen Händen die jungen Komponisten der fünfziger Jahre den Geist der „Wiener Schule" – wenn es sie denn gibt – empfingen, nicht mehr teilhaftig, geistert die Nachfolgegeneration durch die unermeßliche Weite der Möglichkeiten, die Charles Ives und John Cage, Steve Reich und Terry Riley, Einflüsse asiatischer Musikkulturen und des biegsamsaugfähigen Jazz freigelegt haben. Nach Spuren der „Wiener Schule" im Werk junger Zeitgenossen zu forschen dürfte nicht leicht sein – aber vielleicht gibt es schöpferische Abwehrreaktionen?

Was man heute von der „musikalischen Prosa" Schönbergs, dem hörfreundlichen Strukturdenken Alban Bergs, dem lyrischen Telegrammstil des späten Webern und der wechselvollen Rezeptionsgeschichte Hanns Eislers weiß, wurde (leider ohne gehörige Klang-Anschauung) geistreich kundgetan. Wie man heute gegen das Systemdenken der „neuen Wiener" ankomponiert – oder ob die wieder aufgebrochene Sehnsucht nach dem 19. Jahrhundert Großväter und Enkel gar hinterrücks verbindet –, darauf mußte sich der Hörer seinen eigenen Vers machen.

LUTZ LESLE

Augsburg: „Kleine Verhältnisse" von H. Walbert

Deutsche Wehleidigkeit

Reihenhaus-Idylle. Ein Ehepaar sitzt auf den neuen Liegestühlen und ißt Erdbeeren mit Sahne. Er, Herr Feininger, ist nach eigenem Bekenntnis ein „Schmalspur-Architekt" und sie, Frau Feininger, nach eigener Aussage Hausfrau und Mutter. Sie haben es im Laufe der vielen Jahre zu bescheidenem Wohlstand gebracht. Ihre Tochter Irmgard ist Lehrerin und steht vor der Hochzeit. Herr Feininger, so erfahren wir, hat Probleme in seinem Betrieb, flüchtet sich in Neurosen, in Krankheiten. Die berufliche Krise zieht eine Ehekrise nach sich. Am Schluß ist Herr Feininger arbeitslos, aber er tröstet sich: das Leben geht auch so weiter.

Dies ist die Quintessenz des an den Städtischen Bühnen Augsburg uraufgeführten Stücks von Helmut Walbert, „Kleine Verhältnisse". Also wieder einmal ein Stück deutscher Wehleidigkeit und Identitätssuche. Walbert mogelt sich fein heraus, verzichtet vollkommen auf psychologische Interpretationen, erklärt nichts, entschuldigt nichts, zeigt dafür viel plattes Terrain. Im Programmheft wird suggeriert, daß dies Methode sei, denn man wolle den Betrachter zwingen, zu erkennen, was sich hinter bekannten Vorgängen abspiele. Nichts wird daher zu Ende erzählt, nichts ausdrücklich gesagt. Letztlich ein Stück peinlicher Belanglosigkeiten. Und wenn die Akteure dann wirklich reden, ist das auch kein Gewinn: Ihre Sprache ist gespickt mit Alltagsfloskeln. „*Du* mußt essen." – „Was ist los?" – „Jetzt haben wir es schön, wenn Irmgard aus dem Hause ist. Nur die Tanne wird nicht größer."

Regisseur Roland Bertschi hatte sich zudem noch voll auf diesen handlungslosen Dialog eingelassen, nichts theatralisch aufgemöbelt. Er gab der sowieso schon kargen Szenerie noch viel Platz für Leere. Er zielte, gemeinsam mit dem Autor, aufs genaue Hinhören im Detail. Natürlich gibt es Zwänge und Verletzbarkeiten in einer 30jährigen Ehe. Natürlich ist es mühsam, sich gegen die Sticheleien einer Ehefrau, die nie im Berufsleben gestanden hat, zu wehren. Und natürlich gibt es die Generationenkonflikte zwischen Mutter und Tochter. Aber das Stück überspielt die Beweggründe dieser kritisierten typischen Verhaltensweisen einfach. Müßig, in diesem Falle daran zu erinnern, daß Theater etwas anderes ist als platter Prosatext. Der Autor ist hier nur Stichwortgeber geblieben.

Das szenisch knapp gefaßte Stück wurde in 15 Bildern gezeigt. Die Umbauten auf der verdunkelten Bühne waren spannender als die Dialoge.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KULTURNOTIZEN

Das „Festival zweier Welten" von Spoleto (22. Juni bis 10. Juli) wird mit „Madame Butterfly" in Ken Russells Regie eröffnet.

Zum 500. Geburtstag von Raffael sind in Lille vom 28. April bis 27. Juni über 50 Zeichnungen aller Schaffensperioden zu sehen.

Als Filmschau aller Kategorien sind die 41. Deutschen Amateurfilm- und Videofestspiele '83 geplant.

Die Stadt Bocholt schreibt für 1983/84 einen Wettbewerb für je einen Stadtschreiber und -maler aus.

Eine Manet-Retrospektive ist ab 23. April in Paris und ab 10. September in New York zu sehen.

Das Theater Oberhausen will in der kommenden Spielzeit die 1928 uraufgeführte, aber vergessene Oper „Till Eulenspiegel" von Mark Lothar wieder zur Aufführung bringen.

Die Wirklichkeit zum Symbol erhoben: Zum Tode von J. Andrzejewski

Von der Finsternis des Paradieses

In Czeslaw Miloszs großem Essay über das „Verführte Denken" erscheint er als einer derjenigen, die sich ohne Not und mit apostatischer Verbissenheit dem kommunistischen Regime zur Verfügung stellen. Die Anklage ist bitter, aber in den ersten Jahren nach dem Kriege konnte man tatsächlich glauben, Jerzy Andrzejewski sei ein stumpfer „Sozrealist" geworden. Die Partei triumphierte. In Andrzejewski schien sie den Musterfall eines prominenten, hochbegabten katholischen Vorkriegs-Schriftstellers zu haben, der sich vorbehaltlos der „Neuen Wirklichkeit" angepaßt hatte.

Doch der Augenschein trog. Andrzejewski, der in Warschau von 1939 bis 1944 einer nationalen Widerstandsgruppe angehörte, lieferte sich niemandem aus, auch nicht den Kommunisten. Später sagte er, er habe die „Neue Wirklichkeit" damals „testen" wollen. Der Test fiel negativ aus. Die Verlogenheit der Partei, ihre Mißachtung der Bürger- und Menschenrechte, fanden in Andrzejewski bald einen scharfen, mutigen Kritiker. Der Autor von „Asche und Diamant" gehörte zu den ersten, die den Stalinismus zu attackieren wagten.

Parallel dazu ereignete sich die großartige Wiedergeburt des Stilisten Andrzejewski. Begonnen hatte er im Vorkriegspolen mit psychologisierenden Etüden à la Bernanos, um sich danach einem „optimistischen Realismus" auszuliefern, wie die Partei ihn liebte. Doch gegen Ende der fünfziger Jahre trat er plötzlich mit einer Prosa hervor,



Die Utopie getestet: Jerzy Andrzejewski (1909–1983) FOTO: A. BRANDT

die klar und ehrlich war, die vor Meisterschaft funkelte, die die Wirklichkeit mit wenigen wuchtigen Strichen zum Symbol erheben konnte oder sie durch unendlich feine Ziselierungen durchsichtig machte wie Kristall.

Die Reihe der Meisterwerke begann mit dem anspielungsreichen Inquisitionsroman „Finsternis bedeckt die Erde", setzte sich fort mit den „Pforten des Paradieses" und gipfelte in Werken wie „Das Zermalmte" oder „Appellation", die in Polen schon nicht mehr erscheinen durften, weil sie unverhüllt Kritik am Regime übten.

Auf der Höhe seiner Schaffenskraft mußte sich Andrzejewski zunehmend westlicher Medien bedienen, um noch gehört zu werden. Er wandte sich gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei, rügte die Ausbürgerung Solschenizyns, gehörte zu den Gründern des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung KOR. Seine letzten Tage waren verdunkelt durch Kriegsrecht und ungezügelte Repression. Jetzt kommt die Nachricht, daß Jerzy Andrzejewski, 74 Jahre alt, in Warschau gestorben ist.

GÜNTER ZEHM

JOURNAL

Emigration als deutsch-französische Geschichte

dpa, **Paris**

„Französische Emigranten in Deutschland, deutsche Emigranten in Frankreich, 1685–1945" ist der Titel der ersten großen wissenschaftlichen deutsch-französischen Gemeinschaftsausstellung, die bis zum 10. Juni im Pariser Goethe-Institut zu sehen ist. 96 Schautafeln zeigen in Bild und Text chronologisch die Emigration ins jeweilige Nachbarland. Die Gründe waren religiöse oder politische Verfolgung, aber auch wirtschaftliche Mißstände. Die Ausstellung wird anschließend vier Jahre lang abwechselnd in rund 20 französischen und deutschen Städten vorgestellt. Sie ist in vier Abschnitte gegliedert und beginnt mit dem Exodus der Hugenotten aus Frankreich. Koblenz wurde nach der Französischen Revolution 1789 der Sammelpunkt der französischen Royalisten; deutsche Republikaner gingen dagegen damals nach Frankreich.

Die schlechte wirtschaftliche Situation in Deutschland ließ zu Beginn des 19. Jahrhunderts Zehntausende von Handwerkern, Arbeitern und Kaufleuten nach Frankreich ziehen. 1933 emigrierten die ersten politisch und rassisch verfolgten Deutschen nach Frankreich. Die politischen und kulturellen Aktivitäten deutscher Künstler bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs werden durch Filme von Fritz Lang, Max Ophüls und anderen dokumentiert.

Paris veranstaltet erstmals Jazz-Messe

AFP, **Paris**

Eine Jazz-Messe wird ab heute vier Tage lang erstmals in Paris veranstaltet. 150 Aussteller aus elf Ländern und rund 100 Musiker haben sich angesagt. Die Messebesucher können Konzerte und Fachgespräche nonstop verfolgen. Nur der Eröffnungstag ist dem Fachpublikum vorbehalten. Der erste „Salon international du Jazz" versteht sich als Kontaktbasis für Jazz-Profis und das Publikum.

Dali-Fälscher von Polizei festgenommen

dpa, **Madrid**

Der Maler Manuel Pujol Balades und die Galeristin Begona Guerrero sind wegen des Verdachts, Bilder Salvador Dalis gefälscht zu haben, von der spanischen Polizei festgenommen worden. Bislang sind 64 gefälschte Dali-Werke entdeckt worden. 236 weitere werden auf ihre Echtheit überprüft. Durch den Betrug soll ein Schaden von rund 700 000 Mark entstanden sein.

Gemälde von Watteau entdeckt

SAD, **London**

Ein Gemälde aus dem 18. Jahrhundert ist bei einer Routine-Schätzung von Bildern in einer Londoner Wohnung von einem Experten des Auktionshauses Christie's als echter Watteau identifiziert worden. Gemälde dieses französischen Meisters sind sehr selten, so daß dieser Fund auch kunsthistorisch von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um eine allegorische Darstellung des Frühlings nach Art der „Fêtes galantes" mit vornehmen Müßiggängern in einem Park. Dieses um 1710 gemalte Bild könnte nach Meinung von Experten bei der Auktion bei Christie's am 8. Juli umgerechnet mindestens eine Million Mark erbringen.

Wolfdietrich Rasch 80

Seinen 80. Geburtstag feierte der Germanist Professor Wolfdietrich Rasch. Der gebürtige Breslauer habilitierte sich 1933 in Halle als Privatdozent, 1941 erhielt er einen Ruf nach Würzburg. Nachdem er dreizehn Jahre lang in Münster als Ordinarius für Neuere deutsche Literatur tätig war, lehrt er seit 1971 als Gastprofessor in München. Zu seinen Hauptwerken gehören Untersuchungen zum Werk Robert Musils und zur Literatur des 18. und 19. Jahrhunderts.

In einem Dinghi erlebten deutsche Segler die Hölle

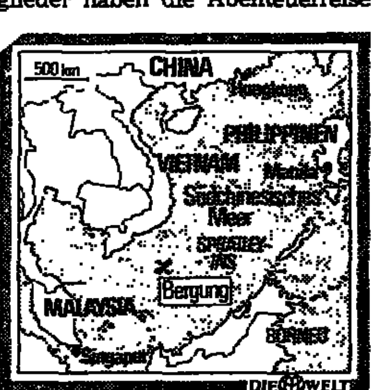
„Siddharta"-Überlebende 9 Tage ohne Wasser und Nahrung

K. T. Singapur

„Pures Glück", nannte ein deutscher Diplomat in Singapur die Rettung der Schiffbrüchigen von der Kölner Yacht „Siddharta". Die vier Überlebenden waren Dienstag nachmittag MEZ – „beim letzten Büchsenlicht", wie einer von ihnen formulierte – 320 Kilometer westlich der Spratley-Inseln, wo die „Siddharta" beschossen worden war, von dem *panamaischen* 15 500-Tonnen-Container-Schiff „Linden" geborgen worden. Einen Tag zuvor war die Suchaktion eingestellt worden.

Die vier Überlebenden – der Kölner Eigner Peter Marx (36), seine aus Singapur stammende Frau Jenny (33) sowie die beiden Deutschen Baldur Drobnica (48) und Norbert Willand (33) – waren mit ihrem Beiboot in die internationale Schiffahrtslinie Singapur – Hongkong gedriftet. Sie sind erschöpft, ansonsten aber in guter Verfassung.

Zwei der sechs Besatzungsmitglieder haben die Abenteuerreise



der „Siddharta" jedoch mit dem Leben bezahlt. Diethelm Müller war ums Leben gekommen, als die Yacht von einer vietnamesischen Einheit auf den Spratley-Inseln unter Feuer genommen wurde. Gero Brand dagegen erlag erst am Dienstag, kurz vor der Rettung durch die „Linden", seinen Schußwunden. Man warf ihn über Bord. Auch Peter Marx war, wie er gestern nacht in einem Interview mit Radio Luxemburg sagte, durch einen Brustschuß verletzt worden.

Die „Siddharta" hatte sich am 10. April einer der Spratley-Inseln genähert. Dort wollten die Kölner Funkamateure aus Leidenschaft – eine Sendestation errichten. Die Besatzung winkte den Menschen am Strand zu. „Sie winkten zurück, auf ihre Art", berichtete Marx in dem Interview, „nämlich: mit Kanonen. Bei der Schießerei wurden unsere Benzinkanister in Brand geschossen. Kurze Zeit später stand das ganze Boot in Flammen. Innerhalb weniger Minuten war unser Schiff weg. Tja, und dann saßen wir in unserem kleinen Dinghi mit wenig Hoffnung." Von da ab hieß die Parole: „Durchbeißen oder sterben."

Neun Tage trieben die Frau und die drei Männer in Badesachen auf offener See. Ein halbes Dutzend Schiffe fuhr in dieser Zeit auf Sichtweite an ihnen vorbei. Sie hatten weder zu essen noch zu trinken an Bord. Marx: „Wenn ich sage, wir hatten nichts, dann meine ich: Wir hatten nicht einen Tropfen Wasser und absolut nichts zu essen."

Unterdessen war eine umfangreiche Rettungsaktion gestartet worden. Zwei Flugzeuge suchten tagelang nach der verschollenen Yacht, die sich am 10. April mit bruchstückhaften Funksprüchen gemeldet hatte. Es waren, wie sich jetzt herausstellte, die letzten überhasteten Notrufe, bevor die „Siddharta" versank.

Marx, der „alles noch nicht begreifen" konnte, hatte gestern nur den einen Wunsch: „Ich würde gerne meine Mutter sprechen."

Ein Segeltörn Richtung Spratley-Inseln ist auf jeden Fall gefährlich. Das weiß man in der internationalen Schiffahrt seit langem und macht, um diplomatischen Verwicklungen auszuweichen, einen großen Bogen um dieses Gebiet.

Die Inseln werden von mehr oder weniger allen Anrainerstaaten – China, Taiwan, Vietnam, Malaysia und den Philippinen – beansprucht, obwohl die Länder bis zu 1300 Kilometer von ihnen entfernt liegen. Als der philippinische Staatspräsident Marcos die Inseln 1979 per Dekret seinem Land einverleibte, weil es „geographisch einfach zu uns gehört", entfachte er einen bis heute nicht beigelegten Streit mit China, das seinen Anspruch historisch belegt. Schon im 2. Jahrhundert vor Christus seien die Inseln von der Han-Dynastie besiedelt worden. Vietnam *leitet* sein „Recht" auf dieses Fleckchen Erde von der Besetzung durch das damalige Königreich Annam im Jahre 1802 ab. Malaysia unterstreicht seinen Anspruch, indem es von Zeit zu Zeit Patrouillenboote dorthin entsendet. Taiwan endlich versteht sich als Befreier, seit die Nationalchinesen 1945 die Japaner von den Inseln vertrieben.

Die Spratley-Inseln – Hunderte von Korallen-Atollen und winzige Inselsplitter – liegen in fischreichem Gebiet, bergen große Phosphat- und vermutlich reiche Öllager. China ist darüber hinaus aus strategischen Gründen an diesem Gebiet interessiert. Es will verhindern, daß Vietnam die Atolle als Stützpunkte für die Sowjets aufbaut.

Zu viele schwarze Schafe tummeln sich in der weißen Pracht

Immer schwerere Ski-Unfälle auf alpinen Pisten / Experten fordern einheitliche Regeln

Skifahren – ein Vergnügen, das in den Alpen für immer mehr Menschen böse endet. FOTO: WALTER STORTO

WALTER H. RUEB, Bonn

In den Alpen geht die Wintersaison zu Ende, Bergbahnen stehen still, Pistenfahrzeuge rollen in ihre Unterstände. „Endlich", seufzt der Leiter der Bergrettung in einem großen Engadiner Skigebiet, „so viele Skiunfälle wie in diesem Winter gab es noch nie. Und die Verletzungen waren schwerer als zuvor. *Es gibt leider immer mehr Rowdies auf den Pisten.*"

Das Problem, im gesamten Alpenraum beklagt, wurde in der Schweiz schon in Zahlen gefaßt. Die sind alarmierend: Etwa 400 Skifahrer sind in der Schweiz pro Tag in einen Unfall verwickelt. Jährlich kommt es in den Schweizer Bergen nach Schätzungen von Fachleuten zu 50 000 bis 65 000 Skiunfällen. Der dabei entstehende volkswirtschaftliche Schaden wird auf 600 Millionen bis eine Milliarde Mark geschätzt; denn längst geht es bei den meisten Unfällen nicht mehr mit Verstauchungen, Quetschungen oder einfachen Knochenbrüchen ab. Komplizierte *Verletzungen erfordern immer* häufiger lange Krankenhausaufenthalte.

Im zurückliegenden Winter bestätigten sich in zunehmendem Maße die Erkenntnisse vergangener Jahre: Gedränge auf Pisten, schwierigere Fahrtechniken, höhere Geschwindigkeiten und zunehmende Rücksichtslosigkeit haben zu schlimmen Folgen für zwei Drittel der Unfallopfer geführt. In jüngster Zeit sind besonders die Fälle von schweren Schädelbrüchen *und Mehrfach-Verletzungen im* Bereich von Wirbelsäule und Becken gestiegen.

Soo-Young-Oh, Chef der Neurochirurgischen Abteilung des Krankenhauses von Chur, wo Schwerverletzte aus dem ganzen Schweizer Kanton Graubünden mit den weltbekannten Skiorten Davos, Klosters, Arosa und St. Moritz behandelt werden, setzt sich vehement für das Tragen von Schutzhelmen ein. „Außer den vom Inter*nationalen Skiverband empfohle*nen Verhaltensmaßregeln auf der Skipiste bietet nur ein Helm wirksamen Schutz vor folgenreichen Schädel- und Hirnverletzungen." Für Kinder und jugendliche Skifahrer fordert der Chirurg sogar die Helm-Pflicht, denn selbst harmlose Stürze auf vereisten Pisten führten gerade bei jüngeren Skifahrern häufig zu schweren Schädel- und Hirnverletzungen.

Schwere Unfälle haben jedoch auch andere Ursachen: Viele Skifahrer überschätzen ihr Können und verlassen die ausgeschilderten Abfahrten: „Wer die markierte Piste verläßt, um einmal im Tiefschnee den Reiz einer Schußfahrt *an besonders steilen Hängen aus*zukosten, begibt sich in unnötige Gefahr", sagte ein Oberstdorfer Bergwachtmann.

Auf Österreichs Skipisten kamen im vergangenen Winter 25 Menschen bei Skiunfällen ums Leben. Raserei und Unachtsamkeit waren die häufigsten Unfallursachen. Neuerdings spielt auch der Alkohol eine verhängnisvolle Rolle.

In Innsbruck zog ein Sprecher der Bergwacht erschreckende Bi*lanz: „Von unseren Pisten müssen* in einer einzigen Saison 12 000 Skifahrer schwerverletzt abtransportiert werden. 73 Prozent von ihnen sind Ausländer ..."

In Österreich hat man ermittelt, daß ein Skifahrer auf einer stark frequentierten Piste seiner Umgebung mehr Aufmerksamkeit schenken muß als ein Autofahrer im dichten Verkehr. Dabei sind jedoch die Verhaltensregeln nach Ländern verschieden: Während *man in Österreich* aus den in jüngster Zeit sprunghaft gestiegenen Zahlen schwerer Unfälle die Konsequenzen zog und in einem höchstrichterlichen Urteil entschied, daß „auf regulären Pisten wie im Straßenverkehr der Rechtsvorrang zu gelten hat", wies man in München beim Deutschen Skiverband ausdrücklich darauf hin, daß „auf den Skipisten in den Alpen die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung keine Gültigkeit haben". Im alpinen Skisport gebe es auch nicht den Grundsatz „rechts vor links", wurde in Bayern ausdrücklich betont.

Für Verwirrung trägt auch bei, wenn der Juristische Beirat des Deutschen Skiverbandes *feststellt*, daß „in der Bundesrepublik, in Österreich und den anderen Alpenländern für die Skifahrer Sorgfaltspflichten gelten, die in den Verhaltensregeln des Internationalen Skiverbandes zusammengefaßt sind".

Der Ruf von Kurdirektoren, Skilehrern, Rettungsdiensten und Ärzten sämtlicher Alpenländer nach allgemeingültigen Regeln, klaren Angaben über den Schwierigkeitsgrad von Abfahrtspisten, Ermittlung und Bestrafung von Pi*stenrowdies und einheitlichen* rechtlichen Verhaltensnormen wird immer lauter.

ADAC: Abstands-Messungen der Polizei zu ungenau

dpa, München

Abstandsmessungen der Polizei auf Autobahnen sind nach Meinung der Zeitschrift „ADAC-Motorwelt" „zu ungenau" und die darauf gründenden Bußgeldbescheide „äußerst zweifelhaft". Der von Gerichten aufgestellte Erfahrungssatz, daß ausreichend geschulte Beobachter Abstandsänderungen zwischen Fahrzeugen auf eine Entfernung von 150 bis 300 Meter einschätzen könnten, sei falsch, erklärte der ADAC gestern in München. Nach 250 Testfahrten mit einem Meßwagen mit Abstandsradar und geeichtem Tachometer stellte die „Motorwelt" fest, daß in 50 Prozent aller Fahrten selbst erfahrene Polizeibeamte nicht erkannten, daß sich der Abstand zwischen zwei Autos um bis zu 15 Meter verkleinerte oder vergrößerte. Bei der Fahrzeuggeschwindigkeit seien sogar neun von zehn Änderungen falsch geschätzt worden.

Russen starteten ins All

AFP, Moskau

Die Sowjetunion hat gestern eine neue Weltraummission gestartet. Radio Moskau meldete, an Bord des Raumschiffes vom Typ Sojus befänden sich drei Kosmonauten.

Geiselnehmer gaben auf

dpa, New York

Zwei mit eingeschmuggelten Pistolen bewaffnete Häftlinge einer Strafanstalt bei Pittsburgh (US-Bundesstaat Pennsylvania), die zwei Justizbeamte fünf Tage in einem Gefängnis-Lagerraum gefangengehalten hatten, haben ihre beiden Geiseln unverletzt freigelassen und sich den Behörden ergeben.

Nasa-Fahrplan „2000"

AFP, Washington

Die amerikanische Weltraumbehörde hat einen genauen Plan zur Erforschung des Sonnensystems bis zum Jahre 2000 vorgelegt. Danach soll 1988 eine Karte von der Venus angelegt werden und ein unbemannter Satellit von 1990 an Meßdaten vom Mars zur Erde funken. Mitte der 90er Jahre wird eine Instrumentenkapsel auf dem Titan, einem der Trabanten des Saturn, abgesetzt.

Zweimal eineiige Zwillinge

AFP, Tokio

Eine 32jährige Japanerin hat in Iwamizawa (Hokkaido) Vierlingen das Leben geschenkt und zwar jeweils zwei eineiigen Zwillingen. Die vier Jungen sind wohlauf. Die Frau, die bereits zwei Kinder hat, war nicht mit Hormonen behandelt worden.

Massenmord in New York?

SAD, New York

Ein 42jähriger Amerikaner ist unter den Verdacht eines Massenmordes geraten, nachdem die Polizei zwei Mädchenleichen in seinem Garten in New York gefunden hat. Die Polizei vermutet weitere Leichen auf dem Grundstück. Der Mann war bereits 1959 wegen Polizistenmordes zu lebenslanger Haft verurteilt, aber 1977 vorzeitig entlassen worden.

Jazz-Nacht Nr. 1

DW. Bonn

Am 30. April steigt im Mühlheimer Rhein Ruhr Zentrum zum viertenmal „Deutschlands Jazz-Nacht Nr. 1". Stars des Abends sind Chris Barber und seine „Blues Band", Humphrey Lyttelton und seine *Band, die „Monty Sunshine Jazzband"* und Joy Fleming mit ihren Mannen. Der Abend, den die WELT am SONNTAG mit veranstaltet, beginnt um 20 Uhr.

Bei Vergiftungen sind Ärzte meistens hilflos

ANGELA HECK, Bonn

Die Diagnostik bei akuten Vergiftungen ist in den meisten Krankenhäusern in der Bundesrepublik mangelhaft und vergleichbar mit der „Behandlung eines Knochenbruchs ohne Röntgenbild". Mit diesen Worten beschrieb die Vorsitzende der Senatskommission für klinisch toxikologische Analytik der *Deutschen Forschungsgesell*schaft, Professor Marika Geldmacher von Malinckrodt, gestern in Bonn die Situation bei der Versorgung von schweren Vergiftungsfällen. Dies sei um so weniger verständlich, als die Zahl tödlicher Vergiftungen bei rund 600 pro Jahr liege und damit etwa den Todesfällen durch Infektionskrankheiten entspreche.

Man schätzt, daß jährlich etwa 200 000 Menschen mit Vergiftungen als Notfälle in die Krankenhäuser eingeliefert werden. Möglicherweise ist diese Zahl sogar noch höher, wie Professor Max von Clarmann, Toxikologe vom Klinikum Rechts der Isar in München, vermutet, da es eine Meldepflicht für Todesfälle durch Vergiftungen nicht gibt.

An einer Vergiftung leidende Patienten werden heute häufig noch auf bloßen Verdacht hin mit teilweise nicht ungefährlichen Verfahren symptomatisch und damit ungezielt behandelt. Die Diagnostik ist *deswegen mangelhaft, weil es viel* zu wenig Laboratorien gibt, die mit der genauen und raschen Erkennung eines Giftes vertraut sind. Gerade bei potentiell tödlichen Vergiftungen, bei denen nicht bekannt ist, welches Gift für die Krankheitszeichen verantwortlich ist, hat die frühzeitige toxikologische Analyse eine Schlüsselfunktion bei der Behandlung.

Die toxikologische Analytik hat Methoden entwickelt, die man prinzipiell in jedem gut eingerichteten *Labor ohne hohe Kosten* anwenden kann. Hier besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Machbaren und dem bisher im Alltag Realisierten, vor allem im Vergleich zur Versorgung von Patienten in anderen Notfallsituationen, etwa nach Verkehrsunfällen.

In 60 000 Trafos tickt eine Zeitbombe

Experten warnen: Kühlmittel kann zu Dioxin werden

AP, Bonn

Das Sevesogift Dioxin lauert als chemische Zeitbombe legal und sogar vorgeschrieben an mindestens 60 000 Stellen in der Bundesrepublik Deutschland. Auf 60 000 nämlich wird die Zahl der Transformatoren geschätzt, die zur Verringerung des Feuerrisikos als Isolier- und Kühlmittel sogenannte Polychlorierte Biphenyle (PCB) enthalten. PCB brennt praktisch nicht, enthält aber als produktionsbedingte Verunreinigung Dioxin. Schlimmer noch: Wenn PCB bei einem Brand Temperaturen um 600 Grad Celsius ausgesetzt ist, *entsteht Polychloriertes Dibenzo-*Dioxin (PCDD), ein enger chemischer Verwandter des Seveso-Dioxins TCDD und ebenso giftig.

In einer landesweiten Aktion sind alle Feuerwehren zur Zeit dabei, PCB-gekühlte Trafos zu erfassen und zu kennzeichnen. Die Anweisung beruht auf einem bisher geheimgehaltenen Beschluß der Konferenz der Länder-Innenminister (IMK). Außer der einheitlichen Kennzeichnung müssen PCB-Trafos danach in den Alarm- und Einsatzplänen ebenso behandelt werden wie Kernkraftwerke. Die Einsatzkräfte müssen bei Bränden Schutzanzüge und Atemschutzgeräte tragen. Nach dem IMK-Beschluß soll dafür gesorgt werden, daß PCB-Kühlmittel in Transformatoren mit der Zeit durch ungefährlichere Stoffe ersetzt werden.

PCB, von Experten auch Askarel genannt und in der Bundesrepublik Deutschland nur von Bayer unter dem Handelsnamen Clophen jährlich zu 2000 bis 3000 Tonnen vertrieben, war ursprünglich von den Feuerwehren sogar empfohlen worden. Nicht bedacht worden war dabei, was passiert, wenn das Gebäude brennt, in dem ein solcher Transformator steht.

Das Risiko, das man sich mit dem unbrennbaren Kühlmittel eingehandelt hat, wurde erstmals En*de der 70er Jahre beim Brand eines* Hochhauses im New Yorker Stadtteil Binghampton deutlich, wo 680 Liter PCB ins Feuer flossen: Das Kühlmittel verdampfte, das entstehende Gift wurde über die Klimaanlage im gesamten Gebäude fein verteilt, das man bis heute nicht betreten darf.

Inzwischen liegen erste Ergebnisse der bundesweiten Bestandsaufnahme vor. Bonns Feuerwehrchef *Heinz Diekmann beispiels*weise zählte in seinem Bereich 358 PCB-Trafos und nennt zehn Prozent der Standorte unter Brandschutz-Gesichtspunkten „bedenklich". Diekmanns Frankfurter Amtskollege Ernst Achilles kam zu einem anderen Ergebnis: Jeder zweite Askarel-Trafo steht in ei*nem Gebäude, aus dem er schleu*nigst entfernt werden sollte.

Für Oberbranddirektor Achilles, der sich in New York an Ort und Stelle über die Folgen des Hochhausbrandes informierte und dann die deutschen Behörden aufweckte, geht die IMK-Aktion zu langsam und nicht weit genug. Statt die chemische Zeitbombe zu entschärfen, werde sie lediglich statistisch erfaßt. „Notwendig wäre ein sofortiges Produktions- und Verwendungsverbot von PCB und die schnellstmögliche Entfernung dieser Kühlmittel aus Trafos in Bauten wie Kranken- und Warenhäusern", fordert er.

Andere Experten hingegen warnen eher vor Panikmache. Ein Sprecher des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie beispielsweise fürchtet, daß bei allzu*viel öffentlicher Aufregung um das* Problem so manch ein Besitzer eines Askarel-gefüllten Trafos versuchen könnte, sich der gefährlichen Flüssigkeit auf illegalem Wege zu entledigen.

Die Forderung, PCB sofort aus Transformatoren zu entfernen, wäre ohnehin nicht zu erfüllen. Die 60 000 Trafos enthalten nach Expertenangaben etwa 30 000 Tonnen Askarel. Die einzige Anlage aber, in der die Chemikalie gefahrlos bei Temperaturen um 1000 Grad Celsius verbrannt werden kann, steht bei Bayer in Leverkusen und hat eine Kapazität von 1000 Tonnen im Jahr.

Garski wartet in Haarlem auf Auslieferung

ELFRUN JACOB, Haarlem

Der Berliner Architekt und Bauunternehmer Dietrich Garski, der wegen des Verdachts des Kreditbetrugs und der Untreue in der ganzen Welt gesucht wurde, sitzt in Untersuchungshaft im holländischen Haarlem. Heute wird er dem Staatsanwalt vorgeführt. Ein Auslieferungsantrag aus der Bundesrepublik Deutschland liegt den niederländischen Behörden vor.

Garski hatte sich zuletzt nach St. Maarten, einem Urlaubsparadies in der Karibik, abgesetzt. St. Maarten ist eine der sechs niederländischen Antillen-Inseln, die allerdings autonom sind. Aus diesem Grunde gilt der Auslieferungsvertrag, der zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland besteht, nicht. Man fand jedoch eine elegante Lösung: Garski wurde, wie berichtet, am 1. April wegen Urkundenfälschung (falscher Paß) verhaftet und als unerwünschter Ausländer abgeschoben. Am Flughafen Schiphol erwartete ihn am Dienstag abend schon die holländische Polizei.



In niederländischer Haft: Dietrich Garski. *FOTO: SIGI HENKOW*

Garski sitzt in Haarlem ein, weil der Flughafen zum „Rayon Haarlem" gehört. Zur weiteren Prozedur erklärte ein Justizsprecher im Haag: „Der Richter in Haarlem wird entscheiden, ob dem Auslieferungsantrag aus Bonn entsprochen wird oder nicht. Garski kann gegen eine Auslieferung in Berufung gehen und zwar beim Hohen Rat im Haag. Tut er das, wird es eine Angelegenheit von Monaton."

WETTER: Im Süden Regen

Wetterlage: *Die Ausläufer eines von* der Biskaya nach Südengland ziehenden Randtiefs überqueren mit ihrem Schlechtwettergebiet Deutschland am Donnerstag.



Vorhersage für Donnerstag

Gesamtes Bundesgebiet: In der Osthälfte anfangs aufgeheitert, am Alpennordrand auch föhnig, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend vor allem im Süden zum Teil länger andauernder Regen. Im Westen später Übergang zu wechselnder Bewölkung und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 13 bis 17 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 9 bis 5 Grad.

Weitere Aussichten

Freundliches und warmes Frühlingswetter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Stadt	Temp.	Stadt	Temp.
Berlin	9°	Kairo	19°
Bonn	14°	Kopenh.	5°
Dresden	9°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	7°
Frankfurt	13°	Madrid	11°
Hamburg	8°	Mailand	13°
List/Sylt	7°	Mallorca	21°
München	15°	Moskau	14°
Stuttgart	13°	Nizza	16°
Algier	26°	Oslo	3°
Amsterdam	10°	Paris	13°
Athen	17°	Prag	14°
Barcelona	11°	Rom	19°
Brüssel	12°	Stockholm	11°
Budapest	20°	Tel Aviv	19°
Bukarest	13°	Tunis	21°
Helsinki	8°	Wien	18°
Istanbul	12°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am** ***Freitag:*** 6.14 Uhr, Untergang: 20.29 Uhr, **Mondaufgang:** 14.16 Uhr, **Untergang** 4.47 Uhr

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Damit Eltern und Krähen nicht überhandnehmen, wird der Hegering Ahrensburg auch in diesem Jahr am Sonntag, dem 24. April 1983, von 7 bis 10 Uhr eine Abschußaktion durchführen." Aus „Ahrensburger Markt"